

Die Fundstelle Bayern

Fachzeitschrift für die kommunale Praxis

Herausgeber

Dr. Hanns-Hendrik Braese, Ministerialrat im Bayer. Staatsministerium des Innern,
für Bau und Verkehr

Dr. Gerhard Ecker, Oberbürgermeister der Stadt Lindau (Bodensee)

Günter Heimrath, Geschäftsf. Direktor des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes

Dr. Johann Keller, Geschäftsf. Präsidialmitglied des Bayer. Landkreistages

Andreas Schmitz, Vors. Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof

70. Jahrgang

2016

Jahresinhaltsverzeichnis

FSt vor der Randnummer = „FUNDSTELLE“, GK = „GEMEINDEKASSE“

I. Alphabetisches Stichwortverzeichnis

Die Zahlen bedeuten **Randnummer** und Seite

II. Verzeichnis der Entscheidungen ab S. 43

A

Abfallentsorgung

- Hinweise zur Abfallentsorgung im Straßenbetriebsdienst, Ausgabe 2015 FSt **113**, 359
- Sammlung von Altkleidern und Schuhen: Kenntlichmachung des verantwortlichen Sammlers mit Anschrift und Telefonnummer FSt **208**, 709

Abschlussprüfung

- Gesetz zur Umsetzung der prüfungsbezogenen Regelungen der Richtlinie 2014/56/EU sowie zur Ausführung der entsprechenden Vorgaben der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 im Hinblick auf die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse (Abschlussprüfungsreformgesetz – AREG) vom 10.5.2016 GK **126**, 312

Abstandsflächen

- Für die Berechnung maßgebliche Geländeoberfläche FSt **158**, 536
- Für die Berechnung der Abstandsflächen ist das Gelände auf dem Baugrundstück maßgeblich FSt **158**, 537
- Lassen sich künstliche Veränderungen der Geländeoberfläche auf dem Baugrundstück innerhalb der letzten drei Jahrzehnte nicht feststellen, bildet das vorhandene Gelände die für die Berechnung der Wandhöhe nach Art. 6 Abs. 4 Satz 2 BayBO maßgebliche Geländeoberfläche FSt **158**, 538
- Die Genehmigung einer insgesamt etwas über 2,50 m hohen Mauer an der Grenze zum Nachbargrundstück verletzt nicht zwingend subjektiv-öffentliche Rechte des Nachbarn FSt **158**, 539
- Abstandsflächen bei Windkraftanlagen FSt **207**, 702

- Eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung, bei der über eine Abweichung von Abstandsflächen zu befinden ist, hat eine ambivalente Natur (einerseits gebundene, andererseits Ermessens-Entscheidung) FSt **207**, 702
- Ermessensentscheidung als Korrektiv zur grundsätzlichen Bejahung der Atypik nach Art. 63 BayBO bei Windkraftanlagen FSt **207**, 704
- „Intendiertes Ermessen“, „Abwägung“ oder „Entscheidungsspielraum“ FSt **207**, 705
- Eine ermessensfehlerfreie Entscheidung über die Abweichung von den vorgeschriebenen Abstandsflächen erfordert grundsätzlich auch eine Prüfung von Standortalternativen auf dem Baugrundstück FSt **207**, 706
- Zweck des Abstandsflächenrechts: Auch Sicherung der Bebaubarkeit des Nachbargrundstücks gleichfalls mit einer Windkraftanlage? FSt **207**, 707

Abwasserabgabe

- Einführung von Grundsätzen für die Kosten von Wasserdienstleistungen und Wassernutzungen sowie Änderung des Abwasserabgabengesetzes FSt **180**, 624
- Abwasserabgabefreiheit nur bei Vorliegen eines Erlaubnisbescheids für das Einleiten des Abwassers FSt **194**, 667
- Bek des StMUV vom 14.3.2016 – Änderung der Verwaltungsvorschrift zum Abwasserabgabengesetz und zum Bayerischen Gesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes GK **107**, 264
- Siebte Verordnung zur Änderung der Abwasserverordnung und des Abwasserabgabengesetzes vom 1.6.2016 GK **144**, 360

Abwasseranlagen

- Duldungsanordnung für die Durchleitung von Abwasser durch ein Nachbargrundstück
FSt 164, 561

AGBGB

- Gesetz zur Änderung des Unschädlichkeitserzeugnisgesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und anderer Gesetze vom 23.2.2016
GK 81, 192

Altersteilzeit

- Anspruch auf Abschluss eines Altersteilzeitvertrages nach dem TV FlexAZ
FSt 83, 258
- Anspruch auf rückwirkende Änderung des Arbeitsverhältnisses
FSt 83, 258
- Zur Auslegung der in § 4 Abs. 3 TV FlexAZ gebrauchten Begriffe „dienstliche oder betriebliche Gründe“
FSt 83, 259
- Beweislast für das Vorliegen von Gründen, die eine Ablehnung der Altersteilzeit rechtfertigen, liegt beim Arbeitgeber
FSt 83, 259
- Eine schlechte finanzielle Lage räumt dem Arbeitgeber nicht das Recht ein, ein Altersteilzeitverlangen abzulehnen
FSt 83, 260

Amtshaftung

- Schadensminderungspflicht bei Mobbing durch Dienstvorgesetzte
FSt 219, 729

Arbeitnehmer

- Anspruch auf Teilnahme an einem Stellenbesetzungsverfahren im öffentlichen Dienst; Anforderungsprofil einer Stellenausschreibung; Grenzen der Gestaltungsfreiheit
FSt 105, 342
- Darlegungs- und Beweislast bei Pflichtverletzung des Arbeitnehmers – Schadensersatz
FSt 131, 440
- Ruhen des Arbeitsverhältnisses bei Bezug einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung auf Zeit
FSt 202, 689
- Folgen bei Verstoß gegen die Beschäftigungspflicht
FSt 214, 720
- Einzelvertragliche Ausschlussfristen; Änderungen außerhalb der Geltung eines Tarifvertrags (TVöD, TV-V u.s.w.)
FSt 262, 846
- Sachbezugswerte für freie oder verbilligte Mahlzeiten sowie Bewertung der Personalunterkünfte ab 1.1.2016
GK 4, 18
- Steuerliche Behandlung der Rabatte, die Arbeitnehmern von dritter Seite eingeräumt werden
GK 14, 43
- Aktuelle Hinweise zur Arbeitsmarktzulage
GK 52, 122

- Tarifeinigung für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst – Entgeltänderungen ab 1.7.2015
GK 54, 124
- Mindestlohn in der Pflege ab 1.1.2016/1.1.2017
GK 71, 179
- Verlängerung der Geltungsdauer von Richtlinien der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA): IT-Richtlinie, Fachärzte-ÖGD-Richtlinie
GK 73, 181
- Entstehung von Überstunden für Teilzeitschäftigte bei Schicht-/Wechselschichtarbeit – Urteil des Arbeitsgerichts Würzburg
GK 120, 303
- Tarifverdienste 2015 – Entwicklung der Indizes
GK 124, 308
- Bei Aufrechnung eines Erstattungsanspruchs gegen eine Gehaltsforderung sind Pfändungsschutzvorschriften zu beachten
GK 128, 316
- Verstöße des Arbeitgebers gegen das Aufrechnungsverbot des § 394 Satz 1 BGB sind auch ohne Rüge des Arbeitnehmers im gerichtlichen Verfahren zu berücksichtigen
GK 128, 316
- Für die Beachtung des Aufrechnungsverbots des § 394 Satz 1 BGB ist der Arbeitgeber bei einem Gehaltsabzug darlegungspflichtig
GK 128, 317
- Bek des StMI vom 18.4.2016 – Änderung der Bekanntmachung Verfassungstreue im öffentlichen Dienst
GK 134, 336
- Tarifabschluss 2016 im öffentlichen Dienst – Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.3.2016
GK 158, 388
- Leistungsorientierte Bezahlung; freiwillige Erhöhung u.a.
GK 168, 423
- Entgeltfortzahlung während ambulanter Kur
GK 197, 477
- Anrechnung von Zwischenverdienst während des Annahmeverzugs des Arbeitgebers; Gesamtberechnung
GK 211, 519

Arbeitsförderung

- Integrationsgesetz (Art. 1): Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III)
FSt 265, 851
- Langzeitarbeitslose: § 18 Abs. 2 Nr. 4 SGB III n.F.
FSt 265, 851
- Ausbildungsförderung: § 132 SGB III n.F.
FSt 265, 852
- Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen: § 421a SGB III n.F.
FSt 265, 855

Arbeitsvertrag

- Widerlegung des Rechtsmissbrauchs bei zehn befristeten Arbeitsverträgen in 15 Jahren
FSt 54, 168

- Folgen der Nichtunterzeichnung eines Verlängerungsangebots für ein Arbeitsverhältnis, wenn dennoch weitergearbeitet wird
FSt 248, 803
- Kein Zustandekommen eines (neuen) Arbeitsverhältnisses wegen nicht übereinstimmender schriftlicher oder mündlicher Willenserklärungen
FSt 248, 804
- Kein Zustandekommen eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses nach § 15 Abs. 5 TzBfG
FSt 248, 807
- Lösung von einem faktischen Arbeitsverhältnis
FSt 248, 808
- Wirkung einer arbeitsvertraglichen Bezugnahmeklausel bei Ausscheiden des Arbeitgebers aus dem Arbeitgeberverband; Entstehung einer betrieblichen Übung
GK 212, 521

Arbeitszeit

- Anspruch eines teilzeitbeschäftigten Beamten auf Wechsel in eine Vollzeitbeschäftigung
FSt 124, 413
- Verminderung der regelmäßigen Arbeitszeit für einen dienstplanmäßig teilweise freien Wochenfeiertag
FSt 213, 719

Archiv-CD-ROM

- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“ und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2015
FSt 38, 120
- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“ und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2015
GK 29, 70

Aufwandsteuern

- Zulässigkeit der Pferdesteuer
FSt 32, 83
- Zu den Voraussetzungen einer örtlichen Aufwandsteuer
FSt 32, 84
- Das Halten und Benutzen eines Pferdes zur privaten Verwendung gehören nicht zum allgemeinen Lebensbedarf
FSt 32, 84
- Für den Begriff der Örtlichkeit ist auf den Ort der Pferdehaltung bzw. -nutzung abzustellen
FSt 32, 85
- Der Grundsatz der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung steht der Erhebung einer Pferdesteuer nicht entgegen
FSt 32, 86
- Ein Steuergesetz muss keinen Lenkungszweck verfolgen
FSt 32, 87
- Der Stückzahlmaßstab ist zulässig
FSt 32, 88

Aufzugsanlagen

- Paternoster bleibt erhalten
FSt 14, 40

Ausgleichsabgabe

- Säumniszuschläge bei verspäteter Zahlung einer Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX
GK 216, 529

Ausländer, Asylbewerber

- Bebauungsplan: Unterkunft für Asylbegehrende im Gewerbegebiet
FSt 4, 12
- Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung
FSt 11, 26
- Unterbringung von Asylbewerbern entgegen einem Bebauungsplan
FSt 22, 52
- Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz
FSt 37, 110
- Mindestbeträge zur Sicherung des Lebensunterhalts eines Ausländers für das Jahr 2016
FSt 101, 320
- Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren
FSt 128, 429
- Beschleunigte Verfahren: § 30a AsylG n.F.
FSt 128, 430
- Nichtbetreiben des Verfahrens: § 33 AsylG n.F.
FSt 128, 430
- Schaffung und Unterhaltung von Aufnahmeeinrichtungen: § 44 Abs. 3 AsylG n.F.
FSt 128, 431
- Bestimmung der zuständigen Aufnahmeeinrichtung: § 46 Abs. 1 AsylG n.F.
FSt 128, 432
- Verbot der Abschiebung: § 60 Abs. 7 AufenthG n.F.
FSt 128, 432
- Duldung: qualifizierte ärztliche Bescheinigung, § 60a Abs. 2c AufenthG n.F.
FSt 128, 433
- Duldung: Attest „auf Vorrat“, § 60a Abs. 2d AufenthG n.F.
FSt 128, 433
- Zuständigkeit: Beschaffung von Heimreisedokumenten für Ausländer einzelner Staaten im Wege der Amtshilfe, § 71 Abs. 3 Nr. 7 AufenthG n.F.
FSt 128, 435
- Übergangsregelungen: Familiennachzug, § 104 Abs. 13 AufenthG n.F.
FSt 128, 435
- Grundleistungen: § 3 Abs. 1 Satz 8 AsylbLG n.F.
FSt 128, 435
- Ergänzende Bestimmungen: § 11 Abs. 2a AsylbLG n.F.
FSt 128, 436
- Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Abschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern
FSt 129, 436
- Ausweisung: § 53 Abs. 2 AufenthG n.F.
FSt 129, 437
- Ausweisungsinteresse: § 54 Abs. 1 und 2 AufenthG n.F.
FSt 129, 437
- Verbot der Abschiebung: § 60 Abs. 8 AufenthG n.F.
FSt 129, 438

- Integrationsgesetz (Art. 3): Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII): Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer (§ 23 Abs. 5 SGB XII n.F.) FSt 279, 891
- Integrationsgesetz (Art. 4): Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) FSt 280, 892
- Anspruchseinschränkung: § 1a Abs. 4 und 5 AsylbLG n.F. FSt 280, 892
- Leistungen in besonderen Fällen: § 2 Abs. 1 AsylbLG n.F. FSt 280, 893
- Arbeitsgelegenheiten: § 5 Abs. 2 bis 4 AsylbLG n.F. FSt 280, 894
- Arbeitsgelegenheiten auf der Grundlage des Arbeitsmarktprogramms Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen: § 5a AsylbLG n.F. FSt 280, 896
- Sonstige Maßnahmen zur Integration: § 5b AsylbLG n.F. FSt 280, 898
- Einkommen und Vermögen: § 7 Abs. 2 Nrn. 6 und 7 AsylbLG n.F. FSt 280, 901
- Verhältnis zu anderen Vorschriften: § 9 Abs. 5 AsylbLG n.F. FSt 280, 902
- Ergänzende Bestimmungen: § 11 Abs. 4 AsylbLG n.F. FSt 280, 902
- Bekanntmachung über die Höhe der Leistungssätze nach § 3 Absatz 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes für die Zeit ab 1. Januar 2016 vom 26.10.2015 GK 9, 24
- Beschäftigung von Asylbewerbern ohne Mindestlohn GK 53, 123
- Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Datenaustauschverbesserungsgesetz) vom 2.2.2016 GK 60, 144
- Verordnung über die Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende (Auskunftsnoticeverordnung – AKNV) vom 5.2.2016 GK 60, 144
- Bek des StMAS vom 10.6.2016 – Richtlinie zur Förderung der Bildung, Erziehung und Betreuung von Asylbewerber- und Flüchtlingskindern in Kindertageseinrichtungen GK 174, 432
- Bek des StMAS vom 18.5.2016 – Richtlinie für die Förderung von hauptamtlichen Koordinationsstellen für Ehrenamtliche im Bereich Asyl (Ehrenamtskoordinatorenrichtlinie – EhrKoordR) GK 174, 432
- Vierte Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung vom 31.7.2016 GK 190, 456

Ausschüsse

- Ausschussbesetzung im Kreistag: Spiegelbildlichkeit und vermeidbare Überauftragung FSt 186, 644

Außenbereich

- Erweiterung eines als Wochenendhaus genehmigten Gebäudes FSt 85, 263
- Primär auf das Hausinnere bezogene Aussagen lassen keine unmittelbaren Rückschlüsse auf die Frage der prägenden Kraft eines Hauses im maßgeblichen Gebiet zu FSt 85, 263
- Ein als Wochenendhaus genehmigtes Gebäude, das vor dem Inkrafttreten des BBauG (1961) zum dauernden Wohnen genutzt worden ist, ist kein i.S. von § 35 Abs. 4 Satz 1 Nr. 5 BauGB „zulässigerweise errichtetes“ Wohngebäude FSt 85, 265
- Beseitigung von Nebengebäuden FSt 147, 499
- Baumreihen und Hecken sind selbst bei optischer Dominanz kein taugliches Kriterium für die Abgrenzung zwischen Innen- und Außenbereich, weil sie grundsätzlich der Disposition des Grundstückseigentümers unterliegen und damit nicht die Gewähr für einen dauerhaften Bestand bieten FSt 147, 500
- Zur Beeinträchtigung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts durch Nebengebäude im Außenbereich FSt 147, 501

Außerordentliche Kündigung

- Außerordentliche Kündigung mit Auslauffrist bei tarifvertraglichem Kündigungsausschluss FSt 135, 454
- Außerordentliche Kündigung bei unerlaubter Herstellung digitaler Kopien am Arbeitsplatz FSt 165, 564
- Außerordentliche Kündigung bei ungerechtfertigter Arbeitsverweigerung FSt 249, 808

Auszubildende

- Haftung von Auszubildenden FSt 29, 80
- Bek der BVS vom 22.1.2016 – Ausbildung zum Kaufmann/zur Kauffrau für Büromanagement (KFB) GK 50, 120

B

Baugenehmigung

- Zurückstellung eines Baugesuchs und Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens FSt 136, 457
- Die Aussetzung des Genehmigungsverfahrens gemäß § 15 BauGB unterbricht die Frist des § 36 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB FSt 136, 457

- Der Lauf der Frist des § 36 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB beginnt mit dem Ende der Aussetzung des Genehmigungsverfahrens ohne Anrechnung des bereits verstrichenen Teils von neuem FSt 136, 459
- Zum Begriff des Doppelhauses FSt 137, 460
- Im unbeplanten Innenbereich kann auf den Begriff des Doppelhauses der Baunutzungsverordnung zurückgegriffen werden, um ein Vorhaben zu würdigen FSt 137, 461
- Ob zwei grenzständig errichtete Baukörper ein Doppelhaus bilden, lässt sich weder abstrakt-generell noch mathematisch-prozentual bestimmen FSt 137, 462
- Prüfungsumfang im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren bezüglich Abweichungen von den Abstandsflächenvorschriften FSt 282, 906

Baugesetzbuch

- Unterbringung von Asylbewerbern; Nachbarschutz FSt 21, 50
- Es ist nicht entscheidend, ob das Grundstück der Nachbarn durch die beabsichtigte Nutzung eine Wertminderung erfahren wird FSt 21, 51
- Das allgemeine Bauplanungsrecht gewährleistet keinen „Milieuschutz“ FSt 21, 51
- Zurückstellung der Genehmigung für eine Windkraftanlage? FSt 58, 178
- Erneut: Drei Grundvoraussetzungen für eine Zurückstellung von Baugesuchen FSt 58, 178
- Hinreichende Konkretetheit der Planungsabsichten FSt 58, 179

Baumaßnahmen

- Standardleistungsbuch für das Bauwesen des gemeinsamen Ausschusses Elektronik im Bauwesen (GAEB) – STL-B-Bau Version 2015-04 FSt 139, 467

Bauordnung

- Nochmals: Die neue Abstandsregelung der Art. 82, 83 BayBO bei Windenergieanlagen (sog. „10-H-Regelung“); erste Erfahrungen FSt 45, 138
- Festlegung des „10-H“-Mindestabstands (Art. 82 Abs. 1 BayBO) FSt 45, 138
- Höhe und Abstand (Art. 82 Abs. 2 BayBO) FSt 45, 139
- Gemeindefreie Gebiete (Art. 82 Abs. 3 BayBO) FSt 45, 139
- Rechtsfolge bei Einhaltung des „10-H“-Mindestabstands (Privilegierung) FSt 45, 139
- Rechtsfolge bei Nichteinhaltung des „10-H“-Mindestabstands (Entprivilegierung) FSt 45, 140

- Auswirkungen auf die gemeindliche Bauleitplanung FSt 45, 140
- Vertrauensschutzregelung des Art. 83 Abs. 1 BayBO FSt 45, 143
- Beeinträchtigungen durch eine geplante Windkraftanlage FSt 59, 181
- Nur beschränkte Verbindlichkeit des Windkraft-erlasses vom 20.12.2011 FSt 59, 181
- Keine Vorwirkung der „10-H-Regelung“ FSt 59, 183
- Überwiegende Verfassungsmäßigkeit der 10 H-Regelung für Windkraftanlagen in Art. 82 Abs. 1 bis 5 und Art. 83 Abs. 1 BayBO FSt 167, 570
- Die Grundregelung des Art. 82 Abs. 1 und 2 BayBO sowie die Übergangsbestimmung des Art. 83 Abs. 1 BayBO zur Einführung eines höhenbezogenen Mindestabstands für Windkraftanlagen als Voraussetzung für die bauplanungsrechtliche Privilegierung im Außenbereich sind mit der Bayerischen Verfassung vereinbar FSt 167, 571
- Die Sonderregelung in Art. 82 Abs. 3 BayBO für gemeindefreie Gebiete ist verfassungsgemäß FSt 167, 584
- Die Bestandsschutzregelung des Art. 82 Abs. 4 BayBO für vorhandene Flächennutzungspläne ist mit der Bayerischen Verfassung vereinbar FSt 167, 585
- Kein Verfassungsverstoß durch das Unterlassen einer Bestandsschutzregelung für Regionalpläne FSt 167, 587
- Die den Gemeinden in Art. 82 Abs. 5 BayBO auferlegte Hinwirkungspflicht ist verfassungswidrig FSt 167, 588

Baupreisindex

- Baupreisindizes im August 2015 GK 28, 70

Bauvertrag

- Auch für die aufwändige Überwachung von Mängelbeseitigungen steht dem Architekten kein zusätzliches Honorar zu GK 140, 357

Beamtenbesoldung

- Bek des StMFLH vom 10.11.2015 – Vierzehnte Änderung der Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung GK 17, 48
- Erhöhung der Dienstbezüge der Beamten zum 1.3.2016 GK 42, 109
- Tabelle der Grundgehaltssätze für Beamte – gültig ab 1.3.2016 GK 43, 111
- Tabelle der Strukturzulagen, Stellenzulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen – gültig ab 1.3.2016 GK 44, 112

- Tabelle der Familienzuschläge – gültig ab 1.3.2016 GK 45, 113
- Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 GK 45, 114
- Anrechnungsbetrag nach Art. 35 Abs. 2 BayBesG GK 45, 114
- Tabelle der Mehrarbeitsvergütungen – gültig ab 1.3.2016 GK 46, 114
- Tabelle der Anwärtergrundbeträge – gültig ab 1.3.2016 GK 47, 115
- Hinweis zu GKBay Randnummer 43/2016 (Tabelle der Grundgehaltssätze für Beamte ab 1.3.2016) GK 67, 168

Bebauungsplan

- Unterkunft für Asylbegehrende im Gewerbegebiet FSt 4, 12
- Eine Unterkunft für Asylbegehrende stellt keine – im Gewerbegebiet nach § 8 BauNVO von vornherein unzulässige – Wohnanlage im bauplanungsrechtlichen Sinn, sondern eine Anlage für soziale Zwecke mit wohnähnlichem Charakter dar FSt 4, 12
- Gliederung von Gewerbegebieten nach Emissionseigenschaften von Anlagen und Betrieben FSt 5, 14
- Fehlende Innenschließung eines Gewerbegebiets FSt 73, 218
- Verstoß gegen eine geordnete städtebauliche Entwicklung bei fehlender Innenschließung eines Gewerbegebiets FSt 73, 218
- Die Lösung des Problems der fehlenden Innenschließung kann nicht einem nachfolgenden Umlegungsverfahren vorbehalten werden FSt 73, 220
- Sondergebiete Landwirtschaft mit Geruchsemissionskontingenten FSt 157, 532
- Normenkontrollantrag gegen einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan FSt 204, 692
- Das Rechtsschutzbedürfnis für einen Normenkontrollantrag gegen einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan fehlt, wenn das Vorhaben aufgrund einer bestandskräftigen Baugenehmigung bereits verwirklicht worden ist FSt 204, 692
- Inzidentprüfung eines Bebauungsplans: Festsetzung der Größe der Grundflächen FSt 238, 783
- Rechtsschutzbedürfnis für einen Normenkontrollantrag bei engem konzeptionellen Zusammenhang mit einer anderen Planung FSt 239, 785
- Ausführungen im Umweltbericht zum umweltbezogenen Zustand eines Plangebiets FSt 252, 820
- Städtebauliche Rechtfertigung eines Nutzungsausschlusses im Gewerbegebiet FSt 267, 856

- Vorhabenbezogener Bebauungsplan: Sicherungsinstrumente bei Aufhebung FSt 268, 860

Befristung von Arbeitsverträgen

- Sachgrund der Vertretung bei gedanklicher Zuordnung der Aufgaben FSt 41, 132
- Möglicher Rechtsmissbrauch bei aufeinander folgenden sachgrundlosen Befristungen durch mehrere verbundene Arbeitgeber FSt 114, 360
- Fortführung des Arbeitsverhältnisses nach Rentenbeginn als befristeter Arbeitsvertrag FSt 155, 529
- Treuwidrige Berufung auf einen Formmangel bei einem befristeten Arbeitsverhältnis FSt 198, 680
- Zweckbefristung eines Arbeitsvertrages zur Elternzeitvertretung FSt 201, 688

Behinderte

- Gesetz zur Weiterentwicklung des Behinderten-gleichstellungsrechts vom 19.7.2016 GK 163, 408

Beihilfe

- Zu den Auswirkungen eines eigenen Beihilfeanspruchs des im Familienzuschlag berücksichtigungsfähigen Kindes auf den Beihilfeanspruch des Elternteils GK 62, 150
- Zur Zulässigkeit der Feststellungsklage im Beihilferecht GK 62, 150
- Ein Beihilfeberechtigter mit zwei oder mehr im Familienzuschlag berücksichtigungsfähigen Kindern hat für sich selbst einen Beihilfeanspruch von 70 v.H. GK 62, 150
- Der eigene Beihilfeanspruch des im Familienzuschlag berücksichtigungsfähigen Kindes führt nicht zu einer Reduzierung des Beihilfeanspruchs des beihilfeberechtigten Elternteils auf 50 v.H. GK 62, 151
- Zur Funktion des § 5 BayBhV als (bloße) Konkurrenzregelung GK 62, 152
- Es entspricht nicht der Systematik der BayBhV, den Beihilfeanspruch des berechtigten Elternteils wegen des eigenen Beihilfeanspruchs des im Familienzuschlag berücksichtigungsfähigen Kindes auf 50 v.H. zu reduzieren GK 62, 153
- Eine Reduzierung des Beihilfeanspruchs auf 50 v.H. ist vom Gesetzgeber nicht gewollt; dies ist auch der Verordnungsermächtigung des Bayerischen Beamtengesetzes zu entnehmen GK 62, 154

- Gegen die Reduzierung des Beihilfeanspruchs auf 50 v.H. spricht auch, dass der Gesetzgeber die für den Familienzuschlag maßgeblichen Kindergeldregelungen nach Erlass der Bayerischen Beihilfeverordnung geändert hat
GK 62, 154
- Abführung von Rentenversicherungsbeiträgen für Pflegepersonen ab 2016
GK 72, 179
- Bek des StMFLH vom 11.2.2016 – Sechste Änderung der Bekanntmachung zu den Ergänzenden Bestimmungen zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung
GK 81, 192
- Unwirksamkeit des Beihilfeausschlusses von Sehhilfen für Erwachsene
GK 84, 201
- Die Beihilfegewährung ist Ausfluss der dem Dienstherrn obliegenden Fürsorgepflicht, erfordert aber keine lückenlose Erstattung von Aufwendungen
GK 84, 202
- Die Wirksamkeit des Ausschlusses eines Hilfsmittels ist nicht danach zu beurteilen, ob ohne dessen Einsatz die Dienstfähigkeit beeinträchtigt wäre
GK 84, 203
- Nicht ausschließbar sind Aufwendungen für Maßnahmen, die notwendig sind, um wesentliche Verrichtungen des täglichen Lebens erledigen zu können
GK 84, 203
- Der in § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BayBhV vorgenommene grundsätzliche Ausschluss der Beihilfefähigkeit von Sehhilfen für Erwachsene ist jedenfalls bei Vorliegen einer gravierenden Sehschwäche nicht wirksam
GK 84, 204
- Unmaßgeblich ist, ob der Beihilfeberechtigte die Kosten für eine Sehhilfe durch die Regalimentation oder eine zumutbare Eigenvorsorge bewältigen kann
GK 84, 204

Beihilfen

- Empfehlungen für die Umsetzung des europäischen Beihilferechts in Deutschland – Eine Handreichung des Referats „Beihilfenkontrollpolitik“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi-EA6) – Stand: Dezember 2015
FSt 171, 598
- EU-Kommission erläutert Anwendungsbereich der EU-Beihilfeschichten zur Förderung öffentlicher Investitionen
FSt 188, 652

Berufsbildungsgesetz

- Keine Anrechnung eines vorausgegangenen Praktikums auf die Probezeit im Berufsausbildungsverhältnis
FSt 106, 345

Berufung

- Zeitliche Grenze im Berufungszulassungsverfahren, eine Änderung der Sach- und Rechtslage nach Erlass des angegriffenen Urteils zu berücksichtigen; Darlegungsfrist des § 124a Abs. 4 Satz 4 VwGO
FSt 216, 721

Bestattungswesen

- Bestattungsgesetz: Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Grabsteinherstellung
FSt 255, 827
- Satzungsermächtigung: Art. 9a Abs. 1 BestG n.F.
FSt 255, 827
- Nachweisregelung: Art. 9a Abs. 2 BestG n.F.
FSt 255, 828
- Befreiung von der Nachweispflicht: Art. 9a Abs. 3 BestG n.F.
FSt 255, 829

Betreuungsgeld

- Bayerisches Betreuungsgeldgesetz
FSt 166, 565
- Berechtigte: Art. 1 BayBtGG
FSt 166, 565
- Höhe, Auszahlung und Bezugszeitraum: Art. 2 BayBtGG
FSt 166, 567
- Verhältnis zu anderen Leistungen: Art. 3 BayBtGG
FSt 166, 568
- Zusammentreffen von Ansprüchen: Art. 4 BayBtGG
FSt 166, 569
- Antragstellung: Art. 4 BayBtGG
FSt 166, 569
- Mitteilungspflichten: Art. 26a BayKiBiG n.F.
FSt 166, 569
- Übergangsregelung: Art. 9 BayBtGG
FSt 166, 569
- Inkrafttreten: Art. 10 BayBtGG
FSt 166, 570
- Bayerisches Betreuungsgeldgesetz (BayBtGG) vom 14.6.2016
GK 144, 360

Betriebe gewerblicher Art

- Umsatzsteuerrechtliche Behandlung der Überlassung von Werbemobilen an soziale Institutionen, Sportvereine und Kommunen
GK 13, 40
- Beteiligung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts an einer Personengesellschaft
GK 137, 349
- Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art mittels eines Blockheizkraftwerks
GK 194, 466

Betriebsveranstaltungen

- Lohn- und umsatzsteuerliche Behandlung von Betriebsveranstaltungen
GK 33, 81
- Begriff der Betriebsveranstaltung
GK 33, 81
- Begriff der Zuwendung
GK 33, 81
- Freibetrag
GK 33, 83
- Besteuerung der Zuwendungen
GK 33, 84
- Reisekosten
GK 33, 85

Bezirksumlagen

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2015
GK 23, 55
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und
Landkreise GK 23, 56
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke
GK 23, 57
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze GK 23, 58

Bodenschutz

- Sanierungskosten nach Austritt von Kfz-
Motorenöl im Straßenverkehr FSt 89, 275
- Inanspruchnahme zur Untersuchung des verun-
reinigten Bodens an einer ehemaligen Tankstelle
FSt 284, 911
- Verursacher einer schädlichen Bodenverun-
reinigung FSt 284, 912
- Bedeutung und Voraussetzungen des Betreiber-
begriffs für die Bestimmung des Verursachers
FSt 284, 913
- Die notwendige Effektivität der Gefahrenab-
wehr verbietet übermäßige Anforderungen an
den Nachweis der Verursachung und lässt es
nicht ohne Weiteres zu, die eigene Verantwor-
tung privatvertraglich auf andere abzuwälzen
FSt 284, 915

Bürgerbegehren, Bürgerentscheid

- Auch durch einen Bürgerentscheid dürfen
keine kommunalen Entscheidungsträger ge-
schaffen werden, die in der Gemeindeordnung
nicht vorgesehen sind (hier: Kein Vetorecht be-
troffener Anlieger gegen einen Straßenausbau)
FSt 67, 201
- Einleitung eines Verfahrens zur Ausweisung
eines Landschaftsschutzgebiets FSt 174, 601
- Die Einleitung eines Verfahrens zur Auswei-
sung eines Landschaftsschutzgebietes gehört
zum übertragenen Wirkungskreis einer
Gemeinde FSt 174, 601
- Der Inhalt eines Bürgerbegehrens ist wohlwol-
lend durch Auslegung zu ermitteln FSt 174, 602
- Die Einleitung eines Verfahrens zur Aus-
weisung eines Landschaftsschutzgebiets ist
Bestandteil des Ordnungsverfahrens und
gehört nicht zum eigenen Wirkungskreis einer
kreisfreien Gemeinde FSt 174, 603
- Eine Angelegenheit des eigenen Wirkungskrei-
ses ergibt sich auch nicht allein aus Art. 57
Abs. 1 Satz 1 GO oder Art. 141 Abs. 1
Satz 4 BV FSt 174, 605
- Stichentscheid bei Bürgerentscheiden (Art. 18a
BayGO; Art. 12a BayLKrO) mit Bayerischer
Verfassung vereinbar FSt 229, 760

Bürgermeister

- Neutralitätspflicht eines Oberbürgermeisters
im Vorfeld von Wahlen FSt 1, 1
- Äußerungen eines Oberbürgermeisters sind
nicht am Maßstab zur Beurteilung von Äuße-
rungen des Bundespräsidenten zu messen
FSt 1, 2
- Zur Beurteilung von Äußerungen bei Wahrneh-
mung von übertragenen staatlichen Aufgaben
(hier: Versammlungsbehörde) FSt 1, 3
- Zum Umfang der (hier) verletzten Neutralitäts-
pflicht FSt 1, 4

D

Datenschutz

- Energienutzungspläne FSt 10, 23
- Veröffentlichung behördlicher Schreiben mit
personenbezogenen Daten auf einer Homepage
im Internet; kommunale Wählervereinigung
kein Presseunternehmen oder Hilfsunterneh-
men der Presse i.S. von § 41 BDSG i.V. mit
§ 57 Rundfunkstaatsvertrag (RStV) FSt 117, 368
- Auch dienstliche Telefon- und Faxnummern
sowie dienstliche E-Mail-Adressen sind neben
den Namensangaben personenbezogene Daten
im Sinne des Bundesdatenschutzgesetzes
(BDSG) FSt 117, 369
- Das LDA kann eine datenschutzrechtliche
Anordnung auch ohne eine Beschwerde des
Betroffenen erlassen FSt 117, 370
- Eine kommunale Wählervereinigung kann
sich nicht auf das sogenannte Medienprivileg
berufen FSt 117, 370
- Datenverarbeitung zur Wahrung berechtigter
Interessen (§ 28 BDSG)? FSt 117, 372
- Datenschutzrechtliche Interessenabwägung im
Rahmen von § 28 BDSG; zur Schutzwürdig-
keit dienstlicher personenbezogener Daten
FSt 117, 374
- Tatsächlich erlittene Nachteile sind nicht
Voraussetzung für ein Einschreiten des LDA
FSt 117, 376

Denkmalschutz

- Maßgebliche Sichtweise des Betrachters
FSt 161, 545
- Die Vorschriften über die Erlaubnispflicht von
Vorhaben in der Nähe von Baudenkmalern
schützen das überlieferte Erscheinungsbild
eines Baudenkmals unabhängig davon, ob sich
der Betrachter auf öffentlichem Grund oder
Privatgrund befindet FSt 161, 545

- Maßgeblich ist nicht die Sicht eines für Be-
lange des Denkmalschutzes aufgeschlossenen
Durchschnittsbetrachters, sondern diejenige
von sachverständigen Betrachtern FSt 161, 546
- Drittanfechtungsklage einer Kirchenstiftung
als Eigentümerin eines Baudenkmals (Kirche)
gegen die immissionsschutzrechtliche Geneh-
migung einer Windkraftanlage FSt 179, 618
- Abbruch eines Baudenkmals FSt 270, 863
- Ob die Erhaltung eines Baudenkmals für den
Eigentümer wirtschaftlich zumutbar ist, haben
die Verwaltungsgerichte bei Vorlage einer
nachprüfbaren Wirtschaftlichkeitsberechnung
durch den Eigentümer ggf. durch Einholung
eines Sachverständigenutachtens aufzuklären
FSt 270, 864
- Im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsberechnung
ist nicht nur der sog. denkmalbedingte Mehr-
aufwand, sondern der gesamte Instandhaltungs-
aufwand zu erfassen FSt 270, 865
- Neben den Finanzierungskosten, den Bewirt-
schaftungskosten und der Instandhaltungspau-
schale ist in entsprechender Anwendung von
§ 25 Abs. 2 II. BV für die Wertminderung des
Gebäudes eine Abschreibung in Höhe von
1 % des Sanierungsaufwands zu berücksichtigen
FSt 270, 866

Dienstbefreiung

- Dienstbefreiung zur Ausübung eines kommunal-
en Mandats FSt 121, 400

Disziplinarrecht

- Bemessung der Disziplinarmaßnahme bei nach-
träglicher Aufarbeitung von Dienstvergehen
FSt 78, 239
- Die disziplinarrechtliche Würdigung außer-
dienstlichen Verhaltens FSt 145, 490
- Bindung von disziplinarrechtlichen Urteilen
FSt 152, 520
- Innerdienstliches Dienstvergehen, Orientierung
am Strafrahmen des StGB; Änderung der
Rechtsprechung FSt 187, 649

E

Eigenbetriebe

- Das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
GK 55, 131
- Anhebung der Schwellenwerte GK 55, 131
- Bilanzierung, Bewertungs- und Gliederungs-
vorschriften GK 55, 132
- Angabepflichten im Anhang zur Bilanz
GK 55, 134

Einbürgerung

- Bei der Ermessenseinbürgerung muss der Ein-
bürgerungsbewerber nach § 8 Abs. 1 Nr. 4
StAG den Lebensunterhalt auch solcher Ange-
höriger sichern können, die im Ausland leben
FSt 272, 871

Eingruppierung

- Eingruppierung einer Sozialarbeiterin –
Entgeltgruppe S 14 FSt 66, 200
- Zulässigkeit einer Änderungskündigung bei
irrtümlichem Verzicht auf Rückgruppierung
FSt 235, 771

Einkommensteuer

- Ertragsteuerliche Behandlung von Blockheiz-
kraftwerken GK 74, 182

Einvernehmen

- Gemeindliches Einvernehmen im Fall eines
Windparks, der über die Gemeindegrenze
hinweg entstehen soll FSt 169, 592
- Bauplanungsrechtliches Einvernehmensefor-
dernis besteht nur für ein Vorhaben innerhalb
des eigenen Gemeindegebiets FSt 169, 592
- Zum maßgeblichen Beurteilungszeitpunkt (hier
wegen der „10-H-Regelung“) im Fall eines Än-
derungs- oder Ergänzungsbescheids FSt 169, 594

Elterngeld, Elternzeit

- Zustimmung des Arbeitgebers zur Tätigkeit als
Tagespflegeperson während der Elternzeit
FSt 79, 240

Energieversorgung

- Windkraftkonkurrenten und Turbulenzen:
Abwehr nachteiliger Einflüsse anderer Wind-
kraftanlagen FSt 23, 53
- Standsicherheit nach der BayBO – Erhöhung
der Turbulenzintensität FSt 23, 54
- Befürchtete Nachteile durch andere Windkraft-
anlagen nur abwehrbar, wenn sie erheblich sind
FSt 23, 56
- Umweltverbandsklage durch einen anerkannten
Naturschutzverband nach § 29 BNatSchG
a.F.: Windkraftanlage; standortbezogene Vor-
prüfung; artenschutzrechtliches Tötungsverbot;
Denkmalschutz FSt 35, 102
- Nochmals: Die neue Abstandsregelung der
Art. 82, 83 BayBO bei Windenergieanlagen
(sog. „10-H-Regelung“); erste Erfahrungen
FSt 45, 138
- Teilflächennutzungsplan Windkraft: Normen-
kontrollanträge einer Nachbargemeinde und
von Bürgern der Nachbargemeinde FSt 108, 349

- Preisanpassungsrecht der Energieversorgungsunternehmen bei der Versorgung von Tarifkunden GK 27, 65
- Zur Rechtsentwicklung beim Preisanpassungsrecht GK 27, 66
- Die Transparenzanforderungen der Gas-Richtlinie 2003/55/EG führen zu einer Vertragslücke GK 27, 68
- Das Äquivalenzprinzip erlaubt Preisanpassungen unter bestimmten Voraussetzungen GK 27, 69
- 3-Jahres-Frist für die erfolgreiche Beanstandung von Preiserhöhungen GK 27, 69
- Gesetz zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus vom 21.12.2015 GK 38, 96

Energiewirtschaft

- Erstes Gesetz zur Änderung des Energieverbrauchs-kennzeichnungsgesetzes und zur Änderung weiterer Bestimmungen des Energiewirtschaftsrechts vom 10.12.2015 GK 30, 71
- Neuvergabe Gaskonzessionsvertrag: Auskunftsanspruch einer Gemeinde gegen bisherigen Nutzungsberechtigten GK 64, 161
- Zur Frage, in welcher Fassung § 46 EnWG bei Auskunftsansprüchen Anwendung findet GK 64, 161
- Der Informationsanspruch der Gemeinde gegenüber dem bisherigen Netzbetreiber umfasst bereits im Verfahrens-stadium der Neuvergabe von Konzessionsverträgen insbesondere Angaben zu den kalkulatorischen Restwerten und kalkulatorischen Nutzungsdauern GK 64, 162
- Zum Zweck des § 46 EnWG GK 64, 163
- Zur Systematik des § 46 EnWG GK 64, 164
- Dem Auskunftsanspruch steht nicht entgegen, dass es sich bei den kalkulatorischen Netzdaten um Geschäftsgeheimnisse der Beklagten handelt GK 64, 164
- Geschäftsgeheimnisse dürfen nur an Bieter weitergegeben werden GK 64, 165

Enteignung

- Enteignung nach Wasserrecht: Eingeschränkte Anfechtbarkeit einer enteignungsrechtlichen Ausführungsanordnung FSt 36, 108
- Keine Nichtigkeitsgründe in Bezug auf die zugrunde liegende Enteignung FSt 36, 109
- Keine Nichtigkeitsgründe in Bezug auf die zugrunde liegende Enteignung FSt 36, 109

Entgeltfortzahlung

- Wann hat ein Arbeitnehmer Anspruch auf Entgeltfortzahlung, wenn er wegen Alkoholabhängigkeit arbeitsunfähig erkrankt ist? GK 103, 251

- Alkoholabhängigkeit als Krankheit i.S. des Entgeltfortzahlungsgesetzes (EFZG) GK 103, 252
- Schuldhaft i.S. von § 3 Abs. 1 Satz 1 EFZG handelt nur der Arbeitnehmer, der in erheblichem Maße gegen die von einem verständigen Menschen im eigenen Interesse zu erwartende Verhaltensweise verstößt GK 103, 253
- Alkoholabhängigkeit an sich begründet noch kein Verschulden i.S. von § 3 Abs. 1 Satz 1 EFZG GK 103, 254
- Rückfall nach Entzug kann im Einzelfall ein Verschulden begründen GK 103, 255
- Alkoholismus ist nicht gänzlich heilbar GK 103, 256
- Zur Feststellung des Verschuldens bei einem Rückfall ist ein fachmedizinisches Gutachten notwendig; der Arbeitnehmer ist zur Mitwirkung verpflichtet GK 103, 257
- Entgeltfortzahlung während ambulanter Kur GK 197, 477

Erschließungsbeitrag

- Änderung des KAG: 25jährige Festsetzungs-höchstfrist ab 2021 im Erschließungsbeitragsrecht FSt 125, 414
- Sonstige Änderungen im Erschließungs- und Straßenausbaubeitragsrecht FSt 125, 421
- Grunderwerb als Herstellungsmerkmal von Erschließungsanlagen; Erhebung von Vorausleistungen – Verwirkung GK 70, 176
- Der Grunderwerb ist erst abgeschlossen, wenn die Grundfläche vollständig im Eigentum der Gemeinde steht GK 70, 177
- Eine Verwirkung des Rechts, Vorausleistungen auf den Erschließungs-beitrag zu erheben, kann nicht allein wegen Zeitablaufs eintreten GK 70, 178
- Grunderwerbsteuerliche Behandlung von Erschließungs- und Folgekostenbeiträgen GK 119, 296
- Keine Beitragspflicht für ein nicht gefangenes Hinterliegergrundstück trotz tatsächlich angelegter Zufahrt über das Anliegergrundstück bei Eigentümerschiedenheit GK 146, 362
- Ein Hinterliegergrundstück kann nur dann erschlossen sein, wenn die Zuwegung (Zugang oder Zufahrt) von der Anbaustraße über das Anlieger- zu dem Hinterliegergrundstück die jeweiligen bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Erreichbarkeitsanforderungen für dessen Bebaubarkeit erfüllt GK 146, 363
- Bei einem nicht gefangenen Hinterliegergrundstück ist die Erfüllung der Erreichbarkeitsanforderungen eine notwendige, nicht aber hinreichende Voraussetzung für das Erschlossen sein GK 146, 364

- Zur Begründung der Erschließungsbeitragspflicht reicht es aus, wenn ein Grundstück derart „bebaubar“ ist, dass lediglich noch durch den Eigentümer ausräumbare Hindernisse bestehen GK 146, 365
- Trotz einer tatsächlich angelegten Zufahrt über das Anliegergrundstück fehlt es am Erschlössensein eines Hinterliegergrundstücks, wenn dessen Eigentümer die bauordnungsrechtlich erforderliche Sicherung der Zufahrt aus eigener Rechtsmacht nicht herbeiführen kann GK 146, 365
- Die (Weiter-)Nutzung einer tatsächlich vorhandenen, aber rechtlich nicht gesicherten und vom Eigentümer des Hinterliegergrundstücks auch nicht aus eigener Rechtsmacht sicheren Zufahrt begründet in aller Regel keine Beitragspflicht unter dem Gesichtspunkt von Treu und Glauben GK 146, 367
- Einseitig anbaubare Teilstrecke; sachliche Beitragspflichten bei Übernahme einer noch nicht endgültig hergestellten Anlage durch eine Gemeinde; Festsetzungsverjährung GK 193, 463
- Die nur einseitig anbaubare Teilstrecke zerteilt die Straße nicht in zwei selbstständige Anlagen GK 193, 464
- Hinsichtlich der Kosten der Übernahme als gemeindliche Erschließungsanlage entstehen die sachlichen Beitragspflichten bereits mit der Übernahme GK 193, 465
- Straßenunterbau und endgültige Herstellung; Verlängerungsstrecke und Anlage; gleichzeitige Kanalsanierung und Aufwand GK 203, 493

Europäische Union

- Mindestgehälter für die Blaue Karte EU FSt 100, 319
- Jedermann-Konto eingeführt FSt 258, 840
- Gesetz über die Beteiligung des Landtags durch die Staatsregierung in Angelegenheiten der Europäischen Union gemäß Art. 70 Abs. 4 der Verfassung des Freistaates Bayern sowie in sonstigen Angelegenheiten gemäß Art. 55 Nr. 3 Satz 2 der Verfassung des Freistaates Bayern (Parlamentbeteiligungsgesetz – PBG) GK 163, 408

F

Fahrerlaubnis

- Wiedererteilung der Fahrerlaubnis nach Alkoholmissbrauch: MPU nach jeder strafgerichtlichen Entziehung (Änderung der VGH-Rechtsprechung) FSt 150, 508

Feuerschutz

- Behördliche Betretungsrechte im Rahmen der Feuerbeschau FSt 27, 75

Feuerwehr

- Ehrenamtlichkeit des Feuerwehrdienstes: Vereinbarungen über die Kostenerstattung von Ausbildungskosten für den Erwerb des Führerscheins der Klasse C/CE unzulässig FSt 196, 671
- Bek des StMI vom 30.8.2016 – Änderung der Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien GK 215, 528

Finanzausgleich

- Erste Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2016 vom 18.3.2016 GK 99, 240
- Zweite Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2011 vom 25.4.2016 GK 126, 312
- Zweite Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2014 vom 13.5.2016 GK 134, 336

Finanzausgleich 2016

- Finanzausgleich 2016 FSt 118, 376
- Ausgangslage FSt 118, 377
- Finanzausgleichsvolumen 2016 FSt 118, 377
- Allgemeiner Steuerverbund, Schlüsselzuweisungen FSt 118, 377
- Steuerkraft nach Art. 4 FAG FSt 118, 381
- Grunderwerbsteuerverbund nach Art. 8 FAG FSt 118, 382
- Einkommensteuerersatz nach Art. 1b FAG FSt 118, 383
- Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund FSt 118, 383
- Bedarfszuweisungen (Art. 11 FAG) FSt 118, 386
- Kommunalen Hochbau (Art. 10 FAG) FSt 118, 387
- Krankenhausfinanzierung FSt 118, 390
- Investitionszuschüsse nach Art. 12 FAG FSt 118, 391
- Zuweisungen zu den Aufwendungen für die Schülerbeförderung FSt 118, 391
- Ausgleich nach Art. 15 FAG an die Bezirke FSt 118, 391
- Tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Finanzausgleichsleistungen FSt 119, 391

Finanzen, öffentliche

- Steuerschätzung November 2015 GK 11, 25
- Erwartetes Steueraufkommen 2015 mit 2020 in Mrd. € GK 11, 27
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK 11, 28

- Schätzungen für die bayerischen Kommunen
GK 11, 31
- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2014
GK 69, 169
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2014 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes
GK 69, 169
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2014
GK 69, 170
- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2014
GK 117, 289
- Steuerschätzung Mai 2016
GK 135, 337
- Erwartetes Steueraufkommen 2015 mit 2020 in Mrd. €
GK 135, 339
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden
GK 135, 339
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen
GK 135, 343
- Die Gemeindefinanzen in Bayern im Jahr 2015; Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik
GK 217, 531
- Die Gemeindefinanzen in Bayern im Jahr 2015; Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik
GK 217, 531
- Moderates Wirtschaftswachstum im Jahr 2015
GK 217, 531
- 2015 wiederum positiver Finanzierungssaldo
GK 217, 532
- Weiterer Anstieg bei den kommunalen Steuereinnahmen
GK 217, 532
- Deutliche Zunahmen beim Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer sowie beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer
GK 217, 532
- Steuereinnahmen – Übersicht
GK 217, 533
- Leichter Anstieg bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb
GK 217, 533
- Höhere Zuweisungen, sinkende Bezirks- und gestiegene Kreisumlage
GK 217, 533
- Personalausgaben weiter gestiegen
GK 217, 534
- Höhere Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke
GK 217, 534
- Solidarumlage ab 2008 entfallen – Staat übernimmt Netto-Solidarumlage
GK 217, 534
- Erneute Zunahme der Ausgaben für soziale Leistungen
GK 217, 535
- Rückgang bei den Bauausgaben
GK 217, 535
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2014 und 2015
GK 218, 536
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2014 und 2015
GK 219, 537

- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2015 nach Gemeindegrößenklassen
GK 220, 538
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2015 nach Gemeindegrößenklassen
GK 221, 539

Flächennutzungsplan

- Flächennutzungsplan mit Darstellung von Konzentrationszonen: Verlagerung einer FFH-Verträglichkeitsprüfung in ein nachfolgendes immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren
FSt 127, 426

Flüchtlingsverwaltung

- Sonderregelung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) mit Flüchtlingsbezug
FSt 44, 136

Forstwirtschaft

- Ersatz von Wildschäden an Erstaufforstungskulturen
FSt 8, 21

Fremdenverkehrsbeitrag

- Vom unmittelbaren Geschäft mit den Fremden entferntere Glieder einer Vertragskette können ausnahmsweise fremdenverkehrsbeitragspflichtig sein
GK 83, 195
- In der Regel kein mittelbarer Vorteil aus dem Fremdenverkehr beim dritten (oder noch weiter entfernten) Glied einer Vertragskette
GK 83, 196
- Ausnahmsweise Heranziehung zum Fremdenverkehrsbeitrag bei entfernteren Gliedern einer Vertragskette
GK 83, 197
- Verwendung des Begriffs „Vorteil“ in der Beitragssatzung
GK 83, 198
- Die Einräumung eines Nießbrauchsrechts für ein gleichbleibendes monatliches Entgelt schützt den Grundstückseigentümer nicht vor Heranziehung zum Fremdenverkehrsbeitrag
GK 83, 198
- Zur Höhe des Vorteilssatzes – keine gemeindliche Pflicht zu aufwändigen statistischen Erhebungen
GK 83, 199
- Keine Verwirkung des Beitragserhebungsrechts auch bei langjähriger Nichterhebung
GK 83, 201
- Ein Steuerberater ist in Angelegenheiten des Fremdenverkehrsbeitrags vertretungsbefugt
GK 110, 270
- Nach § 67 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3, Abs. 4 Satz 7 VwGO sind Steuerberater in Beitragsangelegenheiten auch vor den Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichten zur Vertretung befugt
GK 110, 271
- Keine Einschränkung des verwaltungsprozessualen Vertretungsrechts durch das Rechtsdienstleistungsgesetz
GK 110, 273

- Keine Einschränkung des verwaltungsprozessualen Vertretungsrechts durch das Steuerberatungsgesetz GK 110, 274
- Sicherstellung einer sachgerechten Vertretung – Berufsbild der Steuerberater GK 110, 274
- Steuerberater besitzen in Beitragssachen auch die nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz erforderliche Erlaubnis zur Vertretung im behördlichen Widerspruchsverfahren GK 110, 275
- Fremdenverkehrsbeitragspflicht von Steuerberatern – § 203 Abs. 1 StGB steht der Auskunftspflicht eines Steuerberaters bei der Erhebung des Fremdenverkehrsbeitrags nicht entgegen GK 210, 511
- Eine Steuerberaterkanzlei ist – ebenso wie die Kanzlei eines Rechtsanwalts – fremdenverkehrsbeitragspflichtig GK 210, 512
- Zur Auskunftspflicht und zur Berechnung des Vorteils einer Steuerberaterkanzlei GK 210, 512
- Mit der Erteilung von Auskünften begehen Steuerberater keinen Geheimnisverrat im Sinne von § 203 Abs. 1 StGB – das Steuergeheimnis besteht auch in kleinen Gemeinden GK 210, 515
- Zur Schätzung des Vorteilssatzes GK 210, 516
- (Keine) Verfassungswidrigkeit der Fremdenverkehrsbeitragsenerhebung wegen struktureller Erhebungsdefizite GK 210, 516
- Kaufhaus; Mindestbeitragsatz; Richtsatzsammlung des Bundesministeriums der Finanzen GK 222, 540
- Gegen die in der Fremdenverkehrsbeitragsatzung vorgesehene Methode der Doppelberechnung bestehen keine Bedenken GK 222, 540
- Zur Ermittlung des Mindestbeitragsatzes wird der steuerbare Umsatz herangezogen GK 222, 541
- Das Verwaltungsgericht kann bei neuen Erkenntnissen im laufenden Verfahren die gemeindliche Schätzung konkretisieren GK 222, 542
- Auch bei Betrieben mit mehreren Geschäftsfeldern kann auf die Richtsatzsammlung zurückgegriffen werden GK 222, 543
- Die Heranziehung eines zur Richtsatzsammlung alternativen Zahlen- und Rechenwerks ist nicht gerechtfertigt GK 222, 544
- Die Aufschlüsselung der Umsätze nach den einzelnen Geschäftsfeldern ist zumutbar GK 222, 544

Fundrecht

- Gemeinde als Fundbehörde: Zum Aufwendersatzanspruch einer Tierklinik gegen eine Gemeinde als Fundbehörde wegen Aufwendungen für eine am Wochenende verletzt gefundene, sofort behandlungsbedürftige Katze FSt 120, 395
- Geschäftsführung ohne Auftrag im öffentlichen Recht FSt 120, 396
- Verloren und damit findbar sind Tiere, die besitzlos, aber nicht herrenlos sind FSt 120, 396
- Zur Verwahrungspflicht bei Fundsachen: Recht des Finders auf Ablieferung FSt 120, 397
- Zum Fremdgeschäftsführungswillen der Tierklinik FSt 120, 399
- Zur Höhe des Anspruchs: Keine Beschränkung auf die Kosten für das Einschläfern des Tieres FSt 120, 399
- Gemeinde als Fundbehörde: Die Verwahrungspflicht für eine Fundsache entsteht erst dann, wenn die Fundsache bei ihr abgeliefert wird; das gilt grundsätzlich auch für gefundene Tiere jedenfalls dann, wenn sie nicht dringend behandlungsbedürftig sind FSt 142, 474
- Die Verwahrungspflicht bei Fundsachen FSt 142, 476
- Die Ablieferung eines gefundenen Tieres bei der Fundbehörde ist in der Regel zumutbar FSt 142, 477
- Die bloße Anzeige des Fundes ersetzt nicht die Ablieferung bei der Fundbehörde FSt 142, 477

G

Gasversorgung

- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2016 GK 113, 282

Gemeindebeamte

- Sozialversicherungsfreiheit von kommunalen Wahlbeamten, sonstigen kommunalen Beamten und Vorstandsmitgliedern der Sparkassen FSt 3, 6
- Änderung des Leistungslaufbahngesetzes, des Bayerischen Beamtengesetzes und des Bayerischen Besoldungsgesetzes FSt 70, 204
- Ein Beamter kann i.d.R. nicht beanspruchen, auf einen ämtergleichen Dienstposten umgesetzt zu werden FSt 278, 887

- Bei einer Umsetzung handelt es sich um eine innerorganisatorische Maßnahme, die die Individualsphäre eines Beamten grundsätzlich nicht berührt FSt **278**, 888
- Bei ämtergleicher Umsetzung besteht i.d.R. kein Bewerbungsverfahrensanspruch aus Art. 33 Abs. 2 GG FSt **278**, 888
- In Ausnahmefällen, insbesondere bei behaupteter Fürsorgepflichtverletzung, kann Rechtsschutz hinsichtlich einer Umsetzung in Frage kommen FSt **278**, 890
- Anspruch auf finanzielle Abgeltung nicht genommenen Mindestjahresurlaubs aus Art. 7 Abs. 2 der Richtlinie 2003/88/EG; hier Altersteilzeit im Blockmodell GK **204**, 498
- Anwendungsbereich und Reichweite des Anspruchs aus Art. 7 Abs. 2 der Richtlinie 2003/88/EG GK **204**, 498
- Maßgeblicher Anknüpfungspunkt für den Anspruch ist die Beendigung des Arbeitsverhältnisses/der Ruhestandseintritt GK **204**, 499
- Altersteilzeit im Blockmodell ändert am Anknüpfungzeitpunkt des Anspruchs nichts GK **204**, 499

Gemeinden

- Kein allgemeiner Anspruch eines Gemeindegürgers und Gemeinderatsmitglieds auf Überlassung von Unterlagen der Gemeindeverwaltung in Kopie FSt **52**, 163
- Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und Entlastung bei Asylbewerberunterbringung FSt **56**, 172
- Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ FSt **56**, 173
- Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz – KInvFG) FSt **56**, 173
- Änderung des FAG B-L FSt **56**, 174
- Änderung des SGB II FSt **56**, 174
- Altersdiskriminierung bei Sachverständigen? FSt **64**, 197
- Bayerisches E-Government-Gesetz: Art. 1 bis 4 BayEGovG FSt **81**, 244
- Anwendungsbereich: Art. 1 Abs. 1 BayEGovG FSt **81**, 245
- Ausnahmen vom Anwendungsbereich: Art. 1 Abs. 2 BayEGovG FSt **81**, 246
- Anwendbarkeit des EGovG: Art. 1 Abs. 3 BayEGovG FSt **81**, 247
- Digitale Zugangs- und Verfahrensrechte: Art. 2 BayEGovG FSt **81**, 248
- Zugang zur elektronischen Kommunikation: Art. 3 Abs. 1 BayEGovG FSt **81**, 249

- Zugang zu De-Mail: Art. 3 Abs. 2 BayEGovG FSt **81**, 252
- Elektronische Identifizierung: Art. 3 Abs. 3 BayEGovG FSt **81**, 252
- Zugang zu Diensten und Informationen: Art. 4 Abs. 1 BayEGovG FSt **81**, 253
- Elektronische Publikationen: Art. 4 Abs. 2 BayEGovG FSt **81**, 254
- Bayerisches E-Government-Gesetz: Art. 5 bis 9 BayEGovG FSt **93**, 290
- Elektronischer Zahlungsverkehr und Rechnungen: Art. 5 BayEGovG FSt **93**, 290
- Elektronisches Verwaltungsverfahren: Art. 6 BayEGovG FSt **93**, 291
- Elektronische Akten und Register, Gegenstand und Erfordernis der Regelung: Art. 7 BayEGovG FSt **93**, 294
- Pflicht zur elektronischen Akten- und Registerführung: Art. 7 Abs. 1 BayEGovG FSt **93**, 295
- Übermittlung von Daten: Art. 7 Abs. 2 BayEGovG FSt **93**, 296
- Übertragung in elektronische Formate (Scan): Art. 7 Abs. 3 BayEGovG FSt **93**, 296
- Informationssicherheit und Datenschutz: Art. 8 BayEGovG FSt **93**, 299
- Behördliche Zusammenarbeit: Art. 9 BayEGovG FSt **93**, 300
- Bayerisches E-Government-Gesetz: Änderungen des BayVwVfG, des BayDSG und anderer Gesetze FSt **102**, 321
- Elektronische Kommunikation; Ersetzung der Schriftform: Art. 3a Abs. 2 BayVwVfG n.F. FSt **102**, 321
- Urkunden in elektronischer Form: Art. 33 Abs. 7 BayVwVfG n.F. FSt **102**, 323
- Bestimmtheit und Form des Verwaltungsaktes: Art. 37 Abs. 3 Satz 3 BayVwVfG n.F. FSt **102**, 324
- Haushaltsplan: Art. 65 Abs. 3 Satz 3 GO n.F.; Art. 59 Abs. 3 Satz 3 LKrO n.F.; Art. 57 Abs. 3 Satz 3 BezO FSt **102**, 324
- Elektronische statt schriftliche Erklärung: Art. 4 Abs. 11 BayDSG n.F. FSt **102**, 324
- Zulässigkeit der Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung: Art. 15 Abs. 3 bis 5 BayDSG n.F. FSt **102**, 325
- Datenschutzrechtliche Freigabe automatisierter Verfahren: Art. 26 Abs. 1 Satz 2 BayDSG n.F. FSt **102**, 325
- Gemeinsame Verfahren: Art. 27a BayDSG n.F. FSt **102**, 326
- Recht auf Auskunft: Art. 36 BayDSG n.F. FSt **102**, 328
- Personalakte: Art. 111 Abs. 6 BayBG n.F. FSt **102**, 330

- Einseitige Mieterhöhung: Art. 11 Abs. 1 Satz 4 BayWoBindG n.F. FSt **102**, 330
- Verzicht auf Schriftform im Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz: Art. 18, 19 und 26 BayKiBiG n.F. FSt **102**, 330
- Elektronische Verwaltungsinfrastrukturen: Art. 128 Abs. 5 BayEUG n.F. FSt **102**, 331
- Rückforderung der Besoldung: Art. 15 Abs. 2a BayBesG n.F. FSt **102**, 331

Gemeinderat

- Grundsatz der Öffentlichkeit von Gemeinderatssitzungen: Bedeutung der nichtöffentlichen Vorberatung bei der Ausübung eines Vorkaufsrechts FSt **103**, 332
- Verschwiegenheitspflicht von Gemeinderatsmitgliedern; Geschäftsordnungsautonomie des Gemeinderats FSt **134**, 448
- Der Ausschluss der Öffentlichkeit von einer Ratssitzung verlangt in formeller Hinsicht, dass den Ratsmitgliedern Gelegenheit gegeben wird, die für einen Ausschluss sprechenden Gründe in einem nichtöffentlichen Rahmen zu prüfen FSt **134**, 448
- Dem Gemeinderat steht bei der Prüfung der Frage, ob die Öffentlichkeit auszuschließen ist, ein Beurteilungsspielraum zu FSt **134**, 449
- Nach Art. 20 Abs. 2 Satz 3 GO kann auch die Löschung elektronischer Dateien und das Unterlassen des Wiederherstellens solcher Dateien verlangt werden FSt **134**, 450
- Grundrechtsschutz können auch Informationen über persönliche Verhältnisse ohne Namensnennung beanspruchen, wenn sie mit geringem Zusatzwissen bestimmten Individuen zuzuordnen sind (sog. personenbeziehbare Daten) FSt **134**, 451
- Die kommunalen Vertretungsorgane können sich aufgrund ihrer Geschäftsordnungsautonomie dafür entscheiden, bestimmte Angelegenheiten zunächst intern zu behandeln und zur fachlichen Vorberatung an nichtöffentlich tagende Ausschüsse zu überweisen FSt **134**, 452
- Die Gemeindeordnung gibt dem einzelnen Gemeinderatsmitglied nicht das Recht auf Selbstentbindung von der Verschwiegenheitspflicht FSt **134**, 452
- Eine „Flucht in die Öffentlichkeit“ kommt allenfalls in Betracht bei evidenten und besonders gravierenden Rechtsverstößen, die eine sofortige Unterrichtung der Öffentlichkeit erfordern oder rechtfertigen FSt **134**, 453

Gemeinderatssitzung

- Kein Anspruch auf Überlassung von Audio-Dateien einer öffentlichen Sitzung des Gemeinderats; zum Begriff der Niederschrift i.S. von Art. 54 GO FSt **217**, 723
- Pflicht zur Löschung der Tonaufzeichnungen nach Fertigung der Niederschrift FSt **217**, 726
- Auch für Gemeinderatsmitglieder selbst besteht kein Anspruch auf Anhören oder Überlassen von Tonaufzeichnungen FSt **217**, 727
- Ausnahme für Gemeinderatsmitglieder: Zweifel an der Richtigkeit der Niederschrift FSt **217**, 727

Gewerberecht

- Jahresfrist bei Widerruf einer Gewerbeerlaubnis FSt **90**, 278
- Pflicht zur Anmeldung eines Gewerbes FSt **285**, 917

Gewerbsteuer

- Haftung für Gewerbesteuerschulden; Verjährung GK **165**, 413
- Für Steuerhaftungsansprüche gegen die Gesellschafter einer aufgelösten Gesellschaft gilt eine 5jährige Verjährungsfrist GK **165**, 413
- Der Neubeginn der Verjährung gegenüber aufgelöster Gesellschaft wirkt auch gegenüber zum Auflösungszeitpunkt noch vorhandenen Gesellschaftern GK **165**, 414
- Eine Unterbrechung der Zahlungsverjährung unterfällt auch dem „Neubeginn der Verjährung“ GK **165**, 414

Gewerbesteuerumlage

- Gewerbesteuerumlage 2016 GK **118**, 296

Gewerbeuntersagung

- Gewerbeuntersagung wegen Vernachlässigung der steuerlichen Pflichten; Zeitpunkt der Beurteilung FSt **12**, 37
- Eine Verhaltensänderung nach Erlass des Gewerbeuntersagungsbescheids ist grundsätzlich unerheblich FSt **12**, 37
- Auch eine lediglich auf einer Schätzung beruhende Steuerschuld ist zu bezahlen FSt **12**, 38
- Gewerbeuntersagung wegen Steuerschulden FSt **273**, 873

Grunderwerbsteuer

- Grunderwerbsteuerliche Behandlung von Erschließungs- und Folgekostenbeiträgen GK **119**, 296

Grundsicherung

- Leistungen zur Existenzsicherung nach dem SGB III FSt 19, 48
- Eingeschränkter Anspruch arbeitssuchender EU-Bürger auf SGB-II-Leistungen FSt 20, 49
- Höhe der Regelbedarfe ab 1.1.2016 FSt 42, 134
- Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und weiterer Vorschriften FSt 95, 305
- Verpflichtung des Leistungsträgers, den Leistungsempfänger bei unzutreffender Betriebskostenabrechnung zu unterstützen FSt 156, 531
- Qualifizierung einer Einnahme als im Zuflussmonat zu berücksichtigende laufende Einnahme FSt 236, 773
- Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung nach dem SGB II für Bildungs- und Teilhabeleistungen FSt 264, 850
- Integrationsgesetz (Art. 2): Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) FSt 266, 855
- Bedarfe für Unterhalt und Heizung: § 22 Abs. 1a SGB II n.F. FSt 266, 855
- Örtliche Zuständigkeit: § 36 Abs. 2 SGB II n.F. FSt 266, 855
- Veruntreute Gelder durch Mitarbeiter eines Jobcenters sind nicht vom Bund zu tragende Aufwendungen FSt 275, 881
- Verordnung zur Festlegung der der Revision unterliegenden Bundesbeteiligung an der Kosten der Unterkunft und Heizung für das Jahr 2016 (Bundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung 2016 – BBFestV 2016) vom 19.7.2016 GK 163, 408
- Siebte Verordnung zur Änderung der Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung vom 15.6.2016 GK 174, 432
- Erste Verordnung zur Änderung der Unbilligkeitsverordnung vom 4.10.2016 GK 215, 528

Grundsteuer

- Kein Grundsteuererlass für ein auch ohne Auflagen des Denkmalschutzes unrentables Objekt GK 91, 227
- Kausalzusammenhang zwischen öffentlichem Erhaltungsinteresse und Unrentabilität eines Objekts für Grundsteuererlass erforderlich GK 91, 228
- Eine bloße Verschärfung der Unrentabilität eines Objekts durch den Denkmalschutz führt nicht zu einem Anspruch auf Grundsteuererlass GK 91, 229
- Nochmals: Nachhaltige Unrentierlichkeit und Kausalzusammenhang beim Grundsteuererlass nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 GrStG GK 156, 386

Grundstücke

- Einheimischenmodell: 30jährige Frist für Wiederkaufsrecht der Gemeinde kann unwirksam sein FSt 39, 121
- Aktualisierter Leitfaden zum Umgang mit „Schrottimmobilen“ FSt 49, 160
- Die Verschattung eines Grundstücks durch Bäume des Nachbarn ist ggf. hinzunehmen FSt 82, 256
- Der Entzug von Licht und Luft durch Anpflanzungen ist keine Einwirkung i.S. von § 906 BGB FSt 82, 256
- Ausnahmsweise Beseitigungsanspruch aus dem nachbarschaftlichen Gemeinschaftsverhältnis; hier: verneint FSt 82, 257
- Arbeitshilfe zur Aufteilung eines Gesamtkaufpreises für ein bebautes Grundstück (Kaufpreisaufteilung); Aktualisierung GK 89, 218

Grundstückskaufvertrag

- Nach Maßgabe der Umstände des Einzelfalls ist der Verkäufer eines unbebauten Grundstücks im Außenbereich, das kein Bauland ist, nicht verpflichtet, ungefragt darüber aufzuklären, dass das Grundstück im Landschaftsschutzgebiet liegt FSt 53, 167
- Übernahme der öffentlichen Lasten durch den Käufer eines Grundstücks FSt 259, 841
- Grundstückskaufvertrag mit aufschiebender Bedingung einer Bebauungsplanänderung GK 109, 267
- Nichtigkeit eines Kaufvertrages bei Verstoß gegen das Koppelungsverbot des § 1 Abs. 3 Satz 2 BauGB GK 109, 268
- Selbst „indirekter Zwang“ für die Gemeinde aufgrund der Regelungen eines Kaufvertrages, der Sanktionen bei Nichterfüllung von Erwartungen enthält, führt nicht zu dessen Nichtigkeit GK 109, 268
- Zulässiger Vertragsinhalt eines aufschiebend bedingten Grundstückskaufvertrages hinsichtlich einer bestimmten Bauleitplanung GK 109, 269

H

Haushaltswesen

- Bek des StMI vom 14.3.2016 – Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen GK 107, 264
- Steueraufkommen bei interkommunalen Gewerbegebieten – Buchungshinweise GK 108, 265

Herstellungsbeitrag

- Wasserversorgung: Bestimmtheit des Bescheids über einen Herstellungsbeitrag bei Heranziehung einer Teilfläche, fehlender Lageplan **FK 192, 458**

HOAI

- Mindestsatzunterschreitung, wenn die nächsthöhere Honorarzone nur knapp erreicht ist? **FSt 88, 274**
- Pflicht des Auftraggebers zur Teilabnahme nach der Leistungsphase 8? **FSt 109, 351**
- Zur Frage, ob den Auftraggeber eine Pflicht zur Teilabnahme trifft **FSt 109, 352**
- Zur Frage einer konkludenten Teilabnahme **FSt 109, 352**
- Abgrenzung von Ideenskizze einerseits, Lösungsvorschlag i.S. von § 20 Abs. 3 HOAI andererseits **FSt 178, 613**
- Die Abrechnung eines nicht vollzogenen Ingenieurvertrags ist auch nach 15 Jahren noch möglich **FSt 224, 745**

Hochwasserschutz

- Enteignungsrechtliche Vorwirkung einer wasserrechtlichen Planfeststellung nach § 71 WHG 2010 nur bei positivem Ausspruch im Bescheid **FSt 63, 194**

Hunde

- Hundehaltung: Anordnung eines Leinenzwangs **FSt 75, 227**
- Von großen Hunden, die auf öffentlichen Straßen und Wegen „mit relevantem Publikumsverkehr“ frei umherlaufen, geht in der Regel eine konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit aus **FSt 75, 228**
- Wenn die Anordnung eines Leinenzwangs damit begründet wird, dass der von der Anordnung betroffene Hund einen Menschen gebissen habe, muss der Beißvorfall mit hinreichender Sicherheit feststehen **FSt 75, 228**
- Auch wenn die Tatbestandsvoraussetzungen für die Anordnung eines Leinenzwangs vorliegen, ist die Anordnung ermessensfehlerhaft, wenn sie von einer falschen Tatsachengrundlage ausgeht **FSt 75, 229**
- Für eine ordnungsgemäße Ermessensausübung bei der Anordnung eines Leinenzwangs muss zwischen bebauten Ortsteilen und dem Außenbereich einer Gemeinde differenziert und es müssen mildere Mittel erwogen werden **FSt 75, 229**

- Einzelfallanordnungen zur Hundehaltung: Die neuere Rechtsprechung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) und ihre Konsequenzen für die gemeindlichen Sicherheitsbehörden **FSt 162, 547**
- Die verfassungsrechtliche Einordnung der Einschränkung der Hundehaltung **FSt 162, 547**
- Tierschutzrechtliche Vorgaben **FSt 162, 547**
- Tatbestandliche Voraussetzungen der Einzelfallanordnung **FSt 162, 548**
- Die ordnungsgemäße Ermessensausübung **FSt 162, 553**
- Musterbescheid für die Anordnung eines Leinenzwangs **FSt 162, 556**
- Untersagung der Haltung eines Hundes nach mehreren Beißvorfällen und Verstößen gegen einen vollziehbaren Leinen- und Maulkorbzwang **FSt 209, 711**

I

Immissionsschutz

- Anordnung einer kontinuierlichen Gesamtkohlenstoffmessung bei einer Asphaltmischanlage **FSt 26, 66**
- Verhältnis der nach dem BImSchG möglichen Messungsanordnungen untereinander und in Verbindung mit einer Genehmigung **FSt 26, 67**
- Kontinuierliche Messungen sind auch bei einer Asphaltmischanlage sinnvoll **FSt 26, 68**
- Eine Anordnung einer kontinuierlichen Gesamtkohlenstoffmessung mit „FID-Technik“ bei Asphaltmischanlagen ist nicht generell unverhältnismäßig **FSt 26, 71**
- „Stand der Technik“ einer kontinuierlichen Gesamtkohlenstoffmessung bei Asphaltmischanlagen **FSt 26, 73**
- Keine Unverhältnismäßigkeit der Messungsanordnung unter Kosten-/Nutzensgesichtspunkten **FSt 26, 74**
- Eilrechtsschutz für eine Gemeinde gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit der Genehmigung von Windkraftanlagen auf dem Gebiet einer Nachbargemeinde; interkommunales Abstimmungsgebot **FSt 112, 356**
- Anordnung der Stilllegung einer Recyclinganlage **FSt 226, 748**
- Anordnung einer Feststoffmessung bei einem Pelletkaminofen; sofortige Vollziehbarkeit bei Anfechtung **FSt 256, 830**
- Kann ein Feuerstättenbescheid anordnen, dass ein unbenutzter Kamin gekehrt werden muss? **FSt 271, 868**

- Die vorgeschriebene Überprüfung eines Kamins kann, muss aber nicht durch Kehren erfolgen FSt 271, 868
- Die Anordnung einer jährlichen Kehrung des nicht benutzten Rauchfangs ist unverhältnismäßig FSt 271, 870

Ingenieure

- Berechtigte außerordentliche Kündigung eines Ingenieurvertrags, wenn die Bezahlung von Abschlagsrechnungen unzulässig als Druckmittel verwendet wird FSt 223, 744

Innenbereich

- Begriff des im Zusammenhang bebauten Ortsteils; keine maßstabbildende Funktion durch massive Gewächshäuser FSt 221, 739
- Gewächshäuser sind nur Nebenanlagen zur erwerbsgärtnerischen Hauptnutzung und können bereits aus diesem Grund für den Bebauungszusammenhang grundsätzlich nicht maßstabbildend sein FSt 221, 739
- Dem im Zusammenhang bebauten Ortsteil können nur solche Bauwerke zugerechnet werden, die für eine nach der vorhandenen Siedlungsstruktur angemessene Fortentwicklung der Bebauung maßstabbildend sind FSt 221, 740
- Keine Abgrenzung des Bebauungszusammenhangs durch Baumreihen oder Hecken FSt 283, 909

Insolvenzordnung

- Anwendungsfragen zu § 55 Abs. 4 InsO GK 31, 73
- Überprüfung der Rechtmäßigkeit eines behördlichen Insolvenzantrags (hier: im verwaltungsgerichtlichen Eilverfahren) GK 208, 505
- Zulässigkeit des Antrags auf einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO bis zur Entscheidung des Insolvenzgerichts über den Insolvenzantrag GK 208, 505
- Verordnung zur Festlegung des Umlagesatzes für das Insolvenzgeld für das Kalenderjahr 2017 (Insolvenzgeldumlagesatzverordnung 2017 – InsoGeldFestV 2017) vom 4.10.2016 GK 215, 528

Internet

- Ausschluss von der Nutzung einer kommunalen Internet-Domain FSt 143, 481
- Zulassung zu einer Internet-Domain durch Verwaltungsakt FSt 143, 481
- Die Zulassung zu einer kommunalen Internet-Domain leitet sich aus dem Nutzungsrecht an einer öffentlichen Einrichtung ab FSt 143, 482

- Ein Verstoß gegen Nutzungsbedingungen sowie Rechtsverletzungen (hier: des Persönlichkeitsrechts Dritter) können einen Ausschluss von der Benutzung einer öffentlichen Einrichtung rechtfertigen FSt 143, 482
- Zur Beachtung von Grundrechten bei einem Nutzungsausschluss FSt 143, 483
- Zur Abwehr der Gefahr, als Störerin in Anspruch genommen zu werden FSt 143, 483

J

Jahresrechnungsstatistik

- Die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 2014 für Bayern GK 175, 433
- Moderates Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 GK 175, 433
- Kommunale Einnahmen und Ausgaben gestiegen GK 175, 433
- Zuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt insgesamt gestiegen GK 175, 434
- Tilgung höher als die Neuaufnahme von Krediten GK 175, 435
- Anstieg bei den kommunalen Investitionen GK 175, 435
- Kreisangehörige Gemeinden erneut Spitzenreiter bei den Bauausgaben GK 175, 436
- Personalausgaben wiederum gestiegen GK 175, 436
- Umlagebelastung gewachsen GK 175, 437
- Solidarumlage ab 2008 entfallen, dafür anderweitige Mitfinanzierung der Deutschen Einheit GK 175, 438
- Sozialausgaben deutlich gestiegen GK 175, 438
- Zunahme bei den kommunalen Steuereinnahmen GK 175, 439
- Moderater Anstieg bei der Gewerbesteuer GK 175, 440
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und Grundsteuereinnahmen gestiegen GK 175, 440
- Die Ist-Einnahmen des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2014 nach Aufgabenbereichen GK 176, 441
- Die Ist-Ausgaben des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2014 nach Aufgabenbereichen GK 177, 442
- Die Ist-Einnahmen des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2014 nach Arten GK 178, 443
- Die Ist-Ausgaben des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2014 nach Arten GK 179, 444
- Personalausgaben im Haushaltsjahr 2014 nach Einzelplänen bzw. Gruppen und Untergruppen GK 180, 446

- Die Ist-Einnahmen des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2014 nach Arten GK 181, 447
- Die Ist-Ausgaben des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2014 nach Arten GK 182, 448
- Die Ausgaben für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2014 gliedert nach Aufgabebereichen GK 183, 449
- Steuereinnahmen, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen im Haushaltsjahr 2014 GK 184, 450

Jugendhilfe

- Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher FSt 34, 91
- Aufgaben der Jugendhilfe: § 2 Abs. 3 Nr. 2 SGB VIII n.F. FSt 34, 91
- Begriffsbestimmungen: § 7 Abs. 3 SGB VIII n.F. FSt 34, 91
- Vorläufige Inobhutnahme von ausländischen Kindern und Jugendlichen nach unbegleiteter Einreise: § 42a SGB VIII n.F. FSt 34, 92
- Verfahren zur Verteilung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher: § 42b SGB VIII n.F. FSt 34, 96
- Aufnahmequote: § 42c SGB VIII n.F. FSt 34, 98
- Übergangsregelung: § 42d SGB VIII n.F. FSt 34, 98
- Altersfeststellung: § 42f SGB VIII n.F. FSt 34, 99
- Kein Anspruch auf Ablehnung eines bestimmten Sachbearbeiters des Jugendamts FSt 96, 308

K

Kanalisation

- Dynamische Verweisungen in der Entwässerungssatzung; Wurzelschaden an der Hausanschlussleitung FSt 144, 484
- Weist eine Entwässerungssatzung zur Erläuterung der von den Anschlussnehmern einzuhaltenden „allgemein anerkannten Regeln der Technik“ auf die „einschlägigen DIN-Normen und Euro-Normen“ hin, so liegt darin keine (nur in engen Grenzen zulässige) dynamische Verweisung auf private Regelwerke FSt 144, 485
- DIN- und Europäische Normen begründen lediglich eine tatsächliche Vermutung für das Bestehen einer praktisch bewährten und anerkannten Verfahrensweise FSt 144, 486

- Wann es sich um „bestehende“ und wann um „neu hergestellte“ Grundstücksentwässerungsanlagen handelt, lässt sich anhand der baurechtlichen Kriterien für die Abgrenzung einer bestandsschutzwahrenden Reparatur von einer faktischen Neuerrichtung bestimmen FSt 144, 487
- Das satzungsrechtliche Erfordernis der „Wurzelfestigkeit“ von Leitungen verlangt nur Schutzmaßnahmen, die bereits in der Praxis erprobt und bewährt und in den maßgebenden Fachkreisen als angemessen akzeptiert sind FSt 144, 488
- Bei Durchwurzelungsschäden an Kanalleitungen wird eine offensichtlich überwiegende Mitverursachung des Trägers der Entwässerungseinrichtung, die eine Inanspruchnahme des Anschlussnehmers als ermessensfehlerhaft erscheinen lassen könnte, kaum jemals vorliegen FSt 144, 489
- Beitrag zur Entwässerungseinrichtung: angemessener Umgriff zur Bebauung bei mehreren Buchgrundstücken im Außenbereich, Berücksichtigung von Gebäuden ohne Anschlussbedarf GK 41, 108
- Zur Berücksichtigung von Gebäuden ohne Anschlussbedarf bei Bestimmung des angemessenen Umgriffs GK 41, 108
- Die Umgriffsbildung hat einen engen Bezug zur wirtschaftlichen Einheit GK 41, 108
- Herstellungsbeitrag; Heranziehung von ausgebauten Dachgeschossen GK 101, 242
- Dachgeschosse werden nur herangezogen, soweit sie ausgebaut sind GK 101, 243
- Es kommt für die Beitragspflicht nicht allein darauf an, ob der Dachraum als Vollgeschoss gilt oder dort Aufenthaltsräume untergebracht werden können GK 101, 244
- Es ist entscheidend, ob unter objektiven Gesichtspunkten der Ausbau eine Nutzbarkeit schafft, die den Vorteil aus der Einrichtung erhöht GK 101, 244
- Bauliche Maßnahmen, die auf eine über das normale Maß hinausgehende Möglichkeit zur Dachgeschossnutzung schließen lassen GK 101, 245
- Baulicher Zustand eines Dachgeschosses, das nicht als „ausgebaut“ anzusehen ist GK 101, 245
- Verbretterungen von Dachinnenflächen und Dachraumböden stellen für sich gesehen keine Ausbaumaßnahmen dar; sie dienen dazu, übermäßigem Staubanfall auf dem Speicher vorzubeugen GK 101, 245

Kapitalertragsteuer

- Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug nach § 44a Absatz 6 EStG bei gebündelter Vermögensanlage für rechtlich unselbstständige Stiftungen der Kommunen GK 167, 422

Kassenwesen

- Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten sowie den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen GK 116, 288

Katastrophenhilfe

- Steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer der Unwetterlage von Ende Mai/Anfang Juni 2016 in Deutschland sowie der Opfer des Erdbebens in Ecuador am 16.4.2016 GK 157, 387

Kindergärten, Kinderbetreuung

- Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege; Folgen FSt 189, 655
- Bek des StELF vom 8.10.2015 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Basiswertes gemäß Art. 12 Abs. 3 Satz 2 BayKiBiG GK 9, 24
- Bek des StMAS vom 23.1.2016 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Basiswertes gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 BayKiBiG – GK 87, 215
- Bek des StMAS vom 25.1.2016 – Vollzug des Kinderförderungsgesetzes GK 87, 215
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder und des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes vom 8.7.2016 GK 163, 408

Kindergeld

- Bundessozialgericht erleichtert Kindergeldzahlung an nichtbegleitete oder elternlose Flüchtlingskinder FSt 84, 261

Kommunalabgaben

- Änderung des KAG: 25jährige Festsetzungshöchstfrist ab 2021 im Erschließungsbeitragsrecht; wiederkehrende Beiträge; weitere Änderungen im Straßenausbau- und Kurbeitragsrecht FSt 125, 414
- Erschließungsbeitragsrecht – Änderungen FSt 125, 414

- Wiederkehrende Beiträge für Verkehrsanlagen FSt 125, 415
- Sonstige Änderungen im Erschließungs- und Straßenausbaubeitragsrecht FSt 125, 421
- Änderungen im Kurbeitragsrecht; Ergänzung des Katalogs der Kurorte um die Prädikate „Ort mit Heilquellenkurbetrieb“, „Ort mit Heilstollenkurbetrieb“ und „Ort mit Peloid-Kurbetrieb“ FSt 125, 424

Kommunale Unternehmen

- Hohe Wasserpreise; privatrechtlich organisierte Wasserversorger GK 48, 115
- Das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz GK 55, 131
- Anhebung der Schwellenwerte GK 55, 131
- Bilanzierung, Bewertungs- und Gliederungsvorschriften GK 55, 132
- Angabepflichten im Anhang zur Bilanz GK 55, 134
- Gesetz zur Umsetzung der prüfungsbezogenen Regelungen der Richtlinie 2014/56/EU sowie zur Ausführung der entsprechenden Vorgaben der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 im Hinblick auf die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse (Abschlussprüfungsreformgesetz – AREG) vom 10.5.2016 GK 126, 312
- Veröffentlichung der aktuellen Taxonomien zur E-Bilanz GK 159, 403

Kommunale Wahlbeamte

- Sozialversicherungsfreiheit von kommunalen Wahlbeamten, sonstigen kommunalen Beamten und Vorstandsmitgliedern der Sparkassen FSt 3, 6
- Anpassung von im KWBG enthaltenen Rahmensätzen, Grenz- und Höchstbeträgen ab 1.3.2016 GK 26, 63

Körperschaftsteuer

- Nochmals: Ertragsteuerliche Beurteilung von Blockheizkraftwerken GK 111, 276
- Investitionsabzugsbetrag (§ 7g EStG) GK 111, 280
- Körperschaftsteuer-Richtlinien 2015 erlassen GK 138, 350
- Betrieb gewerblicher Art: R 4.1 KStR 2015 GK 138, 350
- Kapitalgesellschaften GK 138, 351
- Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art: R 4.2 KStR 2015 GK 138, 351
- Verpachtungsbetriebe gewerblicher Art: R 4.3 KStR 2015 GK 138, 352
- Abfallentsorgung: R 4.5 Abs. 6 KStR 2015 GK 138, 352

- Ermittlung des zu versteuernden Einkommens:
R 7.1 KStR 2015 GK 138, 353
- Einkommensermittlung bei Betrieben gewerblicher Art: R 8.2 KStR 2015 GK 138, 353
- Wert der verdeckten Gewinnausschüttung:
R 8.6 KStR 2015 GK 138, 353
- Nicht abziehbare Steuern und Nebenleistungen: R 10.1 KStR 2015 GK 138, 353
- Beendigung des Gewinnabführungsvertrages:
R 14.5 Abs. 6 KStR 2015 GK 138, 353
- Förmliche Feststellung des Einkommens bei Organschaft: R 14.6. Abs. 6 KStR 2015
GK 138, 354
- Freibetrag für bestimmte Körperschaften:
R 24 KStR 2015 GK 138, 354
- Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art mittels eines Blockheizkraftwerks
GK 194, 466
- Gewinne steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetriebe der von der Körperschaftsteuer befreiten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen; hier: Auslegungsfragen zu § 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b Satz 4 EStG GK 223, 545

Kostenerstattung

- Kommunalverfassungsstreit: Kein Kostenerstattungsanspruch gegenüber der Gemeinde; Einschaltung der Rechtsaufsichtsbehörde
FSt 232, 763

Krankenhäuser

- Pauschale Fördermittel nach Art. 12 BayKrG für das Jahr 2015 FSt 191, 660
- Abschluss eines Tarifvertrages für Servicegesellschaften der bayerischen kommunalen Krankenhäuser FSt 234, 770
- Bek des StMGP vom 7.3.2016 – Sonderveröffentlichung – Einundvierzigste Fortschreibung des Krankenhausplans des Freistaates Bayern – Stand 1. Januar 2016 – GK 87, 215
- GemBek des StMGP und des StMFLH vom 12.5.2016 – 42. Jahreskrankenhausbauprogramm 2016 des Freistaates Bayern
GK 144, 360

Krankenversicherung

- Gesetz für sichere digitale Kommunikation und Anwendungen im Gesundheitswesen sowie zur Änderung weiterer Gesetze vom 21.12.2015 GK 38, 96

Kreditähnliche Rechtsgeschäfte

- Genehmigungspflichtigkeit eines Erbbaurechtsvertrages; Erwerb eines Erbbaurechts durch Ersitzung GK 164, 409

- Ein Erbbaurechtsvertrag bedarf als kreditähnliches Rechtsgeschäft der Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde, wenn er eine Verpflichtung der Gemeinde begründet, einen Erbbauszins zu zahlen GK 164, 409
- Der Erwerb durch Ersitzung trägt seinen Rechtsgrund in sich und schließt Ansprüche gegen den Erwerber aus ungerechtfertigter Bereicherung aus GK 164, 410

Kreditwesen

- Förderkreditprogramm „Energiekredit Kommunal Bayern“ GK 18, 49
- Neuerungen im Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP) ab 15.6.2016
GK 155, 385

Kreisumlage

- Die Kommunalaufsicht darf überschuldeten Landkreis unter bestimmten Umständen zur Erhöhung der Kreisumlage anweisen GK 1, 1
- Die Kreisumlagen für das Haushaltsjahr 2015
GK 19, 50
- Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden
GK 19, 50
- Umlagekraft und Umlagesoll der Landkreise nach Regierungsbezirken in Bayern im Haushaltsjahr 2015 GK 20, 53
- Grenz- und Durchschnittswerte in den Regierungsbezirken in Bayern 2015 GK 21, 54
- Umlagesätze in Bayern im Jahr 2015 GK 22, 55

Kündigung

- Nochmals: Krankheitsbedingte Kündigung – Betriebliches Eingliederungsmanagement FSt 2, 5
- Verdachtskündigung im Berufsausbildungsverhältnis FSt 28, 79
- Kündigungsverbot bei In-vitro-Fertilisation; hier: Kleinbetrieb FSt 55, 169
- Verdachtskündigung – beschränkte Unterrichtung des Betriebsrats und Nachschieben von Kündigungsgründen FSt 130, 439
- Außerordentliche Kündigung bei unerlaubter Herstellung digitaler Kopien am Arbeitsplatz
FSt 165, 564
- Betriebliches Eingliederungsmanagement (bEM) vor ordentlicher Kündigung wegen lang andauernder Erkrankung; Rente wegen voller Erwerbsminderung FSt 172, 599

Kurbeitrag

- Änderungen im Kurbeitragsrecht: Ergänzung des Katalogs der Kurorte um die Prädikate „Ort mit Heilquellenkurbetrieb“; „Ort mit Heilstollenkurbetrieb“ und „Ort mit Peloid-Kurbetrieb“ FSt 125, 424

L

Landesplanung

- Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes FSt 86, 267
- Einführung und Anlass der Gesetzesänderung FSt 86, 267
- Digitalisierung von Beteiligungsverfahren FSt 86, 268
- Einschränkung weiterer Beteiligungsverfahren bei Änderung des Planentwurfs FSt 86, 269

Lärmschutz

- Konfliktträchtige Lärmquelle: Streetballanlage in Wohngegend FSt 46, 144
- Lärmschutzansprüche nach Inkrafttreten des bayerischen KJG FSt 46, 144
- Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit eines Jugendspielbereichs FSt 46, 145
- Wahlmöglichkeit des Spielplatzbetreibers bei Lärmschutzmaßnahmen FSt 46, 148
- Lagebedingte Abhängigkeit der Lärmschutzansprüche und Minderung des Schutzniveaus FSt 46, 149
- Grenzen der möglicherweise zur Minderung des Lärmschutzes führenden tatrichterlichen Würdigung im Einzelfall FSt 46, 152
- Kein Anspruch auf Abwehr nicht vermeidbarer Lärmbeeinträchtigungen, solange sie nicht gesundheitsschädigend sind FSt 46, 154
- Für eine bestimmungswidrige Anlagenutzung ist der Anlagenbetreiber nur ausnahmsweise verantwortlich FSt 46, 155
- Lärmschutz in der Mastflügelproduktion FSt 62, 189
- Lärmwerte für eine Kleingartenanlage FSt 205, 695
- Die Lärmbelastung durch Verkehrswege spielt auch bei Kleingartenanlagen eine Rolle, weil Kleingärten eine schutzwürdige Erholungsfunktion haben FSt 205, 695
- Eine Planungsentscheidung kann defizitär sein, wenn sich ernsthaft anbietende Alternativlösungen nicht erwogen worden sind FSt 205, 696
- Verwirkung eines Lärmschutzminderungsanspruchs FSt 242, 790

Lohnsteuer

- Steuerliche Behandlung der Rabatte, die Arbeitnehmern von dritter Seite eingeräumt werden GK 14, 43
- Lohnsteuerabzug im Verfahren der elektronischen Lohnsteuer-Abzugsmerkmale GK 25, 62
- Behandlung und Zuflusszeitpunkt des Sachbezugs „Job-Ticket“ GK 186, 451

- Anwendung der Freigrenze des § 8 Abs. 2 Satz 11 EStG GK 186, 452
- Anwendung des Freibetrags des § 8 Abs. 3 EStG GK 186, 452
- Zuflusszeitpunkt des Sachbezugs „Job-Ticket“ GK 186, 452
- Anrufungsauskünfte (§ 42e EStG) GK 186, 453

M

Mängelbeseitigung

- Beauftragung eines Dritten, Abrechnung der Kosten, Abzug „Neu für Alt“? FSt 87, 270
- Auch auf Stundenlohnbasis entstandene höhere Kosten können für eine Mängelbeseitigung erforderlich sein FSt 87, 271
- Verlangt der Auftraggeber Ersatz der von ihm aufgewendeten Mängelbeseitigungskosten, so hat er darzulegen, dass die durchgeführten Maßnahmen der Mängelbeseitigung dienen FSt 87, 272
- Ein Abzug „Neu für Alt“ wegen verlängerter Lebensdauer ist nicht vorzunehmen, wenn diese auf einer verspäteten Mängelbeseitigung des Auftragnehmers beruht FSt 87, 273
- Jede Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit ist ein Mangel FSt 110, 353
- Ein Mangel liegt auch dann vor, wenn eine Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit nicht zu einer Beeinträchtigung des Werts oder der Gebrauchstauglichkeit des Werks führt FSt 110, 353
- Zum Anspruch auf rechtliches Gehör und dazu, dass der Aufwand der Mängelbeseitigung bei nur geringfügiger Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit unverhältnismäßig sein kann FSt 110, 354

Märkte

- Anforderungen an die Dokumentation und Nachvollziehbarkeit einer Auswahlentscheidung unter Beschickern für einen Jahrmarkt FSt 99, 315
- Auswahlentscheidung unter den Bewerbern bei der Zulassung von Schaustellern zu einem Jahrmarkt FSt 227, 753
- Kein Feststellungsinteresse aufgrund eines beabsichtigten Amtshaftungsprozesses, wenn dieser ersichtlich aussichtslos erscheint FSt 227, 753
- Nur eingeschränkte gerichtliche Kontrolle der Anwendung der Auswahlkriterien für die Zulassung eines Schaustellers zum Jahrmarkt FSt 227, 754

Meldewesen

- Erweiterte Melderegisterauskunft gemäß § 45 Bundesmeldegesetz (BMG) – auch Journalisten müssen ein berechtigtes Interesse an einer Auskunft glaubhaft machen FSt 181, 631
- Eintragung mehrerer Hauptwohnungen minderjähriger Kinder auch bei Ausübung des Sorgerechts durch die getrennt lebenden Eltern unzulässig FSt 244, 796

Mietrecht

- Begrenzung von Mieterhöhungsverlangen in Bayern durch die Wohnungsgebieteverordnung in der Fassung der Zweiten Kappungsgrenzen-senkungsverordnung FSt 40, 123
- Eine Kündigung eines Mietvertrages durch den Vermieter ist auch bei unverschuldeter Geldnot des Mieters wirksam FSt 57, 175
- Zur generellen Verantwortlichkeit des Mieters für Mietschulden FSt 57, 175
- Dem für einen Mietzahlungsverzug erforderlichen Vertretenmüssen steht nicht entgegen, dass der Mieter auf Sozialleistungen angewiesen ist und diese Leistungen rechtzeitig beantragt, aber zunächst nicht bekommen hat FSt 57, 175
- Neuregelung der Mietpreisbremse für bayerische Kommunen FSt 68, 202
- Verordnung zur Festlegung des Anwendungsbereichs bundesrechtlicher Mieterschutzvorschriften (Mieterschutzverordnung – MiSchuV) vom 10.11.2015 GK 17, 48
- Keine Mietminderung, wenn auch der Vermieter Umwelteinwirkungen, z. B. Lärmimmissionen, ohne eigene Abwehr- oder Entschädigungsmöglichkeit hinnehmen muss GK 57, 137
- Der Vermieter übernimmt regelmäßig keine Gewähr, dass eine bei Mietabschluss vorhandene Umweltsituation unverändert bestehen bleibt GK 57, 138
- Keine Mietminderung, wenn auch der Vermieter die Beeinträchtigung hinnehmen muss GK 57, 139
- Duldungspflicht des Mieters, wenn der Vermieter die Gasanlagenheizung durch einen Fernwärmeanschluss ersetzen lässt GK 80, 190
- Der Einbau von Rauchwarnmeldern ist vom Mieter zu dulden, er führt zu einer nachhaltigen Verbesserung der Mietsache GK 97, 237
- Bei Überschreitung der im Rahmen einer Modernisierung angekündigten Mieterhöhung um mehr als zehn Prozent wird die gesamte Mieterhöhung um sechs Monate hinausgeschoben GK 153, 383

- Eine formularmäßige Übertragung „der Betriebskosten“ auf den Mieter führt zu dessen wirksamer Verpflichtung GK 161, 406
- Die Betriebskosten für nicht allein den Mietern vorbehaltene Garten- oder Parkflächen können – anders als die Kosten für die Pflege von Gemeinschaftsflächen – nicht umgelegt werden GK 172, 429
- Betriebskosten für Garten- oder Parkflächen GK 172, 429
- Betriebskosten für Gemeinschaftsflächen GK 172, 430
- Will ein Mieter nur gegen Geld räumen, kann eine strafbare Erpressung vorliegen GK 188, 455
- Zur Zulässigkeit von Dekorationen an der Außenseite der Wohnungstür GK 206, 501
- Ob Dekorationen an der Wohnungstüre zugelassen werden, erfordert eine Ermessensentscheidung des Vermieters GK 206, 502
- Wohnungseingangstüren dienen nicht mehr allein der Abgrenzung, sondern auch Dekorationszwecken GK 206, 502
- Dass der Vermieter Beschwerden lediglich befürchtet, reicht für einen Unterlassungsanspruch nicht aus GK 206, 503
- Zur Frage, wann geringfügige Änderungen eines Mietvertrags der Schriftform bedürfen GK 214, 525
- Auch eine geringfügige Erhöhung der Miete kann dem Erfordernis der Schriftform unterliegen GK 214, 525
- Auch die Vereinbarung von Umbaumaßnahmen unterfällt dem Schriftformerfordernis GK 214, 527
- Ob die Mieter die Mietsache wie von ihnen beabsichtigt auf Dauer weiternutzen können, liegt in ihrem Risikobereich GK 214, 528
- Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete sind unter Zugrundelegung der tatsächlichen Wohnfläche vorzunehmen GK 227, 548
- Maßgeblich für eine Mieterhöhung bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete ist ausschließlich die tatsächliche Größe der vermieteten Wohnung GK 227, 549
- Für die Bestimmung der gleichzeitig anzuwendenden Kappungsgrenze ist allein auf die Höhe der zu Beginn des Vergleichszeitraums geltenden Ausgangsmiete abzustellen GK 227, 550
- Weichen tatsächliche und im Mietvertrag angegebene Wohnfläche erheblich voneinander ab, rechtfertigt das nicht, den Grundsatz des Wegfalls der Geschäftsgrundlage anzuwenden GK 227, 551

N

Naturschutz

- Flächennutzungsplan mit Darstellung von Konzentrationszonen: Verlagerung einer FFH-Verträglichkeitsprüfung in ein nachfolgendes immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren FSt 127, 426
- Akustische Vergrämung von Saatkrähen FSt 141, 472
- Ausübung des naturschutzrechtlichen Vorkaufsrechts durch den Freistaat Bayern zugunsten einer Gemeinde FSt 193, 662

Nebentätigkeit

- Anpassung der in § 9 Abs. 3 der Bayerischen Nebentätigkeitsverordnung enthaltenen Höchstbeträge an das Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2015/2016 GK 5, 19

Normenkontrolle

- Keine Sachverhaltsaufklärung bezüglich der Antragsbefugnis FSt 107, 346
- Antragsfrist nach Behebung eines Ausfertigungsmangels eines Bebauungsplans FSt 231, 761
- Wird ein Bebauungsplan nach Behebung eines Ausfertigungsmangels im ergänzenden Verfahren ein weiteres Mal bekannt gemacht, dann löst diese Bekanntmachung die Antragsfrist nach § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO erneut aus FSt 231, 761

Nutzungsuntersagung

- Arbeiterunterkünfte als wohnähnliche Nutzung im Gewerbegebiet unzulässig FSt 97, 310
- Unterkünfte für Arbeitnehmer sind wegen ihrer jedenfalls wohnähnlichen Nutzung in Gewerbegebieten auch nicht ausnahmsweise zulässig FSt 97, 310
- Der Grundsatz der effektiven Bekämpfung des rechtswidrigen Zustands legt ein Vorgehen gegen den Arbeitgeber nahe, der die angemieteten Räume seinen Arbeitnehmern zur Verfügung stellt FSt 97, 312

O

Obdachlose

- Unterbringungsfähigkeit des Obdachlosen als Voraussetzung für einen Anspruch auf Unterbringung FSt 170, 595

- Die Unterbringung eines Obdachlosen setzt dessen Unterbringungsfähigkeit und Unterbringungswilligkeit voraus FSt 170, 596
- Ob von einer fehlenden Unterbringungsfähigkeit auszugehen ist, hängt von den Gesamtumständen des Einzelfalles ab FSt 170, 597
- Obdachlosenunterbringung kein Ersatz für eine Unterbringung nach dem Unterbringungsgesetz FSt 170, 598
- Wiedereinweisung eines Obdachlosen in eine zwangsgeräumte Wohnung FSt 195, 668
- Obdachlosigkeit und Inanspruchnahme des bisherigen Vermieters FSt 195, 669
- Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit sind vorrangig behördeneigene Mittel einzusetzen FSt 195, 669
- Die Wiedereinweisung eines Obdachlosen in seine frühere Wohnung ist nur für kurze Zeit möglich FSt 195, 670

ÖPNV

- Direktvergabe nach Art. 5 Abs. 2 VO (EG) 1370/2007 GK 132, 329
- Eine Direktvergabe nach Art. 5 Abs. 2 VO (EG) 1370/2007 an eine „rechtlich getrennte Einheit“ kann sowohl als Dienstleistungskonzession oder als Dienstleistungsauftrag i.e.S. ausgestaltet sein GK 132, 329
- Zur Bekanntmachungspflicht nach Art. 7 Abs. 2 VO i.V. mit § 8a Abs. 2 Satz 3 PBefG GK 132, 330
- Die Direktvergabe darf mehrgliedrig erfolgen GK 132, 331
- Zur Begründungspflicht nach Art. 7 Abs. 4 VO i.V. mit § 8a Abs. 5 PBefG GK 132, 332
- Verfassungsmäßigkeit des § 8a Abs. 3 PBefG GK 132, 333

P

Parkplätze

- Elektromobilitätsgesetz – Nutzung elektrisch betriebener Fahrzeuge soll attraktiver werden FSt 48, 158

Passwesen

- Personalausweis- und Passgesetz sowie Personalausweisverordnung geändert FSt 47, 156
- Passentziehung bei Wille, sich der Strafverfolgung zu entziehen FSt 65, 200

Personalausweise

- Personalausweis- und Passgesetz sowie Personalausweisverordnung geändert FSt 47, 156

Personalkosten

- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beamte ab dem 1.3.2016
GK 63, 155
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für kommunale Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ab 1.3.2016
GK 196, 471
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Büroarbeitsplatzes für „ehemalige Angestellte“ ab 1.3.2016
GK 196, 474
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst ab 1.3.2016
GK 196, 475
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten für „ehemalige Arbeiter“ ab 1.3.2016
GK 196, 476
- Arbeitsplatzkosten für Arbeiter und Nicht-Büroarbeitsplätze im Angestelltenbereich
GK 196, 477
- Durchschnittliche Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Teilzeitkräfte
GK 196, 477

Pfändung

- Vollstreckungsauftrag an Gerichtsvollzieher – Amtliches Formular
GK 10, 25
- Berücksichtigung von Naturalunterhalt des Unterhaltsberechtigten bei Berechnung des unpfändbaren Teils des Arbeitseinkommens
GK 39, 97
- Naturalunterhalt ist als Einkommen zu werten
GK 39, 97
- Naturalunterhalt geht über den Betreuungsunterhalt hinaus
GK 39, 99
- Forderungspfändung: Formularzwang
GK 82, 193
- Ratenzahlungsvereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner im Rahmen der Zwangsvollstreckung ohne Einverständnis des Drittschuldners
GK 127, 313
- Keine gesetzliche Grundlage für die Ruhendstellung der Zwangsvollstreckung
GK 127, 314
- Auch keine Ruhendstellung der Zwangsvollstreckung aufgrund einer vollstreckungsbeschränkenden Vereinbarung
GK 127, 315
- Bei Aufrechnung eines Erstattungsanspruchs gegen eine Gehaltsforderung sind Pfändungsschutzvorschriften zu beachten
GK 128, 316
- Verstöße des Arbeitgebers gegen das Aufrechnungsverbot des § 394 Satz 1 BGB sind auch ohne Rüge des Arbeitnehmers im gerichtlichen Verfahren zu berücksichtigen
GK 128, 316

- Für die Beachtung des Aufrechnungsverbots des § 394 Satz 1 BGB ist der Arbeitgeber bei einem Gehaltsabzug darlegungspflichtig
GK 128, 317
- Pfändungsschutz gilt nicht für Forderungen aus Pflichtteilsansprüchen
GK 191, 457

Pflegeversicherung

- Stärkung der pflegerischen Versorgung durch zweites Pflegestärkungsgesetz
FSt 72, 215
- Abführung von Rentenversicherungsbeiträgen für Pflegepersonen ab 2016
GK 72, 179

Planfeststellung

- Ansprüche bei Schäden Dritter nach Unanfechtbarkeit eines Planfeststellungsbeschlusses
FSt 50, 160

Preisindex

- Der Verbraucherpreisindex im September 2015
GK 8, 23
- Verbraucherpreisindex
GK 16, 47
- Der Verbraucherpreisindex im November 2015
GK 59, 144
- Der Verbraucherpreisindex im gesamten Jahr 2015 und im Dezember 2015
GK 78, 189
- Der Verbraucherpreisindex im Januar 2016
GK 98, 239
- Der Verbraucherpreisindex im Februar 2016
GK 114, 285
- Der Verbraucherpreisindex im März 2016
GK 133, 335
- Verbraucherpreisindex
GK 143, 359
- Der Verbraucherpreisindex im Mai 2016
GK 162, 407
- Der Verbraucherpreisindex im Juni 2016
GK 189, 456
- Der Verbraucherpreisindex im Juli 2016
GK 199, 479
- Der Verbraucherpreisindex im August 2016
GK 226, 547

Prüfungspflicht

- Bek des StMI vom 11.8.2016 – Änderung der Verwaltungsvorschriften zur Kommunalwirtschaftlichen Prüfungsverordnung
GK 200, 480

R

Räum- und Streupflicht

- Übertragung von Winterdienstpflichten auf die Anlieger
FSt 210, 715
- Straßenreinigungspflicht für Anlieger
FSt 211, 716

Raumordnung

- § 35 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB als echte Raumordnungsklausel FSt 177, 610
- § 35 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB hat sich zu einer echten Raumordnungsklausel entwickelt, welche den raumordnungsrechtlichen Zielfestlegungen nach dem Raumordnungsgesetz 1998 strikte Verbindlichkeit verleiht FSt 177, 610
- Zur Begründung der Antragsbefugnis eines Antragstellers gemäß § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO genügt es, dass seine Grundstücke im räumlichen Geltungsbereich einer Zielfestlegung mit der Wirkung des § 35 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB liegen FSt 177, 612

Realsteuern

- Die vorläufigen Realsteuerhebesätze im Haushaltsjahr 2015 GK 12, 34
- Realsteuern nach Regierungsbezirken GK 12, 37
- Endgültige Realsteuerhebesätze für das Jahr 2015 GK 100, 241

Rechtsanwälte

- Erstattungsfähigkeit der Prozesskosten eines „auswärtigen“ Rechtsanwalts FSt 115, 361

Rechtsbehelfe, Rechtsmittel

- Überprüfung der Rechtmäßigkeit eines behördlichen Insolvenzantrags (hier: im verwaltungsgerichtlichen Eilverfahren) GK 208, 505
- Zulässigkeit des Antrags auf einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO bis zur Entscheidung des Insolvenzgerichts über den Insolvenzantrag GK 208, 505
- Bek des StMI vom 6.9.2016 – Vollzug des Art. 15 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung GK 215, 528

Regionalplanung

- Feststellung der Ergänzungsbedürftigkeit eines Regionalplans FSt 190, 656
- Ein Antrag gemäß § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO, der nicht auf Feststellung der Unwirksamkeit, sondern auf der der Ergänzungsbedürftigkeit einer untergesetzlichen Norm gerichtet ist, ist im Normenkontrollverfahren nicht statthaft FSt 190, 657
- Ein Streit über die Änderung oder Ergänzung einer Rechtsnorm im Range unterhalb eines förmlichen Gesetzes kann nach § 43 Abs. 1 VwGO durch Klage auf die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Rechtsverhältnisses geklärt werden FSt 190, 658

Reisegewerbekarte

- Widerruf der Reisegewerbekarte wegen Unzuverlässigkeit FSt 98, 313
- Maßgeblichkeit des Zeitpunkts des Bescheidserlasses beim Widerruf einer Reisegewerbekarte FSt 98, 313
- Die Bemühungen um eine Bereinigung von – die gewerberechtliche Zuverlässigkeit erschlitternden – Verbindlichkeiten müssen substanzuell und ernsthaft sein FSt 98, 314

Reisekosten

- Erstattungsfähigkeit von Reisekosten bei Prozessvertretung (mehrerer) Behördenmitarbeiter FSt 18, 45
- Grundsätze für erstattungsfähige Kosten von Behördenbediensteten wegen der Teilnahme an einem Verwaltungsgerichtsprozess FSt 18, 46
- Die Erstattung von Aufwendungen mehr als eines Behördenvertreters kann bei zu erwartender Prozessförderung gerechtfertigt sein FSt 18, 46
- Übernachtungskosten werden nur dann übernommen, wenn sie unvermeidbar sind FSt 18, 47
- Bek des StMFLH vom 11.12.2015 – Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die Festsetzung der Auslandsstage- und Auslandsübernachtungsgelder GK 30, 71

Rentenversicherung

- Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte zum 1. Juli 2016 (Rentenwertbestimmungsverordnung 2016 – RWBestV 2016) vom 20.6.2016 GK 154, 384

Rettungsdienst

- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes und der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes vom 8.3.2016 GK 87, 215

Rückforderung

- Rückforderung von überzahltem Krankengeldzuschuss; kein tarifvertraglicher Forderungsübergang nach § 22 Abs. 4 Satz 4 TVöD bei gesetzlichen Rentenansprüchen GK 34, 87
- Nichtanwendbarkeit des § 22 Abs. 4 Satz 4 TVöD bei gesetzlichen Rentenansprüchen GK 34, 88
- Anwendbarkeit des § 22 Abs. 4 Satz 4 TVöD bei tarifrechtlichen und arbeitsrechtlichen Ansprüchen GK 34, 89

Rückstellungen

- Bewertung der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen im Jahresabschluss
GK 169, 424
- Ermittlungszeitraum des Zinssatzes
GK 169, 425
- Einführung einer Ausschüttungssperre
GK 169, 425

S

Sachbezüge

- Behandlung und Zuflusszeitpunkt des Sachbezugs „Job-Ticket“
GK 186, 451

Sachbezugswerte

- Sachbezugswerte für freie oder verbilligte Mahlzeiten sowie Bewertung der Personalunterkünfte ab 1.1.2016
GK 4, 18
- Sachbezugswert für arbeitstägliche Zuschüsse zu Mahlzeiten
GK 112, 281

Säumniszuschläge

- Säumniszuschläge für zu spät gezahlte Nachversicherungsbeiträge; Verjährung
FSt 281, 902
- Säumniszuschläge entfallen bei Anordnung der aufschiebenden Wirkung von Rechtsbehelfen gegen einen Beitragsbescheid; hier: Straßenausbaubeitrag
GK 136, 346
- Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfs gegen einen Beitragsbescheid wirkt generell auf den Zeitpunkt des Bescheiderlasses zurück
GK 136, 346
- Die Rückwirkung bei Anordnung der aufschiebenden Wirkung bezieht sich auch auf Säumniszuschläge
GK 136, 348
- Säumniszuschläge bei verspäteter Zahlung einer Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX
GK 216, 529

Schadensersatz

- Energieeinsparverordnung und gesamtschuldnerische Haftung mehrerer Werkunternehmer
FSt 168, 589
- Auch ohne ausdrückliche vertragliche Erwähnung gehören die Anforderungen der EnEV zur Sollbeschaffenheit einer Werkleistung
FSt 168, 590
- Voraussetzungen für eine gesamtschuldnerische Haftung mehrerer Werkunternehmer
FSt 168, 590
- Haftung für Beschädigung einer Grenzwand; hier: durch Abriss eines direkt an die Grenzwand angebauten Gebäudes
FSt 240, 786

Schlüsselzuweisungen

- Schlüsselzuweisungen für 2016
GK 90, 219
- Gemeindegemeinschaften
GK 90, 221
- Landkreisschlüsselzuweisungen
GK 90, 221
- Gemeinde- und Landkreisschlüsselzuweisungen je Einwohner und regionale Aufteilung
GK 90, 222
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2016 nach Größenklassen
GK 90, 222
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2016 nach Größenklassen
GK 90, 223
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2016 nach Regierungsbezirken
GK 90, 223
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2016 nach Regierungsbezirken
GK 90, 224
- Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Landkreise für 2016 nach Regierungsbezirken
GK 90, 224
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2016
GK 90, 225

Schriftform

- Schriftform, Zugang von Willenserklärungen bei E-Mail-Adressen, Mängelrügen per E-Mail
FSt 260, 842

Schuldenstand

- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2014
GK 69, 169
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2014 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes
GK 69, 169
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2014
GK 69, 170

Schulen

- Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen; Änderung
FSt 192, 660
- Offene Ganztagsangebote: Art. 6 BayEUG n.F.
FSt 192, 661
- Grundschulverbände: Art. 32 und 32a BayEUG n.F.
FSt 192, 661
- Notenschutz: Art. 52, 54 Abs. 3 Satz 2 BayEUG n.F.
FSt 192, 661
- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 23.6.2016
GK 154, 384
- Verordnung zur Änderung der Schullerichtungsverordnung vom 13.6.2016
GK 154, 384
- Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 15.6.2016
GK 154, 384

Schwerbehinderte

- Kenntnis des öffentlichen Arbeitgebers von der Schwerbehinderung eines Stellenbewerbers; Grundsatz der Bestenauslese; Ansprüche nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) FSt 263, 847

Sondernutzungsgebühr

- Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis keine Voraussetzung für das Entstehen einer Sondernutzungsgebührenpflicht FSt 197, 676
- Erteilung einer nicht ausdrücklich beantragten Sondernutzungserlaubnis im Rahmen eines Baugenehmigungsantrags FSt 197, 676
- Sondernutzungsgebühr als Gegenleistung für die tatsächliche Benutzung des öffentlichen Straßenraums FSt 197, 677
- Keine Freistellung von der Gebührenerhebung FSt 197, 679
- Keine Anwendbarkeit der Niederschlagungsvorschrift des Art. 16 Abs. 2 KG FSt 197, 679

Sozialgesetzbuch

- Integrationsgesetz (Art. 1): Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) FSt 265, 851
- Langzeitarbeitslose: § 18 Abs. 2 Nr. 4 SGB III n.F. FSt 265, 851
- Ausbildungsförderung: § 132 SGB III n.F. FSt 265, 852
- Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen: § 421a SGB III n.F. FSt 265, 855
- Integrationsgesetz (Art. 2): Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) FSt 266, 855
- Bedarfe für Unterhalt und Heizung: § 22 Abs. 1a SGB II n.F. FSt 266, 855
- Örtliche Zuständigkeit: § 36 Abs. 2 SGB II n.F. FSt 266, 855

Sozialgesetze, Ausführungsgesetz

- Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze vom 17.11.2015 GK 17, 48
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze vom 10.5.2016 GK 126, 312
- Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze vom 10.5.2016 GK 134, 336

Sozialhilfe

- Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2016 FSt 43, 135

- Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und weiterer Vorschriften FSt 95, 305
- Zeitliche Zuordnung von Beiträgen für die Kranken- und Pflegeversicherung (§ 32a SGB XII neu) FSt 95, 305
- Darlehen bei vorübergehender Notlage (§ 38 SGB XII) FSt 95, 306
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41 ff. SGB XII) FSt 95, 306
- Berücksichtigung einmaliger Einnahmen als Einkommen (§ 82 Abs. 4 SGB XII neu, § 3 Abs. 3, § 8 Abs. 1 Verordnung zur Durchführung des § 82 SGB XII a.F.) FSt 95, 307
- Einkommensgrenze bei der Hilfe nach dem Fünften bis Neunten Kapitel (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XII n.F.) FSt 95, 308
- Übergang von Unterhaltsansprüchen (Aufhebung von § 94 Abs. 1 Satz 6 SGB XII) FSt 95, 308
- Sozialhilfe für EU-Bürger FSt 126, 425
- Sanktionen gegenüber Leistungsberechtigten FSt 176, 608
- Schuldbeitritt durch Kostenübernahmebescheid des Sozialhilfeträgers (§§ 286 ff., 414 BGB; §§ 61, 65, 75 Abs. 3 SGB XII) FSt 184, 640
- Altenhilfe nach § 71 SGB XII für Grab- und Verwandtenbesuche nur bei „altersbedingten Schwierigkeiten“ FSt 203, 690
- Integrationsgesetz (Art. 3): Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII): Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer (§ 23 Abs. 5 SGB XII n.F.) FSt 279, 891

Sozialversicherung

- Sozialversicherungsfreiheit von kommunalen Wahlbeamten, sonstigen kommunalen Beamten und Vorstandsmitgliedern der Sparkassen FSt 3, 6
- Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2016 (Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2016) vom 30.11.2015 GK 30, 71
- Künstlersozialabgabe-Verordnung 2017 vom 9.8.2016 GK 190, 456

Spenden

- Steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer der Unwetterlage von Ende Mai/Anfang Juni 2016 in Deutschland sowie der Opfer des Erdbebens in Ecuador am 16.4.2016 GK 157, 387

Sportanlagen

- Abwehranspruch eines Nachbarn gegenüber herüberfliegenden Bällen von einem Sportplatz
FSt 276, 883

Staatsangehörigkeit

- Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Annahme als Kind
FSt 13, 39

Statistik

- Die vorläufigen Realsteuerhebesätze im Haushaltsjahr 2015
GK 120, 34
- Die Kreisumlagen für das Haushaltsjahr 2015
GK 19, 50
- Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden
GK 19, 50
- Umlagekraft und Umlagesoll der Landkreise nach Regierungsbezirken in Bayern im Haushaltsjahr 2015
GK 20, 53
- Grenz- und Durchschnittswerte in den Regierungsbezirken in Bayern 2015
GK 21, 54
- Umlagesätze in Bayern im Jahr 2015
GK 22, 55
- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2015
GK 23, 55
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise
GK 23, 56
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke
GK 23, 57
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze
GK 23, 58
- Tarifverdienste 2015 – Entwicklung der Indizes
GK 124, 308
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2014 und 2015
GK 218, 536
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2014 und 2015
GK 219, 537
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2015 nach Gemeindegrößenklassen
GK 220, 538
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2015 nach Gemeindegrößenklassen
GK 221, 539

Steuerberater

- Ein Steuerberater ist in Angelegenheiten des Fremdenverkehrsbeitrags vertretungsbefugt
GK 110, 270
- Nach § 67 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3, Abs. 4 Satz 7 VwGO sind Steuerberater in Beitragsangelegenheiten auch vor den Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichten zur Vertretung befugt
GK 110, 271
- Keine Einschränkung des verwaltungsprozessualen Vertretungsrechts durch das Rechtsdienstleistungsgesetz
GK 110, 273

- Keine Einschränkung des verwaltungsprozessualen Vertretungsrechts durch das Steuerberatungsgesetz
GK 110, 274
- Sicherstellung einer sachgerechten Vertretung – Berufsbild der Steuerberater
GK 110, 274
- Steuerberater besitzen in Beitragssachen auch die nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz erforderliche Erlaubnis zur Vertretung im behördlichen Widerspruchsverfahren
GK 110, 275
- Fremdenverkehrsbeitragspflicht von Steuerberatern – § 203 Abs. 1 StGB steht der Auskunftspflicht eines Steuerberaters bei der Erhebung des Fremdenverkehrsbeitrags nicht entgegen
GK 210, 511

Steuereinnahmen

- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2014
GK 117, 289

Steuerkraftzahlen

- Die endgültigen Steuerkraftzahlen 2016
GK 40, 100
- Bedeutende Änderungen bei der Ermittlung der Steuerkraftzahlen 2016
GK 40, 101
- Deutlicher Anstieg der Steuerkraft
GK 40, 101
- Bek des StMFLH vom 6.6.2016 – Steuerkraftzahlen aus der Grundsteuer und der Gewerbesteuer für 2017 (Steuerkraftzahlenbekanntmachung 2017 – StKraftBek 2017)
GK 144, 360

Steuerrecht

- Anhebung des Grundfreibetrags, Kinderfreibetrags, Kindergelds, Kinderzuschlags
FSt 33, 89
- Erhöhung der verschiedenen Freibeträge und des Kindergelds
FSt 33, 89
- Anhebung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende
FSt 33, 90
- Maßnahmen zum Abbau der kalten Progression
FSt 33, 90
- Unterhaltshöchstbetrag
FSt 33, 90
- Steueränderungsgesetz 2015 (StÄndG 2015)
GK 3, 10
- Änderungen des Umsatzsteuergesetzes
GK 3, 11
- Art. 3 StÄndG 2015: Weitere Änderungen des Einkommensteuergesetzes – Investitionsabzugsbetrag (§ 7g Abs. 1 bis 4 EStG)
GK 3, 14
- Art. 4 StÄndG 2015: Änderung des Körperschaftsteuergesetzes – Konzernklausel (§ 8c Abs. 1 Satz 5 KStG)
GK 3, 15
- Art. 6 StÄndG 2015: Änderung des Umwandlungssteuergesetzes – Begrenzung der Gegenleistung in den Fällen der §§ 20, 21 und 24 UmwStG
GK 3, 16
- Art. 8 StÄndG 2015: Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes
GK 3, 17

- Gesetz zum automatischen Austausch von Informationen über Finanzkosten in Steuersachen und zur Änderung weiterer Gesetze vom 21.12.2015 GK 38, 96
- Ertragsteuerliche Behandlung von Blockheizkraftwerken GK 74, 182
- Arbeitshilfe zur Aufteilung eines Gesamtkaufpreises für ein bebautes Grundstück (Kaufpreisaufteilung); Aktualisierung GK 89, 218
- Nochmals: Steuerliche Behandlung von Leistungen im Rahmen der Flüchtlingshilfe GK 92, 230
- Grunderwerbsteuerliche Behandlung von Erschließungs- und Folgekostenbeiträgen GK 119, 296
- Verordnung zur Umsetzung unionsrechtlicher Transparenzpflichten im Energiesteuer- und im Stromsteuergesetz sowie zur Änderung weiterer Verordnungen vom 4.5.2016 GK 126, 312
- Anwendung von BMF-Schreiben; Relevanz der Positivliste GK 147, 369
- Steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer der Unwetterlage von Ende Mai/Anfang Juni 2016 in Deutschland sowie der Opfer des Erdbebens in Ecuador am 16.4.2016 GK 157, 387
- Veröffentlichung der aktuellen Taxonomien zur E-Bilanz GK 159, 403
- Behandlung und Zuflusszeitpunkt des Sachbezugs „Job-Ticket“ GK 186, 451

Stiftungen

- Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Stiftungsgesetzes GK 116, 288

Strafgesetzbuch

- Gesetz zur Bekämpfung der Korruption vom 20.11.2015 GK 17, 48
- Will ein Mieter nur gegen Geld räumen, kann eine strafbare Erpressung vorliegen GK 188, 455

Straßen

- Arbeitsanleitung für Griffigkeitsmessungen mit dem LFCG-Messverfahren (GripTester), Ausgabe 2015 FSt 7, 20
- Merkblatt für die Kontrolle, Wartung und Pflege von Straßentunneln (M KWPT), Ausgabe 2015 FSt 111, 355
- Arbeitspapiere zur Systematik der Straßenerhaltung; Reihe K: Kommunale Straßen (Stand 2016) FSt 225, 747
- Kosten für Beseitigung von Fahrbahnverschmutzungen; hier: Ölspur FSt 228, 757

- Verkehrssicherung an Straßen in staatlicher Verwaltung entlang von staatlichen Forstgrundstücken; Waldbäume GK 123, 306
- Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeugrückhaltesysteme (RPS2009), Berücksichtigung der RPS 2009 bei Bahnübergängen GK 170, 426

Straßen- und Wegegesetz

- Anspruch eines Anliegers auf Gehsteigabsenkung FSt 182, 635
- Inhalt des Anliegergebrauchs als Institut des einfachen Rechts FSt 182, 635
- Kein Anspruch auf eine zweite Zufahrt für dasselbe Buchgrundstück FSt 182, 636
- Kein Anspruch aus dem Anliegergebrauch in Verbindung mit dem Gleichheitssatz FSt 182, 636
- Kein Anspruch aus Vertrauens- oder Bestandschutz FSt 182, 637
- Keine Anordnung über eine Zufahrtsänderung nach Art. 17 Abs. 5 BayStrWG erlassen FSt 182, 638
- Eventuelle Baurechtswidrigkeit der zweiten Zufahrt kein weiterführender Ansatz FSt 182, 639

Straßenausbaubeitrag

- Änderung des KAG: wiederkehrende Beiträge; weitere Änderungen im Straßenausbau- und Kurbeitragsrecht FSt 125, 414
- Wiederkehrende Beiträge GK 166, 416
- Die Ausgestaltung der wiederkehrenden Beiträge ist verfassungsgemäß GK 166, 416
- Einheitliche öffentliche Einrichtung der zum Anbau bestimmten Verkehrsanlagen; hinreichend bestimmte Bezeichnung in der Ausbaubeitragssatzung GK 166, 417
- Die Zusammenfassung sämtlicher Anbaustraßen des Gemeindegebiets zu einer einzigen öffentlichen Einrichtung ist im Einzelfall nicht zu beanstanden GK 166, 418
- Der Gemeinde obliegt ein Einschätzungsspielraum bei der Festlegung einer einheitlichen öffentlichen Einrichtung GK 166, 420
- Ermittlung der Höhe des Gemeindeanteils GK 166, 420
- Der innerhalb der gesamten öffentlichen Einrichtung verlaufende Verkehr ist Anliegerverkehr GK 166, 421
- Straßenunterbau und endgültige Herstellung; Verlängerungsstrecke und Anlage; gleichzeitige Kanalsanierung und Aufwand GK 203, 493

Straßenbau

- Anweisung zur Kostenermittlung und zur Veranschlagung von Straßenbaumaßnahmen, Ausgabe 2014 (AKVS 2014) FSt **160**, 543
- Regelungen zur Verwertung von Straßenbaustoffen mit teer-/pechtypischen Bestandteilen FSt **253**, 822
- Standardleistungskatalog für den Straßen- und Brückenbau (STLK) – Stand Juli 2015 GK **76**, 185
- Verzeichnis der eingeführten und DV-technisch aktuellen Leistungsbereiche – Stand Juli 2015 GK **76**, 186
- Technische Lieferbedingungen für Sonderbindemittel und Zubereitungen auf Bitumenbasis, Ausgabe 2015 (TL Sbit-StB 15) GK **94**, 233
- Merkblatt über die Anwendung von Geokunststoffen im Erdbau des Straßenbaus (M Geok E) – Ausgabe 2016 GK **95**, 235
- Technische Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen im Straßenbau, Ausgabe 2004 (TL Gestein-StB 04, Fassung 2007), Änderungen Anhang A und Anhang B GK **122**, 305
- Technische Lieferbedingungen für Bitumenemulsionen – TL BE-StB 15 GK **141**, 358
- Technische Lieferbedingungen für Schutzplanckenpostenummantelungen-TL-SPU 93 GK **151**, 380
- Verwendung von Metallhüttenschlacken im Straßenbau – Merkblatt M MHS 2016 GK **171**, 428
- Raumgitterkonstruktionen an Straßen (Merkblatt 2016) GK **187**, 454
- Nochmals: Technische Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen im Straßenbau, Ausgabe 2004 (TL Gestein-StB 04, Fassung 2007), Änderungen 2016 GK **205**, 501
- Technische Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen, Baustoffe, Baustoffgemische und Bauprodukte für den Bau Ländlicher Wege (TL LW 16) GK **224**, 546

Straßenunterhaltung

- Verwaltung der Kreisstraßen durch den Freistaat Bayern; Anpassung der Vergütung für die Verwaltung nach Art. 53 Abs. 3 BayStrWG FSt **269**, 862
- Grundlagen FSt **269**, 862
- Anpassung der Vergütung für die Verwaltung nach Art. 53 Abs. 3 BayStrWG FSt **269**, 863

Straßenverkehr

- Elektromobilitätsgesetz – Nutzung elektrisch betriebener Fahrzeuge soll attraktiver werden FSt **48**, 158

- Technische Lieferbedingungen für Streckenstationen, Ausgabe 2012 (TLS 2012) GK **36**, 92
- „Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen“, Ausgabe 2015 (HBS 2015) GK **160**, 404

Straßenverkehrsordnung

- Straßenverkehrsrechtliche Genehmigung für Veranstaltungen auf öffentlichen Straßen FSt **245**, 798
- Ein öffentlich-rechtlicher Immissionsabwehranspruch besteht nur gegenüber öffentlichen Einrichtungen oder schlicht-hoheitlichem Handeln FSt **245**, 798
- Die bestandskräftige Genehmigung einer Veranstaltung nach § 29 StVO kann die Geltendmachung eines öffentlich-rechtlichen Immissionsabwehranspruchs gegenüber dem Veranstalter ausschließen FSt **245**, 799
- Ein öffentlich-rechtlicher Immissionsabwehranspruch gegenüber der Genehmigungsbehörde scheidet von vornherein aus FSt **245**, 800
- Kein Anspruch auf Beschränkung der Anzahl genehmigter Veranstaltungen FSt **245**, 800
- Transport- und Ausnahme Genehmigung zur Durchführung von Groß- und Schwertransporten FSt **274**, 876

Stromsteuer

- Wechselrichter zur Umwandlung von Gleichstrom aus solarer Strahlungsenergie in Wechselstrom sind Neben- und Hilfsanlagen i.S. des § 12 Abs. 1 Nr. 1 Stromsteuer-Durchführungsverordnung (StromStV) GK **102**, 247

Stromversorgung

- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2016 GK **113**, 282

T

Tarifverträge

- Sozial- und Erziehungsdienst 2015: Tarifeinigung für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst – Änderungstarifverträge vom 30.9.2015 FSt **71**, 208
- Anwendbarkeit eines bestimmten Tarifvertrags auf ein Arbeitsverhältnis; Elementenfeststellungsklage FSt **173**, 600
- Tarifeinigung für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst – Entgeltänderungen ab 1.7.2015 GK **54**, 124

Tiefbau

- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen – Betonbauweisen, Ausgabe 2015 (ZTV BEB-StB 15) FSt 25, 64
- Technische Lieferbedingungen für Baustoffe und Baustoffgemische für die bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen – Betonbauweisen, Ausgabe 2015 (TL BEB-StB 15) FSt 61, 187
- Merkblatt über das Bauen mit und im Fels (M Fels) GK 7, 22
- Prüfung von Ingenieurbauwerken nach DIN 1076; Musterunterlagen zur Erstellung von Prüfhandbüchern für Gabionenwände GK 35, 90
- Prüfanweisungen für Gabionen nach RI-EBW-PRÜF 2013 GK 35, 90
- Hinweise für die Herstellung von Abdichtungen aus hohlraumreichen Asphalttraggerüsten mit nachträglicher Verfüllung für Ingenieurbauten aus Beton (H HANV) GK 56, 136
- TL BE-StB 15 – Technische Lieferbedingungen für Bitumenemulsionen, Ausgabe 2015 GK 65, 166
- Technische Lieferbedingungen für Bauprodukte zur Herstellung von Pflasterdecken, Plattenbelägen und Einfassungen – TL Pflaster-StB 06/15 GK 104, 259
- Richtzeichnungen für Ingenieurbauten (RiZ-ING), Fortschreibung Dezember 2014 GK 131, 327
- Anforderungen an die Verwertung von Recycling-Baustoffen in technischen Bauwerken GK 150, 378
- Einführung des Leitfadens „Anforderungen an die Verwertung von Recycling-Baustoffen in technischen Bauwerken“ GK 150, 378
- Verlängerung der Gültigkeit des Leitfadens zu Anforderungen an die Verwertung von Recycling-Baustoffen in technischen Bauwerken bis 31.12.2017 GK 150, 379

TVöD

- Tarifabschluss 2016 im öffentlichen Dienst – Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.3.2016 GK 158, 388

U

Umsatzsteuer

- Umsatzsteuerrechtliche Behandlung der Überlassung von Werbemobilen an soziale Institutionen, Sportvereine und Kommunen GK 13, 40

- Nochmals: Steuerliche Behandlung von Leistungen im Rahmen der Flüchtlingshilfe GK 92, 230
- Änderung im Bereich der Unternehmereigenschaft von juristischen Personen des öffentlichen Rechts durch Art. 12 des Steueränderungsgesetzes 2015 – Übergangsregelung des § 27 Absatz 22 UStG GK 129, 318
- Umsatzsteuerbefreiung für die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, bei Ablageverträgen und bei der Einräumung dinglicher Nutzungsrechte – Änderung der Verwaltungsauffassung GK 148, 370
- Vermietung und Verpachtung von Grundstücken GK 148, 371
- Abbau- und Ablagerungsverträge GK 148, 372
- Dingliche Nutzungsrechte GK 148, 372
- Änderungen der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers (§ 13b UStG) durch das StÄndG 2015 GK 195, 468

Umweltverträglichkeitsprüfung

- Umweltverbandsklage durch einen anerkannten Naturschutzverband nach § 29 BNatSchG a.F.: Windkraftanlage; standortbezogene Vorprüfung; artenschutzrechtliches Tötungsverbot; Denkmalschutz FSt 35, 102
- Das Umweltrechtsbehelfsgesetz ist auch auf Entscheidungen anwendbar, für die sich nach einer vorgeschriebenen standortbezogenen Vorprüfung die Notwendigkeit zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ergeben kann FSt 35, 103
- Mit der Umweltverbandsklage kann grundsätzlich geltend gemacht werden, dass die vorgeschriebene standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls rechtsfehlerhaft und der Verzicht auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung somit rechtswidrig war FSt 35, 103
- Bei der Durchführung einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls braucht nicht die „allgemeine ökologische Empfindlichkeit des Gebiets“ ermittelt zu werden FSt 35, 103
- Bei der Durchführung einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls dürfen sich die eingeschalteten Träger öffentlicher Belange mit einer überschlägigen Prüfung an Hand der ihnen vorgelegten Antragsunterlagen und ggf. mit dem Hinweis an die Genehmigungsbehörde begnügen, dass nichts Bewertungserhebliches mitzuteilen sei FSt 35, 104
- Abwehrrechte von Nachbarn einer geplanten Windkraftanlage wegen Fehlern bei der Umweltverträglichkeitsprüfung? FSt 140, 467

- Abwehrrechte unmittelbar aus Normen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nur bei „erheblichen“ Beeinträchtigungen FSt 140, 468
- Fehlerhaftes Unterlassen eines Raumordnungsverfahrens für Dritte nicht rügefähig FSt 140, 469
- Änderung der Planung eines schon genehmigten Vorhabens: Neues Verfahren mit neuer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich? FSt 140, 469
- Landkreis als Vorhabensträger: Zweifel an einer unparteiischen Sachbehandlung durch das genehmigende Landratsamt? FSt 140, 472
- Nachträgliche Kumulation von Vorhaben, die für sich allein nicht UVP-pflichtig sind, zusammen aber die maßgeblichen Größen- oder Leistungswerte überschreiten FSt 243, 792
- Mehrere Vorhaben liegen auf demselben Betriebsgelände i.S. des § 3b Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 UVPG, wenn zwischen ihnen ein räumlich-betrieblicher Zusammenhang besteht FSt 243, 794
- Ein räumlich-betrieblicher Zusammenhang besteht, wenn sich die Umweltauswirkungen der Vorhaben überschneiden und die Vorhaben funktional und wirtschaftlich aufeinander bezogen sind FSt 243, 795

Unterhaltsrecht

- Gesetz zur Änderung des Unterhaltsrechts und des Unterhaltsverfahrensrechts sowie zur Änderung der Zivilprozessordnung und kostenrechtlicher Vorschriften vom 20.11.2015 GK 17, 48
- Verordnung zur Festlegung des Mindestunterhalts minderjähriger Kinder nach § 1612a Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (Mindestunterhaltsverordnung) vom 3.12.2015 GK 30, 71

Urlaub

- Urlaub bei Wechsel der Arbeitszeit FSt 17, 44
- Kürzung des Erholungsurlaubs wegen Elternzeit FSt 31, 82
- Wirksamkeit vorsorglicher Urlaubsgewährung nach fristloser Kündigung; Änderung der Rechtsprechung FSt 94, 301
- Bisherige Rechtsprechung zur vorsorglichen Urlaubsgewährung für den Fall, dass eine Kündigung unwirksam ist FSt 94, 302
- Zur Erfüllung des Urlaubsanspruchs ist eine eindeutige Freistellungserklärung erforderlich FSt 94, 302
- Ein Urlaubsanspruch ist nicht nur auf Freistellung, sondern auch auf Bezahlung gerichtet FSt 94, 303

- Die Erfüllung des Urlaubsanspruchs setzt voraus, dass die Urlaubsvergütung entweder gezahlt oder vorbehaltlos zugesagt wird FSt 94, 304
- Rangverhältnisse zwischen Zusatzurlaubsansprüchen FSt 175, 606
- Umrechnungsformel für die Urlaubsdauer bei Arbeitnehmern im vollkontinuierlichen Wechselschichtmodell – TV-V FSt 183, 639
- Urlaubsdauer bei kurzer Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses FSt 212, 719

Urlaubsabgeltung

- Vererbbarkeit eines Urlaubsabgeltungsanspruchs FSt 163, 560
- Urlaubsabgeltung nach Beschäftigungsverbot/ Elternzeit GK 139, 354
- Vererbbarkeit des Urlaubsabgeltungsanspruchs von Tarifbeschäftigten; Rundschreiben des BMI GK 149, 373
- Anspruch auf finanzielle Abgeltung nicht genommenen Mindestjahresurlaubs aus Art. 7 Abs. 2 der Richtlinie 2003/88/EG; hier Altersteilzeit im Blockmodell GK 204, 498
- Anwendungsbereich und Reichweite des Anspruchs aus Art. 7 Abs. 2 der Richtlinie 2003/88/EG GK 204, 498
- Maßgeblicher Anknüpfungspunkt für den Anspruch ist die Beendigung des Arbeitsverhältnisses/der Ruhestandseintritt GK 204, 499
- Altersteilzeit im Blockmodell ändert am Anknüpfungzeitpunkt des Anspruchs nichts GK 204, 499

Urlaubsverordnung

- Dienstbefreiung zur Ausübung eines kommunalen Mandats FSt 121, 400

V

Vereine

- Kurzinformation des Bayerischen Landesamtes für Steuern zur Durchführung von Festveranstaltungen GK 185, 451

Vergabe öffentlicher Aufträge

- Nebenangebote können nachträglich schriftlich erlaubt werden FSt 30, 81
- Neue Schwellenwerte für die Anwendung des EU-Vergaberechts FSt 69, 203
- Vergaberecht 2016: Änderungen des GWB; allgemeine Hinweise zu Anlass, Zielen, neuen Strukturen und inhaltlichen Schwerpunkten FSt 91, 281

- Anlass und Ziele der Vergaberechtsmodernisierung FSt **91**, 281
- Neue Strukturen des geänderten Vergaberechts FSt **91**, 282
- Vergaberecht 2016: Neuer Aufbau des GWB, ausgewählte Regelungen FSt **92**, 284
- Neuer Aufbau des GWB FSt **92**, 284
- Ausgewählte Regelungen der §§ 97 bis 114 GWB FSt **92**, 285
- Vergaberecht 2016: GWB, Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch öffentliche Auftraggeber, Vergabennachprüfung FSt **104**, 337
- Besonderheiten bei Interimsvergaben FSt **116**, 365
- Eine Interimsvergabe ist dringlich, wenn für ein förmliches Vergabeverfahren voraussichtlich drei Monate erforderlich wären FSt **116**, 366
- Mögliches Vorgehen des Auftraggebers bei Dringlichkeit FSt **116**, 366
- Zu zulässigen Zeiträumen, die durch eine Interimsvergabe abgedeckt werden dürfen FSt **116**, 367
- Vergaberecht 2016: Verordnung zur Modernisierung des Vergaberechts FSt **122**, 401
- Neue und geänderte Verordnungen zum Vergaberecht FSt **122**, 401
- Aufbau der neuen Vergabeverordnung FSt **122**, 403
- Ausgewählte neue oder erheblich veränderte Regelungen der neuen Vergabeverordnung (§§ 3 bis 27) FSt **122**, 404
- Vorbereitung des Vergabeverfahrens (§§ 28 bis 36) FSt **122**, 407
- Vergabeverordnung, weitere ausgewählte Regelungen: Veröffentlichungen, Transparenz, Anforderungen an Unternehmen, Eignung, Umgang mit Angeboten (§§ 37 bis 55) FSt **123**, 409
- Veröffentlichungen, Transparenz (§§ 37 bis 41) FSt **123**, 409
- Anforderungen an Unternehmen, Eignung (§§ 42 bis 51) FSt **123**, 410
- Einreichung, Form und Umgang mit Angeboten, Teilnahmeanträgen, Interessensbekundungen und Interessensbestätigungen (§§ 52 bis 55) FSt **123**, 412
- Vergaberecht 2016: Vergabeverordnung, weitere ausgewählte Regelungen: Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge und Angebote, Nachforderung von Unterlagen, Zuschlag (§§ 56 bis 63) FSt **132**, 441
- Vergaberecht 2016: Vergabeverordnung; Planungswettbewerbe, Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen FSt **133**, 446
- Vergaberecht 2016: Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A 2016) und Teil B (VOB/B 2016) FSt **148**, 502
- Neues zur Trennung von Eignungs- und Zuschlagskriterien FSt **154**, 525
- Bisher: Strikte Trennung von Eignungs- und Zuschlagskriterien FSt **154**, 526
- Neue Rechtsprechung für den Fall, dass es auf die Qualität des einzusetzenden Teams ankommt FSt **154**, 526
- Öffentliche Stellen können sich an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen FSt **218**, 727
- Korrektur von Zuschlagskriterien, eindeutige Ausschreibung, Informationsschreiben, Preis als Wertungskriterium, Umsätze aus drei Geschäftsjahren FSt **233**, 765
- Regelungen zur Vermeidung wettbewerbsbeschränkenden Verhaltens FSt **246**, 801
- Voraussetzungen für Eignungsleihen nach neuem Vergaberecht FSt **254**, 825
- Ist bei einer Bietergemeinschaft von einer unzulässigen Wettbewerbsverzerrung auszugehen? FSt **277**, 884
- Bek der StR vom 8.12.2015 – Beschaffungen zur Versorgung von Flüchtlingen (VFlüBek) GK **50**, 120
- Einführung elektronischer Vergabeverfahren durch kommunale Auftraggeber, wenn Auftragswerte EU-Schwellenwerte erreichen oder überschreiten GK **77**, 188
- Vergaberecht 2016: Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Sektorenbereich und von Konzessionen, Vergabestatistikverordnung GK **86**, 208
- Sektorenverordnung (SektVO): Ausschluss eines von den Angebotsunterlagen abweichenden Angebots GK **105**, 260
- Unzulässige Fristerweiterung zur Anforderung von Vergabeunterlagen GK **125**, 310
- Die Vorgabe, wonach der Bieter die Angebotsunterlagen so rechtzeitig anfordert, dass dem Auftraggeber noch sechs Tage für die Verwendung der Unterlagen verbleiben, darf nicht verschärft werden GK **125**, 311
- Korrektur einer zu langen Frist GK **125**, 312
- Bek des StMI vom 10.5.2016 – Fortschreibung des Vergabehandbuchs Bayern für Bauleistungen – GK **134**, 336
- Kanalreinigung ist Dienstleistung; einschlägiger Mindestlohn GK **152**, 381

Verjährung

- Überzahlung: Ein öffentlicher Auftraggeber muss sich die Fachkenntnisse und Verzögerungen der von ihm eingeschalteten Prüfbehörde zurechnen lassen FSt **247**, 802

- Leistungsverweigerungsrecht nach Eintritt der Verjährung der Mängelansprüche FSt 261, 845

Verkehr

- Anspruch auf verkehrsrechtliche Anordnung und Recht zur Nutzung einer tatsächlich-öffentlichen Verkehrsfläche? FSt 286, 919
- Der Anspruch eines Einzelnen auf Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung besteht nur ausnahmsweise FSt 286, 919
- Verkehrszeichen und -einrichtungen können nur dort angeordnet werden, wo dies aufgrund besonderer Umstände zwingend geboten ist FSt 286, 920
- Die Freigabe einer tatsächlichen öffentlichen Verkehrsfläche zu Parkzwecken für Berechtigte schließt nicht die Freigabe für die Zufahrt zu Hinterliegergrundstücken ein FSt 286, 920
- Eine von einem Privaten errichtete Schranke ist keine Verkehrseinrichtung im Sinne der StVO FSt 286, 922

Verkehrsanlagen

- „Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen“, Ausgabe 2015 (HBS 2015) GK 160, 404

Verkehrssicherungspflicht

- Verkehrssicherung an Straßen in staatlicher Verwaltung entlang von staatlichen Forstgrundstücken; Waldbäume GK 123, 306

Versammlungsfreiheit

- Schutzbereich der Versammlungsfreiheit; hier: öffentlich zugängliches Gelände FSt 151, 520

Versammlungsrecht

- Zuständigkeit im Versammlungsrecht und Schutz der Versammlungsinfrastruktur FSt 76, 230
- Auch Ausländer können durch versammlungsbeschränkende Maßnahmen in ihren Rechten verletzt sein, so dass sie klagebefugt sind FSt 76, 231
- Auch ein Hungerstreik zum Thema Asylpolitik kann eine Versammlung im Sinne des Grundgesetzes sein FSt 76, 231
- Als Rechtsgrundlage für versammlungsbeschränkende Maßnahmen kommt Art. 15 BayVersG grundsätzlich in Betracht FSt 76, 233
- Änderung des Bayerischen Versammlungsgesetzes FSt 77, 236
- Schutzwaffen- und Vermummungsverbot FSt 77, 236

- Zuständigkeitsregelung in Art. 24 Abs. 2 BayVersG FSt 77, 238

Vertrag

- Selbstnutzungspflicht für die Dauer eines Erbbaurechts FSt 230, 760

Vertragsstrafen

- Ausnahmsweise kein Vorbehalt der Vertragsstrafe bei der Abnahme FSt 241, 788

Verwaltungsgerichtsordnung

- Vorläufiger Rechtsschutz: Änderung eines Beschlusses wegen veränderter Umstände FSt 16, 41
- „Hängebeschluss“ im Eilverfahren nur in Ausnahmefällen; Naturschutzverband; Windkraftanlage; Artenschutz; Rodung von Wald im Baustellenbereich FSt 51, 161
- Durch sehr zeitnah beabsichtigte Rodungsarbeiten auf einer Baustelle drohende irreversible Verstöße gegen natur- und artenschutzrechtliche Verbote können den Erlass eines Hängebeschlusses rechtfertigen FSt 51, 162
- Erstattungsfähigkeit der Prozesskosten eines „auswärtigen“ Rechtsanwalts FSt 115, 361
- Gebot kostenbewussten Verhaltens des Rechtssuchenden, aber keine kleinlichen Anforderungen durch das Gericht FSt 115, 361
- Kriterien, nach denen zu beurteilen ist, ob die Einschaltung eines „auswärtigen“ Rechtsanwalts notwendig gewesen ist FSt 115, 362
- Anwaltssuche im Internet FSt 115, 363
- Bindungswirkung eines Verbescheidungsurteils FSt 185, 641
- Verbescheidungsurteil lässt noch ungeprüfte Voraussetzungen oder Hinderungsgründe einer Genehmigung gerade offen FSt 185, 641
- Verbescheidungsurteil ohne Rechtskraftwirkung in Bezug auf solche Einwände der Gemeinde gegen die Genehmigung, zu denen sich das Verwaltungsgericht nicht geäußert hat FSt 185, 643
- Reisekosten: Teilnahme des ersten Bürgermeisters und eines Beamten an mündlicher Verhandlung; Erstattung notwendiger Auslagen; Wahlfreiheit des Reisemittels FSt 199, 681
- Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (E-Rechtsverkehrsverordnung Verwaltungsgerichte – ERVV VwG) GK 116, 288

Video

- Leitfaden zur kommunalen Videoüberwachung FSt 153, 521

- Gefahrenanalyse FSt 153, 522
- Vorfallsdokumentation; räumliche und zeitliche Beschränkungen FSt 153, 523
- Höchstpersönliche Bereiche; Mitbestimmung FSt 153, 524
- Erkennbarmachung der Überwachung FSt 153, 524
- Freigabe FSt 153, 524

VOB

- Die Erstattung Allgemeiner Geschäftskosten (AGK) wegen Bauzeitverschiebung erfordert den Nachweis konkreter finanzieller Nachteile FSt 6, 16
- Korrektur fehlerhafter Ausschreibung auch nach Angebotseröffnung, Beschränkung auf einzelne Positionen FSt 24, 58
- Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, fehlerhafte Ausschreibungen zu korrigieren FSt 24, 58
- Die Zurücksetzung eines Vergabeverfahrens in einen früheren Stand ist gerechtfertigt, wenn die Ausschreibungsbedingungen widersprüchlich sind FSt 24, 59
- Die lediglich teilweise Zurücksetzung eines Vergabeverfahrens ist zulässig, wenn sie keine Bieterrechte verletzt FSt 24, 60
- Die Möglichkeit, bestimmte Positionen neu zu kalkulieren, darf nicht das Preisgefüge des Gesamtangebots in relevanter Weise berühren FSt 24, 62
- Nachverhandlungsverbot, erneute Submission, Prüfung des Angebots auf Auskömmlichkeit FSt 24, 64
- Nachforderung von Unterlagen, Dokumentation FSt 60, 184
- Zur Zulässigkeit, fehlende Einzelangaben innerhalb einer vorhandenen Gesamterklärung nachzufordern FSt 60, 184
- Die Vergabestelle ist nicht befugt, von der gesetzlich festgelegten Frist des § 16 EG Abs. 1 Nr. 3 VOB/A abzuweichen; tut sie es dennoch, ist der Bieter davor geschützt FSt 60, 185
- Der Auftraggeber muss in den Vergabeakten eindeutig den Zugangszeitpunkt nachgeforderter Erklärungen festhalten FSt 60, 186
- Nachforderung fehlender Unterlagen oder Angebotsausschluss? FSt 74, 221
- Sind mit dem Angebot eingereichte Formblätter nicht ausgefüllt, ist das Angebot von der Wertung auszuschließen FSt 74, 221
- Eine vollständig fehlende Unterlage, hier die Urkalkulation, muss nachgefordert werden FSt 74, 222

- Fehlen in Teilbereichen die Angaben zu Nachunternehmerleistungen, können die Angaben nicht nachgeholt werden; das Angebot ist auszuschließen FSt 74, 223
- Teilleistungen, die sich auf Zuliefererleistungen oder Hilfsfunktionen beschränken, sind keine Nachunternehmerleistungen FSt 74, 224
- Hat der Bieter den Namen einer von ihm zu wählenden Entsorgungsdeponie nicht angegeben, ist diese fehlende Einzelangabe nachzufordern FSt 74, 225
- Abrechnung von Nachträgen beim Pauschalpreisvertrag FSt 138, 464
- Teilkündigungen wegen Mängeln können nicht für unselbständige Leistungsteile ausgesprochen werden FSt 159, 540
- Ein Recht des Auftraggebers, Mängel selbst zu beseitigen, entsteht beim VOB-Vertrag erst nach der Entziehung des Auftrags FSt 159, 541
- Eine Auftragsentziehung wegen Mängeln muss sich auf einen abgeschlossenen Teil der Leistung beziehen FSt 159, 542
- Zulagepositionen, Niederschrift über den Eröffnungstermin, unverschlossenes Angebot, unzulässige Nachforderung einer Verpflichtungserklärung FSt 206, 696
- Zur finanziellen Leistungsfähigkeit eines Bieters GK 6, 20
- Antragsbefugnis bei schlecht platziertem Angebot, Wegfall von Leistungspositionen GK 15, 45
- Ein schlecht platzierter Bieter ist im Vergabenaachprüfungsverfahren antragsbefugt, wenn er geltend machen kann, das Vergabeverfahren müsse neu durchgeführt werden GK 15, 45
- Sollen Leistungspositionen entfallen, dürfen diese nicht einfach aus der Angebotswertung genommen werden GK 15, 46
- Nachforderung nicht ausgefüllter Preisermittlungsblätter GK 75, 183
- Zulässigkeit von Alternativpositionen GK 85, 205
- Die Ausschreibung einer Alternativposition ist nur ausnahmsweise zulässig GK 85, 205
- Preisanpassungen bei Mengenänderungen von mehr als 10 % auszuschließen, ist in Allgemeinen Geschäftsbedingungen unzulässig GK 121, 304
- Bek des StMI vom 18.4.2016 – Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Ausgabe 2016 GK 126, 312
- Einführungserrlass zur neuen VOB 2016 GK 130, 320
- Verkehrssicherungsleistungen sind als eigenständiger Teil des Straßenbaus losweise zu vergeben GK 198, 478

- Unzulässigkeit, einen Kalkulationsfehler zu korrigieren GK 213, 523
- Der öffentliche Auftraggeber ist nicht verpflichtet, einzelne Preise des Leistungsverzeichnisses untereinander oder mit den Preisen anderer Bieter zu vergleichen GK 213, 523
- Nachfragen mit der Folge einer Änderung des Angebots sind unzulässig GK 213, 524
- Berichtigungen sind untersagt, wenn sie zu einem neuen Angebot führen GK 213, 524
- Berechnung der Vergütung bei Leistungsänderungen nach § 2 Abs. 5 VOB/B GK 225, 547

VOF

- Abgrenzung von Ideenskizze einerseits, Lösungsvorschlag i.S. von § 20 Abs. 3 HOAI andererseits FSt 178, 613
- § 20 Abs. 3 VOF ergänzt das Verhandlungsverfahren des § 11 VOF, beide sind vom Planungswettbewerb nach §§ 15 ff. VOF abzugrenzen FSt 178, 613
- Zur Differenzierung von Verhandlungsverfahren und Planungswettbewerb, zur Bedeutung des § 20 Abs. 3 VOF FSt 178, 614
- Voraussetzung für einen Anspruch aus § 20 Abs. 3 VOF ist, dass der Auftraggeber vom Auftragnehmer rechtsgeschäftlich einen Lösungsvorschlag verlangt FSt 178, 615
- § 20 Abs. 3 VOF ist dem Vergaberecht zuzuordnen; Hinweise für die sich daraus ergebenden Rechtsfolgen FSt 178, 617

VOL

- Errichtung und Betrieb eines Breitbandnetzes als Dienstleistungskonzession FSt 200, 685
- Für die Überprüfung der Vergabe von Dienstleistungskonzessionen ist derzeit der Rechtsweg zu den Nachprüfungsinstanzen nicht gegeben FSt 200, 687
- Betriebserweiterung einer Erstaufnahmeinrichtung für Asylbewerber; Interimsvergabe GK 37, 93
- Ein Vertrag, der eine Option enthält, kann hinsichtlich dieser bei Ausübung der Option erneut vergaberechtlich überprüft werden GK 37, 93
- Eine Optionsklausel ist nur dann eine hinreichende Grundlage für eine Auftragerweiterung ohne erneutes Vergabeverfahren, wenn sie eindeutig festlegt, unter welchen Umständen der Vertrag wann und wie geändert werden kann GK 37, 94
- In dringenden Fällen kann eine Interimsvergabe vorgenommen werden GK 37, 95
- Wann muss die Erweiterung eines Auftrags ausgeschrieben werden? GK 49, 117

- Eine Vertragserweiterung, die für sich betrachtet den Schwellenwert übersteigt, ist in aller Regel auszuschreiben GK 49, 117
- Eine Ausschreibungspflicht besteht nicht, wenn sich die Erweiterung im Rahmen mehrjähriger Schwankungen bewegt GK 49, 117
- Ist eine Erweiterung wesentlich, erfordert sie eine neue Ausschreibung GK 49, 118
- Bei mehreren aufeinander folgenden Erweiterungen ist auf das Gesamtvolumen abzustellen GK 49, 119
- Aufhebung einer Ausschreibung GK 58, 140
- Eine Änderung des Beschaffungsbedarfs, die nicht auf unvorhersehbaren Ereignissen beruht, ist kein durch § 20 Abs. 1 VOL/A gedeckter Aufhebungsgrund GK 58, 141
- Eine von der VOL/A nicht gedeckte Aufhebung der Ausschreibung kann zu einem Schadensersatzanspruch des Bieters auch dann führen, wenn sein Angebot von der Wertung auszuschließen war GK 58, 141
- Weitere Beispiele für Fehlverhalten der Vergabestelle, das eine Schadensersatz ausschließende Aufhebung der Ausschreibung nicht rechtfertigt GK 58, 143
- Kritisches zur sog. Mittelwertmethode GK 96, 236
- Ein Bieter kann im Vergabenaachprüfungsverfahren ausnahmsweise Ansprüche geltend machen, die eine künftige Vergabe betreffen GK 106, 262
- Der Primärrechtsschutz erfordert den Schutz vor de-facto-Vergaben GK 106, 262
- Das Europarecht gebietet effektiven Rechtsschutz GK 106, 263
- Öffentliche Auftraggeber können regeln, dass der Auftragnehmer einen Auftrag nur erhält, wenn er Mindestlöhne zahlt GK 115, 285
- In den Vergabeunterlagen ist der Berechnungsmodus zur Bestimmung des günstigsten Angebotspreises anzugeben GK 173, 430

Volksbegehren, Volksentscheid

- Ablehnung eines Volksbegehrens „Ja zur „Legalisierung von Cannabis in Bayern“ als Rohstoff, Medizin und Genussmittel“ FSt 215, 720

Vormundschaft

- Bestellung eines Rechtsanwalts als Ergänzungspflegers oder Mitvormund für unbegleitete eingereisten Jugendlichen? FSt 250, 810
- Die Auffassung des Landratsamtes als Amtsvormund, es verfüge nicht über erforderliche juristische Sachkunde, rechtfertigt nicht die Bestellung eines Ergänzungspflegers FSt 250, 810

- Die Bestellung eines Mitvormunds kommt nur in besonderen Ausnahmefällen in Betracht; hier: verneint FSt 250, 812

Vorschüsse

- Verwaltungsverfahren: Behandlung eines Antrags als zurückgenommen bei Nichtzahlung eines Kostenvorschusses FSt 80, 241

W

Waffenrecht

- Waffenrechtliche Unzuverlässigkeit von Mitgliedern der Rockergruppierung „Bandidos“ FSt 15, 40

Waldwege

- Radfahren auf Waldwegen FSt 257, 834
- Bei Verkehrsverboten und -geboten als Allgemeinverfügungen beginnt die Anfechtungsfrist zu laufen, wenn sich der klagende Verkehrsteilnehmer der Regelung des Verkehrszeichens erstmals gegenüber sieht FSt 257, 834
- Auch in einem Bannwald ist Fahrradverkehr grundsätzlich zulässig FSt 257, 835
- Zum Vorliegen einer besonderen örtlichen Gefahrenlage FSt 257, 835
- Bei einem übersichtlichen und wenig kurvenreichen Weg von wenigstens 2 m Breite ist eine Gefahrenlage i.S. von § 45 Abs. 9 Satz 2 StVO grundsätzlich nicht anzunehmen FSt 257, 836
- Im Wald oder in freier Natur dürfen ungeeignete Wege mit dem Fahrrad bereits aufgrund der Vorschriften des Wald- und Naturschutzrechts nicht befahren werden FSt 257, 837
- Bei der Beurteilung der Frage, ob eine besondere örtliche Gefahrenlage vorliegt, ist davon auszugehen, dass sich Radfahrer an die Vorschriften der StVO halten, die die Verpflichtung zur ständigen Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme konkretisieren FSt 257, 838
- Art. 141 Abs. 3 Satz 1 BV gewährleistet auch das Radfahren in freier Natur, wenn es der Erholung und nicht kommerziellen oder rein sportlichen Zwecken dient und soweit die Radfahrer mit Natur und Landschaft pfleglich umgehen FSt 257, 839

Wasserhaushaltsgesetz

- Einführung von Grundsätzen für die Kosten von Wasserdienstleistungen und Wassermutzungen sowie Änderung des Abwasserabgabengesetzes FSt 180, 624

Wasserrecht

- Kein Anspruch des Grundstückseigentümers auf Nutzungsentgelt für die Entnahme von Grundwasser FSt 9, 22
- Grundwasser ist nach ausdrücklicher gesetzlicher Regelung nicht eigentumsfähig FSt 9, 23
- Der landesrechtliche Entgelttatbestand des Art. 4 Satz 2 BayWG 2010 bezieht sich nur auf das Gewässergrundstück FSt 9, 23
- Bek des StMUV vom 25.1.2016 – Verzeichnis der Wasserkörper in Bayern GK 87, 215
- Bek des StMUV vom 12.2.2016 – Verzeichnisse der Gewässer zweiter Ordnung und der Wildbäche GK 87, 215

Wasserversorgung

- Hohe Wasserpreise; privatrechtlich organisierte Wasserversorger GK 48, 115
- Bestimmtheit des Bescheids über einen Herstellungsbeitrag bei Heranziehung einer Teilfläche, fehlender Lageplan GK 192, 458
- Ein Beitragsbescheid muss seinen Inhalt hinreichend deutlich erkennen lassen GK 192, 459
- Bei Heranziehung einer Teilfläche muss ihre Lage durch eine detaillierte Beschreibung oder einen beigefügten Lageplan verdeutlicht werden oder sonst hinreichend klar sein GK 192, 460
- Wird ein Lageplan erst auf Aufforderung des Gerichts vorgelegt, kann der Bestimmtheitsmangel nicht geheilt werden GK 192, 460
- Wegen inhaltlicher Unbestimmtheit nichtige und unwirksame Bescheide können nicht durch eine Gesamtbetrachtung wirksam werden GK 192, 461
- Ein nichtiger Bescheid wird durch Zusammenschau mit einem früheren nichtigen Bescheid nicht wirksam und vermag Letzteren nicht wirksam zu machen GK 192, 461
- Im Hinblick auf die Erhebung von Grundstücks- und Geschossflächenbeitrag kann nicht von einer Teilnichtigkeit nur hinsichtlich des Grundstücksflächenbeitrags ausgegangen werden GK 192, 462

Wasserwirtschaftliche Vorhaben

- Bek des StMUV vom 15.3.2016 – Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben – RZWas 2016 – GK 99, 240

Wasserzähler

- Erschütterung des Anscheinsbeweises der Ordnungsmäßigkeit des Wasserzählers durch ungewöhnlich hohen Verbrauch? GK 24, 59

Werbeanlage

- Generelles Verbot von Anlagen für Fremdwerbung in einem Dorfgebiet FSt 222, 741
- Die für ein generelles Verbot von großflächigen Fremdwerbbeanlagen erforderliche Einheitlichkeit eines (Teil-)Gebiets einer Gemeinde kann auch durch ein traditionelles, ländlich geprägtes Straßen- und Ortsbild bewirkt sein FSt 222, 742
- Als geeignetes Mittel für eine dem Verhältnis-mäßigkeitsgrundsatz Rechnung tragende differenzierte Regelung der Zulässigkeit von Werbeanlagen bietet sich eine Ortsgestaltungssatzung an FSt 222, 743
- Werbeanlage neben einer Autobahn FSt 237, 777
- Zuständig zum Erlass einer Beseitigungsanordnung für eine Werbeanlage neben einer Autobahn, die straßenverkehrsrechtlich relevant ist, ist die Autobahndirektion FSt 237, 777
- Außerhalb geschlossener Ortschaften ist jede Werbung verboten, wenn hierdurch der Verkehr gefährdet wird FSt 237, 778

Wetterdienst

- Windkraftanlage gegen Wetterradar FSt 251, 813
- Kein Beurteilungsspielraum des Deutschen Wetterdienstes FSt 251, 817

Wiederkaufsrecht

- Einheimischenmodell: 30jährige Frist für Wiederkaufsrecht der Gemeinde kann unwirksam sein FSt 39, 121

Winterdienst

- Übertragung von Winterdienstpflichten auf die Anlieger FSt 210, 715
- Temperaturgesteuerte Streustoffdosierung; Arbeitspapier GK 66, 167

Wohnraumförderung

- Neuerungen im Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP) ab 15.6.2016 GK 155, 385

Wohnungsrecht

- Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Wohnungsrechts und des Besonderen Städtebaurechts vom 10.11.2015 GK 17, 48

Z

Zinsen

- Zinsen für die Verzinsung des Anlagekapitals GK 145, 361

- Zinssatz für die Verzinsung des Anlagekapitals; Ergänzung GK 209, 511

Zinssätze

- Änderung des Satzes der Hauptrefinanzierungsgeschäfte und des Satzes der Spitzenrefinanzierungsfazilität GK 79, 190
- Änderung des Basiszinssatzes zum 1.7.2016 GK 142, 359

Zivilprozessordnung

- Gesetz zur Änderung des Unterhaltsrechts und des Unterhaltsverfahrensrechts sowie zur Änderung der Zivilprozessordnung und kostenrechtlicher Vorschriften vom 20.11.2015 GK 17, 48

Zulagen

- Aktuelle Hinweise zur Arbeitsmarktzulage GK 52, 122
- Vorübergehende Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit nach § 14 TVöD-AT – Vertretung GK 93, 232
- Die persönliche Zulage nach § 14 Abs. 1 TVöD-AT setzt u.a. die Übertragung einer anderen Tätigkeit voraus, was bei einem ständigen Vertreter nicht der Fall ist GK 93, 232
- Auch Vertretungen bis zu fünfeinhalb Monate führen beim Vertreter noch nicht zu einer „anderen“ Tätigkeit GK 93, 233

Zuwendungen, Zuschüsse

- Rückforderung staatlicher Zuwendungen: Die rein verwaltungsinterne Neubewertung abgeschlossener Zuwendungsfälle kann nicht als künftiges Ereignis für eine auflösende Bedingung dienen und keine automatische Reduzierung einer Zuwendung bewirken FSt 146, 492
- Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K 2005), die für eine Vielzahl von Förderfällen vorformuliert sind, können wirksame Auflagen oder Bedingungen enthalten FSt 146, 493
- Bei der in Nr. 2.1 ANBest-K 2005 enthaltenen Nebenbestimmung handelt es sich nicht um eine auflösende Bedingung i.S. des Art. 36 Abs. 2 Nr. 2 BayVwVfG FSt 146, 494
- Zu den Anforderungen an eine fehlerfreie Rücknahme des Zuwendungsbescheides gemäß Art. 48 Abs. 1 BayVwVfG FSt 146, 497
- Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWAs 2016) FSt 149, 506

- Rückforderung von Zuwendungen: Unzulässige Doppelförderung; interkommunales Gleichbehandlungsgebot; Vertrauensschutz; Rücknahmefrist; Verwirkung; Rücknahmeermessen FSt **220**, 732
- Öffentlich-rechtliche Körperschaften können sich nicht auf die speziellen gesetzlichen Vertrauensschutzbestimmungen berufen FSt **220**, 735
- Die Rücknahmefrist nach Art. 48 Abs. 4 BayVwVfG beginnt erst mit der Anhörung des Betroffenen zur beabsichtigten Rücknahme FSt **220**, 735
- Bek des StMWi vom 11.10.2015 – Richtlinien zur Förderung von Energiekonzepten und kommunalen Energienutzungsplänen GK **9**, 24
- Bek des StELF vom 21.9.2015 – Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008 – 2014 GK **9**, 24
- Bek des StMFLH vom 10.11.2015 – Vierzehnte Änderung der Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung GK **17**, 48
- Bek des StMI vom 9.11.2015 – Änderung der Städtebauförderungsrichtlinien GK **30**, 71
- Bek des StMI vom 7.10.2015 – Richtlinien zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen in Bayern (Kommunalinvestitionsförderungsrichtlinien – KInvFR) GK **30**, 71
- Bek des StMAS vom 2.11.2015 – Richtlinie für die Förderung von Integrationsprojekten (Förderrichtlinie IP) GK **30**, 71
- Bek des StMI vom 1.12.2015 – Änderung der Wohnraumbeförderungsbestimmungen 2012 GK **50**, 120
- Bek des StMI vom 10.11.2015 – Änderung der Richtlinien für die Zuwendungen des Freistaates Bayern zu Straßen- und Brückenbauvorhaben kommunaler Baulasträger GK **50**, 120
- Bek des StMELF vom 2.12.2015 – Richtlinie für Zuwendungen zu Maßnahmen der Walderschließung im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms (FORSTWEGR 2016) GK **50**, 120
- Förderung von Fahrradabstellanlagen an Schnittstellen des öffentlichen Verkehrs GK **51**, 121
- Bek des StMI vom 22.12.2015 – Richtlinien für das kommunale Förderprogramm zur Schaffung von Mietwohnraum (Kommunales Wohnraumförderungsprogramm – KommWFP) GK **60**, 144
- Bek des STMUV vom 22.12.2015 – Veröffentlichung der fortgeschriebenen Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme für in Bayern liegende Gebiete einer Flussgebiets-einheit GK **60**, 144
- Bek des StMGP vom 11.1.2016 – Richtlinie zur Förderung neuer ambulant betreuter Wohngemeinschaften sowie zur Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Lebensqualität und der Rahmenbedingungen in der Pflege (Förderrichtlinie Pflege – WoLeRaF) GK **60**, 144
- Bek des StMAS vom 19.1.2016 – Änderung der Richtlinie zur Unterstützung von Kommunen bei der nachhaltigen Sicherung der Mehr- generationenhäuser in Bayern GK **87**, 215
- Bek des STMUV vom 15.3.2016 – Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben – RZWas 2016 – GK **99**, 240
- Bek des StMELF vom 16.2.2016 – Richtlinie für die Dorferneuerungs- und Infrastrukturprojekte zur Umsetzung des ELER-Programms 2014 bis 2020 in Bayern GK **107**, 264
- Bek des StMAS vom 10.3.2016 – Rahmenvereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration über die Grundsätze für die Weiterentwicklung der gemeinnützigen Familienerholung in Familienferienstätten und für Angebote der Eltern- und Familienbildung an Wochenenden sowie der Förderung durch den Freistaat Bayern GK **107**, 264
- Bek des StMAS vom 17.2.2016 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungs- gesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Qualitätsbonus gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 3 BayKiBiG – GK **107**, 264
- Bek des StMAS vom 8.3.2016 – Richtlinie für die Förderung der sozialen Beratung und Betreuung von Ausländerinnen und Ausländern (Asylsozialberatungsrichtlinie – AsylSozBR) GK **107**, 264
- Bek des StMFLH vom 21.4.2016 – Richtlinie über die Kofinanzierung der Breitbandförderung durch den Bund im Freistaat Bayern (Kofinanzierungs-Breitbandrichtlinie-KofBbR) GK **144**, 360
- Erweiterte Zuwendungsmöglichkeiten nach der „Kommunalrichtlinie“ – Klimaschutzprojekte in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen GK **201**, 481

Zwangsvollstreckung

- Vollstreckungsauftrag an Gerichtsvollzieher – Amtliches Formular GK **10**, 25

- Berücksichtigung von Naturalunterhalt des Unterhaltsberechtigten bei Berechnung des unpfändbaren Teils des Arbeitseinkommens GK 39, 97
- Naturalunterhalt ist als Einkommen zu werten GK 39, 97
- Naturalunterhalt geht über den Betreuungsunterhalt hinaus GK 39, 99
- Anspruch der Steuerbehörde aus dem Anfechtungsgesetz; Inanspruchnahme eines unentgeltlich übertragenen Grundstücks; Rechtsweg für Klage auf Duldung der Zwangsvollstreckung; Wahlrecht zwischen Klage und Duldungsbescheid GK 61, 145
- Macht eine Steuerbehörde einen Anfechtungsanspruch nicht durch Bescheid, sondern klageweise geltend, so ist dafür der ordentliche Rechtsweg eröffnet GK 61, 146
- Die mit der Neufassung des § 191 Abs. 1 Satz 2 AO bestätigte Befugnis der Steuerbehörden, Anfechtungsansprüche mittels eines Duldungsbescheids gegenüber dem Anfechtungsgegner durchzusetzen, schließt die Erhebung einer Klage auf Duldung der Zwangsvollstreckung nicht aus GK 61, 146
- Überträgt ein Steuerschuldner ein Grundstück ohne Gegenleistung einem Dritten, so liegt darin für den Steuergläubiger ein Anfechtungsgrund, der einen Anspruch auf Duldung der Zwangsvollstreckung begründen kann GK 61, 148
- Der Anfechtungsanspruch hängt nicht davon ab, dass der Steuerschuldner oder der Empfänger der unentgeltlichen Leistung den Steuergläubiger mit der Übertragung des Vermögensgegenstands benachteiligen wollte GK 61, 149
- Forderungspfändung: Formularzwang GK 82, 193
- Zwangsvollstreckung in einen Miterbenanteil GK 88, 217
- Ratenzahlungsvereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner im Rahmen der Zwangsvollstreckung ohne Einverständnis des Drittschuldners GK 127, 313
- Keine gesetzliche Grundlage für die Ruhendstellung der Zwangsvollstreckung GK 127, 314
- Auch keine Ruhendstellung der Zwangsvollstreckung aufgrund einer vollstreckungsbeschränkenden Vereinbarung GK 127, 315
- Pfändungsschutz gilt nicht für Forderungen aus Pflichtteilsansprüchen GK 191, 457

Zweitwohnungssteuer

- Mehrpersonenverhältnisse, unentgeltliche Wohnungsüberlassung GK 2, 2

- Treten die Erwerber einer Wohnung beim Kaufvertragsabschluss als Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) auf, kann darin die konkludente Gründung einer solchen Gesellschaft gesehen werden GK 2, 3
- Eine GbR befriedigt mit dem Innehaben einer Wohnung keinen persönlichen Wohnbedarf und kann daher nicht zweitwohnungssteuerpflichtig sein GK 2, 4
- Der Gesellschafter einer GbR, die eine Wohnung besitzt, ist nur zweitwohnungssteuerpflichtig, wenn er eine beherrschende Stellung einnimmt oder wenn ihm ein eigenes Nutzungsrecht eingeräumt ist GK 2, 5
- Dient eine anlässlich eines Wohnungskaufs gegründete GbR allein der Umgehung der Zweitwohnungssteuer, so ist aus steuerrechtlicher Sicht von einem Miteigentum der einzelnen Gesellschafter auszugehen GK 2, 6
- Die unentgeltliche Überlassung einer Wohnung begründet ein Leihverhältnis, durch das die Verfügungsgewalt des Entleihers zeitweilig ausgeschlossen sein kann GK 2, 7
- Bei Eigentümergemeinschaften hat ein Miteigentümer regelmäßig erst bei einem Anteil von mehr als 50 % eine beherrschende Stellung, die ihn im Sinne des Zweitwohnungssteuerrechts zum Inhaber der Wohnung werden lässt GK 2, 8
- Nur wenn ein Leihverhältnis jederzeit voraussetzungslos kündbar ist, behält der Entleiher die Verfügungsmacht über die Wohnung, so dass er ggf. zweitwohnungssteuerpflichtig sein kann GK 2, 9
- Typisierungsbefugnis des Satzungsgebers; wohnungsmäßige Mindestausstattung GK 32, 75
- Der Satzungsgeber darf ohne Verstoß gegen den Gleichheitssatz Zweitwohnungen, die sich im selben Gebäude wie die Hauptwohnung des Inhabers befinden, von der Zweitwohnungssteuerpflicht ausnehmen GK 32, 75
- Wer eine Zweitwohnung innehat, die sich in einem anderen Gebäude wie die Hauptwohnung befindet, kann sich nicht auf eine im Einzelfall bestehende funktionelle Einheit beider Wohnungen berufen GK 32, 76
- Aus der rechtswidrigen Nichterhebung der Steuer in anderen Fällen lässt sich kein Anspruch auf Gleichbehandlung herleiten GK 32, 77
- Der Begriff der Wohnung im Sinne des Zweitwohnungssteuerrechts setzt nur eine gewisse wohnungsmäßige Grundausstattung, nicht aber die Erfüllung aller bauordnungsrechtlichen Anforderungen voraus GK 32, 77

- Eine Wohnung liegt auch vor, wenn einige der für das Wohnen erforderlichen Einrichtungen zwar (noch) nicht vorhanden sind, aber in vertretbarer Nähe zur Verfügung stehen oder jederzeit mit geringem Aufwand beschafft und in die Räume eingebracht werden können GK 32, 79
- Dass ein Gebäude neben dem Wohnen auch als Lagerraum dient, steht der Heranziehung zur Zweitwohnungssteuer grundsätzlich nicht entgegen GK 32, 80
- Zulässigkeit eines Stufenmodells GK 202, 483
- Wird die Höhe der Zweitwohnungssteuer nach einem Stufentarif bemessen, so steht dies wegen der daraus unvermeidbar folgenden Unterschiede im Steuersatz in einem Widerspruch zum Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit GK 202, 484
- Die einem Stufensystem zwangsläufig immannten Progressions- und Degressionseffekte sind bei kommunalen Aufwandsteuern grundsätzlich eher hinnehmbar als bei anderen Steuerarten GK 202, 486

- Da sich der individuelle Konsumaufwand beim Innehaben einer Zweitwohnung ohnehin nicht exakt beziffern lässt, sind die mit einem Stufentarif verbundenen Ungleichbehandlungen im Steuersatz angesichts der mit einem solchen Tarif verbundenen Vollzugerleichterungen zumutbar GK 202, 487
- Auch aus der neueren höchstrichterlichen Rechtsprechung ergibt sich kein striktes Verbot eines Stufentarifs GK 202, 489
- Ein Stufentarif, bei dem nur vergleichsweise geringe stufeninterne Differenzen zwischen der jeweils höchsten und niedrigsten Steuerbelastung bestehen, ist verfassungsrechtlich noch hinnehmbar GK 202, 490
- Bei der Schätzung der Nettokaltmiete bei selbstgenutzten Eigentumswohnungen besitzt die Gemeinde einen nur eingeschränkt überprüfbaren Beurteilungsspielraum GK 202, 491
- Bei ihrer Schätzung kann die Gemeinde von den Feststellungen in einem für das Gemeindegebiet erstellten Gutachten ausgehen, wenn sie dabei einzelfallrelevante Umstände berücksichtigt GK 202, 492

II. Verzeichnis der Entscheidungen, geordnet nach der zeitlichen Reihenfolge

Die Zahlen bedeuten Randnummern

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

Urteil	v. 26.03.2015	Rs. C-601.13.....FSt	154
Urteil	v. 15.09.2015	Rs. C 67.14.....FSt	20
Urteil	v. 06.10.2015	Rs. C-203.14.....FSt	218
Urteil	v. 22.10.2015	Rs. C-425.14.....FSt	246
Urteil	v. 07.04.2016	Rs. C-324.14.....FSt	254

Bayerischer Verfassungsgerichtshof

Entscheidung	v. 09.02.2015	Vf. 11-VI-14.....FSt	121
Entscheidung	v. 16.06.2015	Vf. 12-VII-14FSt	40
Entscheidung	v. 21.12.2015	Vf. 14-II-13FSt	229
Entscheidung	v. 21.01.2016	Vf. 66-IX-15.....FSt	215
Entscheidung	v. 09.05.2016	Vf. 14-VII-14, Vf. 3-VIII-15, Vf. 4-VIII-15.....FSt	167

Bundesverwaltungsgericht

Beschluss	v. 20.08.2014	9 KSt 3.14FSt	18
Urteil	v. 28.01.2015	6 C 1.14FSt	15
Beschluss	v. 10.02.2015	6 B 3.15.....FSt	65
Urteil	v. 19.02.2015	1 C 17.14.....FSt	13
Beschluss	v. 25.02.2015	4 VR 5.14FSt	73
Beschluss	v. 02.03.2015	4 BN 30.14.....FSt	107
Beschluss	v. 09.03.2015	4 BN 26.14FSt	5
Urteil	v. 19.03.2015	4 C 12.14.....FSt	127
Beschluss	v. 24.03.2015	4 BN 32.13.....FSt	127
Urteil	v. 26.03.2015	4 C 1.14.....FSt	126
Urteil	v. 16.04.2015	4 CN 2.14FSt	190
Urteil	v. 16.04.2015	4 CN 6.14FSt	177
Beschluss	v. 23.04.2015	2 B 69.14.....FSt	124
Beschluss	v. 05.05.2015	2 B 32.14.....FSt	78
Urteil	v. 05.05.2015	9 C 6.14.....GK	91
Urteil	v. 28.05.2015	1 C 23.14.....FSt	272
Urteil	v. 16.06.2015	10 C 13.14.....GK	1

Urteil	v. 16.06.2015	10 C 15.14.....	FSt	146
Urteil	v. 18.06.2015	2 C 9.14.....	FSt	145
Urteil	v. 18.06.2015	4 C 4.14.....	FSt	243
Beschluss	v. 18.06.2015	9 B 88.14.....	FSt	211
Urteil	v. 30.06.2015	4 C 5.14.....	FSt	221
Urteil	v. 18.08.2015	4 CN 10.14.....	FSt	231
Beschluss	v. 18.08.2015	9 BN 2.15.....	FSt	32
Beschluss	v. 19.08.2015	4 BN 24.15.....	FSt	205
Urteil	v. 10.09.2015	4 CN 8.14.....	FSt	267
Beschluss	v. 29.09.2015	4 BN 25.15.....	FSt	239
Urteil	v. 29.09.2015	4 CN 1.15.....	FSt	252
Urteil	v. 30.09.2015	6 C 38.14.....	FSt	244
Beschluss	v. 08.10.2015	4 B 28.15.....	FSt	283
Urteil	v. 14.10.2015	9 C 11.14.....	GK	165
Urteil	v. 19.11.2015	2 A 6.13.....	FSt	278
Urteil	v. 19.11.2015	2 C 3.15.....	GK	204
Urteil	v. 10.12.2015	2 C 6.14.....	FSt	187
Beschluss	v. 20.01.2016	10 C 17.14.....	GK	110
Urteil	v. 20.01.2016	9 C 1.15.....	GK	136

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Urteil	v. 19.12.2014	22 B 14.1514.....	FSt	26
Beschluss	v. 07.01.2015	20 CS 14.2414.....	GK	41
Urteil	v. 13.01.2015	1 B 14.459.....	FSt	85
Beschluss	v. 26.01.2015	22 ZB 14.1673.....	FSt	64
Beschluss	v. 28.01.2015	22 C 15.197.....	FSt	51
Beschluss	v. 04.02.2015	22 ZB 14.2364.....	FSt	23
Urteil	v. 06.02.2015	22 B 12.269.....	FSt	46
Urteil	v. 16.02.2015	1 B 13.648.....	FSt	97
Beschluss	v. 05.03.2015	1 ZB 14.2373.....	FSt	4
Urteil	v. 10.03.2015	1 N 13.354.....	FSt	108
Beschluss	v. 16.03.2015	22 CS 15.310.....	FSt	16
Beschluss	v. 20.03.2015	22 CS 15.58.....	FSt	58
Beschluss	v. 24.03.2015	22 ZB 15.390.....	FSt	90
Urteil	v. 25.03.2015	5 B 14.2164.....	FSt	117
Beschluss	v. 26.03.2015	4 ZB 14.1692.....	FSt	52

Beschluss	v. 27.03.2015	22 CS 15.481.....	FSt	59
Urteil	v. 01.04.2015	1 N 13.1138.....	FSt	157
Beschluss	v. 08.04.2015	1 CE 15.373.....	FSt	22
Beschluss	v. 08.04.2015	20 ZB 14.2585.....	FSt	208
Beschluss	v. 08.04.2015	22 ZB 14.2555.....	FSt	98
Urteil	v. 13.04.2015	1 B 14.2319.....	FSt	147
Beschluss	v. 14.04.2015	8 ZB 14.2044.....	FSt	36
Beschluss	v. 16.04.2015	8 ZB 14.2557.....	FSt	9
Beschluss	v. 17.04.2015	15 CS 14.2612.....	FSt	158
Beschluss	v. 20.04.2015	4 CS 15.381.....	FSt	124
Beschluss	v. 29.04.2015	22 CS 15.483.....	FSt	112
Beschluss	v. 05.05.2015	22 ZB 15.282.....	FSt	80
Beschluss	v. 06.05.2015	22 ZB 14.2633.....	FSt	89
Urteil	v. 08.05.2015	4 BV 15.201.....	FSt	186
Beschluss	v. 08.05.2015	9 M 15.254.....	FSt	199
Beschluss	v. 13.05.2015	1 ZB 13.1334.....	FSt	161
Beschluss	v. 20.05.2015	22 ZB 14.2827.....	FSt	179
Urteil	v. 24.05.2015	4 BV 13.2391.....	FSt	196
Beschluss	v. 27.05.2015	22 CS 15.485.....	FSt	35
Urteil	v. 01.06.2015	2 N 13.2220.....	FSt	204
Beschluss	v. 08.06.2015	22 CS 15.686 u.a.....	FSt	130
Beschluss	v. 09.06.2015	20 B 15.200.....	GK	101
Beschluss	v. 10.06.2015	22 C 14.2131.....	FSt	115
Beschluss	v. 11.06.2015	22 ZB 15.1004.....	FSt	12
Beschluss	v. 17.06.2015	12 C 15.979.....	FSt	96
Beschluss	v. 22.06.2015	14 BV 14.2067.....	GK	62
Beschluss	v. 23.06.2015	8 CE 15.1023.....	FSt	182
Beschluss	v. 26.06.2015	4 ZB 15.150.....	FSt	144
Beschluss	v. 29.06.2015	1 ZB 13.1903.....	FSt	222
Urteil	v. 30.06.2015	22 B 14.564.....	FSt	62
Urteil	v. 03.07.2015	11 B 14.2809.....	FSt	257
Beschluss	v. 13.07.2015	22 ZB 15.1330.....	FSt	185
Urteil	v. 14.07.2015	14 ZB 14.1598.....	FSt	152
Beschluss	v. 21.07.2015	22 ZB 14.2340.....	FSt	207
Urteil	v. 22.07.2015	22 B 15.620.....	FSt	99
Beschluss	v. 24.07.2015	8 ZB 14.1403.....	FSt	63
Urteil	v. 28.07.2015	11 B 15.76.....	FSt	237

Beschluss	v. 28.07.2015	22 ZB 14.1261, 22 ZB 14.1262.....	FSt	227
Urteil	v. 29.07.2015	4 B 15.877.....	GK	2
Beschluss	v. 03.08.2015	11 ZB 15.1114.....	FSt	245
Beschluss	v. 06.08.2015	4 C 15.1578.....	FSt	170
Urteil	v. 12.08.2015	1 B 12.79.....	FSt	270
Beschluss	v. 21.08.2015	9 CE 15.1318	FSt	21
Beschluss	v. 24.08.2015	22 ZB 15.1802 und 22 ZB 15.1277	FSt	169
Beschluss	v. 01.09.2015	22 ZB 15.1360	FSt	242
Beschluss	v. 14.09.2015	22 CS 15.1509.....	FSt	226
Beschluss	v. 15.09.2015	1 CS 15.1536.....	FSt	268
Beschluss	v. 17.09.2015	10 CS 15.1597.....	FSt	75
Urteil	v. 18.09.2015	4 BV 15.643.....	GK	61
Urteil	v. 18.09.2015	22 B 14.1263.....	FSt	251
Urteil	v. 22.09.2015	1 B 14.1652.....	FSt	238
Urteil	v. 22.09.2015	10 B 14.2246.....	FSt	76
Beschluss	v. 12.10.2015	11 CE 15.2150.....	FSt	274
Beschluss	v. 22.10.2015	22 ZB 15.1584	FSt	216
Beschluss	v. 26.10.2015	8 ZB 14.2356	FSt	164
Urteil	v. 29.10.2015	2 B 15.1431.....	FSt	282
Beschluss	v. 29.10.2015	22 ZB 15.1770	FSt	284
Beschluss	v. 29.10.2015	4 ZB 15.830	GK	32
Beschluss	v. 30.10.2015	22 ZB 15.1328199	FSt	271
Urteil	v. 17.11.2015	11 BV 14.2738	FSt	150
Beschluss	v. 17.11.2015	12 ZB 15.1191.....	FSt	189
Beschluss	v. 20.11.2015	11 CE 15.2402.....	FSt	286
Beschluss	v. 20.11.2015	4 ZB 15.1510	FSt	232
Beschluss	v. 23.11.2015	5 C 15.2318.....	FSt	181
Beschluss	v. 24.11.2015	6 ZB 15.1402	GK	70
Beschluss	v. 26.11.2015	4 ZB 15.1694	FSt	67
Urteil	v. 27.11.2015	5 BV 14.1737.....	FSt	142
Urteil	v. 27.11.2015	5 BV 14.1846.....	FSt	120
Beschluss	v. 03.12.2015	22 ZB 15.2431	FSt	273
Beschluss	v. 04.12.2015	22 CS 15.2390.....	FSt	256
Urteil	v. 10.12.2015	4 B 15.1831.....	FSt	220
Beschluss	v. 17.12.2015	8 ZB 14.2702	FSt	197
Beschluss	v. 22.12.2015	22 ZB 15.2513	FSt	285
Beschluss	v. 04.01.2016	8 CS 15.2387.....	FSt	194

Urteil	v. 14.01.2016	4 B 14.2227	GK	83
Beschluss	v. 04.03.2016	9 LA 154.15	GK	193
Beschluss	v. 29.04.2016	6 CS 16.58.....	GK	146
Urteil	v. 02.05.2016	4 BV 15.2778	GK	202
Urteil	v. 03.05.2016	14 B 15.206.....	FSt	193
Urteil	v. 09.05.2016	4 B 14.2771	GK	210
Urteil	v. 09.05.2016	4 BV 14.2325	GK	222
Beschluss	v. 13.06.2016	6 ZB 14.2404	GK	203
Urteil	v. 14.07.2016	14 BV 14.2067	GK	84

Andere Verwaltungsgerichtshöfe und Oberverwaltungsgerichte

OVG Hamburg	Beschluss	v. 10.12.2015	4 Bf 146.15.Z.....	GK	216
OVG Niedersachsen	Beschluss	v. 04.03.2015	4 LA 177.14.....	FSt	79
OVG Niedersachsen	Urteil	v. 01.12.2015	4 LC 156.14	FSt	131
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 19.5.2015	15 A 86.14	FSt	143
OVG Rheinland-Pfalz	Urteil	v. 24.02.2016	6 A 11031.15	GK	166
OVG Sachsen	Beschluss	v. 09.03.2015	5 A 762.12	GK	24
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 23.06.2015	8 S 1386.14	FSt	103
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 28.09.2015	1 S 1124.15	FSt	217
VGH Hessen	Beschluss	v. 24.11.2014	8 A 1605.14	FSt	1

Verwaltungsgerichte

VG Ansbach	Beschluss	v. 22.12.2015	AN 11 E 15.01794.....	GK	208
VG Bayreuth	Urteil	v. 26.04.2013	B K 11.594.....	FSt	217
VG Bayreuth	Beschluss	v. 09.09.2015	B 4 K 14.77	GK	192
VG Karlsruhe	Urteil	v. 15.04.2015	4 K 374.14, nicht veröffentlicht..	FSt	217
VG Kassel	Beschluss	v. 18.02.2016	5 L 142.16.....	FSt	195
VG Regensburg	GB	v. 09.06.2015	RN 3 K 14.1978.....	FSt	174

Bundesgerichtshof

Urteil	v. 04.12.2014	III ZR 61.14	FSt	8
Urteil	v. 04.02.2015	VIII ZR 175.14.....	FSt	57
Urteil	v. 14.04.2015	EnZR 11.14	GK	64
Beschluss	v. 16.04.2015	IX ZB 41.14	GK	39
Urteil	v. 23.04.2015	III ZR 397.13	FSt	50

Urteil	v. 29.04.2015	VIII ZR 197.14.....	GK	57
Urteil	v. 07.05.2015	III ZR 304.14	FSt	184
Urteil	v. 17.06.2015	VIII ZR 290.14.....	GK	97
Urteil	v. 25.06.2015	VII ZR 220.14.....	FSt	87
Urteil	v. 26.06.2015	V ZR 144.14.....	FSt	230
Urteil	v. 26.06.2015	V ZR 227.14.....	FSt	151
Urteil	v. 26.06.2015	V ZR 271.14.....	FSt	39
Urteil	v. 10.07.2015	V ZR 229.14.....	FSt	82
Beschluss	v. 14.07.2015	KVR 77.13	GK	48
Beschluss	v. 30.07.2015	VII ZR 70.14.....	FSt	110
Urteil	v. 15.09.2015	VI ZR 475.14	FSt	228
Urteil	v. 02.10.2015	V ZR 307.13.....	GK	109
Beschluss	v. 06.10.2015	VIII ZR 76.15.....	GK	153
Urteil	v. 28.10.2015	VIII ZR 158.11, VIII ZR 13.12.....	GK	27
Beschluss	v. 04.11.2015	VII ZB 22.15.....	GK	82
Beschluss	v. 04.11.2015	VII ZR 282.14.....	GK	121
Urteil	v. 05.11.2015	VII ZR 144.14.....	FSt	261
Urteil	v. 05.11.2015	VII ZR 43.15.....	FSt	241
Urteil	v. 18.11.2015	VIII ZR 266.14.....	GK	227
Urteil	v. 25.11.2015	XII ZR 114.14.....	GK	214
Beschluss	v. 02.12.2015	VII ZB 42.14.....	GK	127
Urteil	v. 18.12.2015	V ZR 55.15.....	FSt	240
Urteil	v. 22.01.2016	V ZR 27.14.....	GK	164
Urteil	v. 10.02.2016	VIII ZR 137.15.....	GK	161
Urteil	v. 10.02.2016	VIII ZR 33.15.....	GK	172
Beschluss	v. 07.04.2016	IX ZB 69.15	GK	191

Andere Zivil- und Strafgerichte

LG Berlin	Urteil	v. 17.07.2015	63 S 376.14.....	GK	80
LG Hamburg	Urteil	v. 07.05.2015	333 S 11.15.....	GK	206
OLG Brandenburg	Urteil	v. 16.07.2015	5 U 98.12	FSt	259
OLG Brandenburg	Urteil	v. 08.09.2015	2 U 28.14	FSt	219
OLG Celle	Urteil	v. 22.04.2015	14 U 172.13	FSt	223
OLG Celle	Beschluss	v. 11.06.2015	13 Verg 4.15.....	GK	6
OLG Dresden	Urteil	v. 16.07.2014	1 U 600.12	FSt	87
OLG Dresden	Beschluss	v. 07.07.2015	Verg 3.15	GK	37

OLG Düsseldorf	Urteil	v. 08.07.2014	21 U 155.13	FSSt	128
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 12.01.2015	Verg 29.14.....	FSSt	24
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 28.01.2015	Verg 31.14.....	FSSt	30
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 29.04.2015	Verg 35.14.....	FSSt	154
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 23.10.2015	22 U 57.15	FSSt	168
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 10.02.2015	4 U 265.14	FSSt	260
OLG Frankfurt am Main	Urteil	v. 10.06.2015	2 U 201.14	GK	188
OLG Hamm	Urteil	v. 13.01.2015	24 U 136.12	FSSt	88
OLG Jena	Urteil	v. 26.11.2015	1 U 201.15	FSSt	260
OLG Hamm	Urteil	v. 26.03.2015	22 U 147.14	FSSt	53
OLG Karlsruhe	Beschluss	v. 15.04.2015	15 Verg 2.15.....	FSSt	233
OLG Koblenz	Urteil	v. 29.08.2013	6 U 965.12	FSSt	159
OLG Koblenz	Beschluss	v. 06.02.2014	2 U 1116.12.....	FSSt	247
OLG Köln	Beschluss	v. 23.02.2015	17 U 35.14	FSSt	6
OLG Köln	Beschluss	v. 26.10.2015	19 U 42.15	GK	225
OLG München	Urteil	v. 10.02.2015	9 U 2225.14 Bau.....	FSSt	109
OLG München	Urteil	v. 24.03.2015	9 U 3489.14 Bau.....	FSSt	224
OLG München	Urteil	v. 21.07.2015	9 U 1676.13 Bau.....	FSSt	178
OLG München	Beschluss	v. 09.09.2015	34 Wx 260.15	GK	88
OLG München	Beschluss	v. 22.10.2015	Verg 5.15	GK	85
OLG München	Beschluss	v. 31.03.2016	Verg 14.15.....	GK	132
OLG Naumburg	Urteil	v. 23.11.2015	12 U 184.14	FSSt	276
OLG Nürnberg	Beschluss	v. 07.12.2015	9 UF 1276.15	FSSt	250
OLG Saarbrücken	Beschluss	v. 16.12.2015	1 U 87.15	GK	75
OLG Schleswig-Holstein	Beschluss	v. 28.08.2015	1 Verg 1.15.....	GK	49
OLG Stuttgart	Urteil	v. 08.12.2015	10 U 132.13	GK	140

Bundesarbeitsgericht

Urteil	v. 20.11.2014	2 AZR 664.13.....	FSSt	2
Urteil	v. 10.02.2015	9 AZR 455.13.....	FSSt	94
Urteil	v. 10.02.2015	9 AZR 554.13.....	FSSt	105
Urteil	v. 10.02.2015	9 AZR 115.14.....	FSSt	83
Urteil	v. 10.02.2015	9 AZR 53.14.....	FSSt	17
Urteil	v. 11.02.2015	7 AZR 113.13.....	FSSt	41
Urteil	v. 11.02.2015	7 AZR 17.13.....	FSSt	155
Urteil	v. 12.02.2015	6 AZR 845.13.....	FSSt	28

Urteil	v. 18.03.2015	10 AZR 99.14.....	GK	103
Urteil	v. 18.03.2015	4 AZR 59.13.....	FSt	66
Urteil	v. 19.03.2015	8 AZR 67.14.....	FSt	29
Urteil	v. 26.03.2015	2 AZR 237.14.....	FSt	55
Urteil	v. 16.04.2015	6 AZR 242.14.....	GK	93
Urteil	v. 29.04.2015	7 AZR 310.13.....	FSt	54
Urteil	v. 13.05.2015	2 AZR 531.14.....	FSt	125
Urteil	v. 13.05.2015	2 AZR 565.14.....	FSt	172
Urteil	v. 19.05.2015	9 AZR 725.13.....	FSt	31
Urteil	v. 21.05.2015	8 AZR 116.14.....	FSt	131
Urteil	v. 18.06.2015	2 AZR 256.14.....	FSt	130
Urteil	v. 24.06.2015	5 AZR 462.14.....	FSt	214
Urteil	v. 24.06.2015	7 AZR 452.13.....	FSt	114
Urteil	v. 07.07.2015	10 AZR 939.13.....	FSt	175
Urteil	v. 16.07.2015	2 AZR 85.15.....	FSt	165
Urteil	v. 21.07.2015	9 AZR 145.14.....	FSt	183
Urteil	v. 26.08.2015	4 AZR 719.13.....	FSt	173
Urteil	v. 09.09.2015	7 AZR 184.14.....	FSt	201
Urteil	v. 22.09.2015	9 AZR 143.14.....	GK	128
Urteil	v. 22.09.2015	9 AZR 170.14.....	FSt	163
Urteil	v. 24.09.2015	2 AZR 680.14.....	FSt	235
Urteil	v. 24.09.2015	6 AZR 510.14.....	FSt	213
Urteil	v. 07.10.2015	7 AZR 40.14.....	FSt	248
Urteil	v. 20.10.2015	9 AZR 224.14.....	FSt	212
Urteil	v. 22.10.2015	2 AZR 569.14.....	FSt	249
Urteil	v. 22.10.2016	8 AZR 384.14.....	FSt	263
Urteil	v. 04.11.2015	7 AZR 933.13.....	FSt	198
Urteil	v. 19.11.2015	6 AZR 844.14.....	FSt	106
Urteil	v. 15.12.2015	9 AZR 52.15.....	GK	139
Urteil	v. 20.01.2016	8 AZR 194.14.....	FSt	263
Urteil	v. 24.02.2016	4 AZR 990.13.....	GK	212
Urteil	v. 24.02.2016	5 AZR 425.15.....	GK	211
Urteil	v. 17.03.2016	6 AZR 221.15.....	FSt	202
Urteil	v. 25.05.2016	9 AZR 145.15.....	GK	197
Bundesfinanzhof				
Urteil	v. 06.10.2015	VII R 25.14.....	GK	102

Bundessozialgericht

BSG	Urteil	v. 24.04.2015	B AS 32.14 R.....FSt	236
BSG	Urteil	v. 05.05.2015	B 10 KG 1.14 R.....FSt	84
BSG	Urteil	v. 02.11.2015	B 13 R 35.14 R.....FSt	281
BSG	Urteil	v. 12.11.2015	B 14 AS 50.14 R.....FSt	275
BSG	Urteil	v. 03.12.2015	B 4 AS 59.13, B 4 AS 44.15 R, FSt B 4 AS 43.15 R.....	126
BSG	Urteil	v. 24.02.2016	B 8 SO 11.14FSt	203

Landessozialgerichte

LSG Sachsen-Anhalt	Beschluss	v. 28.09.2015	L 4 AS 429.15 B ER.....FSt	156
--------------------	-----------	---------------	----------------------------	-----